

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t N r . 7

über die G e m e i n d e r a t s s i t z u n g a m S a m s -
tag, dem 19. November 1994, um 10.00 Uhr im Rathaus, Para-
celsussaal.

T a g e s o r d n u n g

F r a g e s t u n d e

- 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2.) Verkauf der Kelag-Anteile der Stadt Villach an die
Österreichische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesell-
schaft (Verbundgesellschaft)
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 3.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und
Anträge

An w e s e n d e

Bürgermeister Helmut Manzenreiter

1. Vizebürgermeisterin Mag. Monika Kohl-Kircher

GR Harald Sobe

für Vizebürgermeister Hans-Peter Binter

Stadtrat Walter Ladstätter

Stadtrat Franz Pacher

Stadtrat Richard Pfeiler

Stadtrat Dieter Haslinger

Stadtrat Ing. Gerd Klamt

Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe

GR Prof. Mag. Werner Raup

GR Christian Luser bis 13.30 Uhr

GR Wolfgang Bertel ab 13.30 Uhr

GR Kurt Pinteritsch bis 14.50 Uhr

GR Paul Terwul ab 14.50 Uhr

GR Kurt Schneider

für GR Isidor Scheriau

GR Lorenz Samnitz

GR Hilde Schaumberger

GR Gerhard Kofler

für GR Harald Sobe

GR Adolf Kopeinig

GR Arch. Ing. Horst Eder

GR Helmut Treiber

für GR Erika Lassnig

GR Ing. Karl Woschitz

GR Direktor Helmut Raup

GR Dir. Mag. Dr. Josef Koschitz

GR Günther Stastny

GR Mag. Heinz Maurer

GR Gertrude Vais

GR Ludwig Oitzinger

GR Monika Obergantschnig

GR Rudolf Unterköfler

GR Johann Ebner

GR Waltraud Rettl

GR LAbg. Sigrid Steinkellner
GR Ing. Siegfried Andronik
GR Roland Zellot
GR Major Otto Skedl
GR Herwig Zussner
GR Eleonore Schmoliner
GR Dr. Josef Löberbauer
GR Kom.-Rat Dkfm. Dr. Gerhard Ertl
GR Friederike Lausegger
GR Dipl.-Ing. Andreas Kubec
für GR Johann Kreschischnig
GR Heimo Schlosser
GR Günter Malle
für GR Bernhard Plasounig
GR Mag. Herwig Burian
GR Mag. Hans Haider
GR Josef Spitzer

Magistratsdirektor Dr. Bruno Kathollnig
Baudirektor Dipl.-Ing. Karl Pühringer
Finanzdirektor Manfred Stampfer
Kontrollamtsdirektor Dietmar Bihlo

Schriftführung: Karin Wernig

~~Strompreisgarant~~ Bürgermeister Manzenreiter begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Für Vizebürgermeister Hans Peter Binter (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Harald Sobe, für Gemeinderat Christian Luser (Begräbnis) ist ab 13.30 Uhr Gemeinderat Wolfgang Bertel, für Gemeinderat Kurt Pinteritsch (ASKÖ-Sitzung) ist ab 14.50 Uhr Gemeinderat Paul Terwul, für Gemeinderat Isidor Scheriau (Urlaub) ist Gemeinderat Kurt Schneider, für Gemeinderat Harald Sobe ist Gemeinderat Gerhard Kofler, für Frau Gemeinderätin Erika Lassnig (Exkursion) ist Gemeinderat Helmut Treiber, für Gemeinderat Johann Kreschischnig (Amerika) ist Gemeinderat Dipl.-Ing. Andreas Kubec und für Gemeinderat Bernhard Plasounig (beruflich in Wien) ist Gemeinderat Günter Malle anwesend.

Gemeinderat Paul Terwul ist noch nicht angelobt.

Bürgermeister Manzenreiter hinterfragt, ob es Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt.

Stadtrat Ing. Truppe stellt fest, daß zugesagt worden ist, daß vor Beschlußfassung über einen Verkauf der Kelag-Anteile der Stadt Villach Gespräche mit allen Fraktionen geführt werden. Diese haben nicht stattgefunden. Alle Fraktionen müßten die Gelegenheit haben, ihre Vorstellungen beratend einzubringen. Dies auch deshalb, damit es zu einer optimalen energiepolitischen Entscheidung über den allen Villacher Bürgern gehörenden Wert der Anteile kommt. Weiters auch, damit die Rechte der Villacher Stromabnehmer gesichert bleiben und damit die

Strompreisgarantie gewährleistet bleibt. Vor allem müssen auch Gespräche geführt werden, wie man über künftige Werte einer Alternativenenergie verhandelt.

Heute soll das größte Vermögen der Stadt Villach verkauft werden. Die Stadt Villach vergibt einen Zukunftswert, ohne zu wissen, was mit dem Geld geschehen soll. Es müßten eigentlich die Alarmglocken läuten. Wie weit ist man eigentlich gekommen, daß es in grundsätzlichen Fragen keine Gespräche mehr gibt? Wenn nicht mehr miteinander gesprochen wird, so bedeutet dies für ihn eine Gefahr für die Demokratie. Die Gemeindestube muß seiner Meinung nach mit mehr Demokratie durchflutet werden. Villach sollte allen Mitgliedern des Gemeinderates wichtiger sein, als Parteiprestige. Eine "Vogel friß oder stirb"-Politik kann man sich nicht gefallen lassen. Aus diesem Grund stellt er noch einmal den Antrag, vor der Beschlußfassung über einen Verkauf Gespräche mit allen Fraktionen zu führen.

Stadtrat Ladstätter führt aus, daß die heutige Entscheidung, bei der es um den Verkauf der Kelag-Anteile von Villach geht, keine Festsitzung für die FPÖ-Fraktion ist. Er hat bereits bei der Podiumsdiskussion festgestellt, daß der Bürgermeister der Stadt Villach nach dem Verkauf der Anteile aus der Villacher Sparkasse nunmehr an das Eingemachte der Villacher geht. Die FPÖ-Fraktion hat zum Verkauf der Kelag-Anteile eine sehr klare Anschauung, denn wenn man die Kelag-Anteile der Stadt Villach mit 25 % und einer Sperrminorität verkauft, gibt man energiepolitisches Pfandrecht aus der Hand. Er kann die Wortmeldung des Clubobmannes der ÖVP-Fraktion vollinhaltlich unterstreichen und ist der Meinung, daß es Parteigespräche mit allen vier Parteien geben müßte - an einem Tisch. Ihm ist heute ein Schreiben in die Hand gekommen, das zeigt, weshalb es der Bürgermeister der Stadt Villach

derart eilig hat - weil die Syndikatsgemeinden vereinbart haben, daß bis 20.11.1994 die Sitzungen zum Verkauf der Kelag-Aktien in den Gemeinderäten abgehalten werden müssen. St. Veit war am Donnerstag an der Reihe, gestern war Feldkirchen an der Reihe und heute ist Villach an der Reihe.

Zwischenrufe aus der SPÖ-Fraktion: "einstimmig".

Stadtrat Ladstätter ist der Meinung, daß es scheinbar in der Gemeinde St. Veit einen sehr geschickten Bürgermeister gibt, der mit den Parteien Gespräche führt. Wenn man weiß, daß die SPÖ-Fraktion in dieser Stadt seit 1991 mit knapp 50 % Wähleranteil 100 % Macht ausübt, spricht dies wenig für Demokratie. Wenn man darüber nachdenkt, daß die SPÖ-Fraktion nach den Landtagswahlen noch mehr verloren hat und daß sie nach den Nationalratswahlen bei knapp 40 % liegt, spricht das für sich. In St. Veit, wo der Demokrat Mock Bürgermeister ist, hat die SPÖ 20 Mandate, die FPÖ 7 Mandate und die ÖVP 4 Mandate. Es gibt somit eine sehr viel stärkere sozialistische Mehrheit. Das gibt zu denken. Dieser Mann spricht mit den Parteien. Aus diesem Grund stellt er den Antrag, daß diese Sitzung unterbrochen oder abgesetzt wird und daß es Parteiengespräche bezüglich einer Gemeindevolksbefragung und bezüglich eigener Stadtwerke geben soll.

Gemeinderat Mag. Burian kann den Standpunkt des ÖVP-Clubobmannes voll bestätigen. Er ist der Meinung, daß die Entscheidung, die heute fallen soll, demokratiepolitisch fragwürdig ist. Es ist eine Entscheidung für Jahrzehnte. Heute wird der Gemeinderat darüber entscheiden, ob die Stadt Villach bessere Bedingungen für eine Energiepolitik auf kommunaler Ebene erhält oder ob sie diese besseren Bedingungen leichtfertig aufgibt. Diese Entscheidung

auf Jahrzehnte ist in den Gremien der Stadt nicht ordentlich vorbereitet worden. Es hat keine Parteiengespräche gegeben, es hat keine einzige Diskussion im Umweltausschuß der Stadt gegeben. Er möchte darauf hinweisen, daß im Umweltausschuß Experten - auch Energieexperten - sitzen. Er hält es demokratiepolitisch für äußerst fragwürdig, wenn der Amtsvortrag einfach von der Mehrheitsfraktion beschlußfertig vorgelegt und mit der absoluten Mehrheit abgestimmt wird. Das entscheidende ist jedoch nicht die Frage der Demokratiepolitik; Das entscheidende ist die inhaltliche Frage. Wenn die Stadt Villach heute die Kelag-Aktien verkauft, begibt sie sich des Druckmittels, die beste Lösung für Villach zu erreichen. Die beste Lösung für Villach sind Villacher Stadtwerke unter Einbeziehung des Energiesektors. Er stellt daher den Antrag, daß dieser Tagesordnungspunkt vertagt wird und daß in der Zwischenzeit Verhandlungen mit den derzeitigen Eigentümern der Kelag - dem Land Kärnten und den anderen Städten - und mit dem wahrscheinlich zukünftigen Eigentümer - dem Verbund - aufgenommen werden, um zu versuchen, die beste Möglichkeit für Villach zu finden. Er möchte nun begründen, weshalb der Gemeinderat heute diese Entscheidung nicht fällen soll und weshalb man noch verhandeln soll.

Weshalb sind Stadtwerke sinnvoll? Der Bürgermeister hat in der letzten Diskussion, organisiert von der Kleinen Zeitung, erklärt, daß er sich vorstellen könne, in Richtung Stadtwerke zu arbeiten. Der Bürgermeister hat jedoch den Stromsektor ausgeklammert. Er möchte die Mitglieder des Gemeinderates ersuchen, kurz zwei Beispiele mitzuverfolgen, weshalb der Stromsektor für die kommunale Energiepolitik sehr wichtig ist. Das erste Beispiel ist die Frage der Sonnenenergie. Amerika verdreifacht in diesem Jahr die Produktion von Solarzellen. Man weiß dort,

daß das der zukünftige Markt ist. Europa schläft hier. In diesem Bereich kann man auf lokaler Ebene sehr wichtig weiterarbeiten.

Er möchte nun ein Beispiel bringen, weshalb es sinnvoll ist, auf Gemeindeebene daran zu arbeiten. Es gibt sogenannte "Zwei-Tarif-Zähler". Man bezahlt dabei für den Spitzenstrom mehr und für den Strom, den man in der restlichen Zeit verbraucht, weniger. Mit Solarzellen produziert man Spitzenstrom, da die Sonne zu Mittag am meisten scheint. Es gibt nun zukunftsbewusste Stadtpolitiker, die der Meinung sind, daß die Bürger ihre Solarzellen auf das Dach geben und damit verdienen sollen. Damit fördert man Solarzellen. Die Bürger könnten beispielsweise zu Mittag den Strom an die Stadtwerke verkaufen - zu einem Spitzenpreis. Mit der Waschmaschine könnten sie abends beispielsweise nach 20.00 Uhr waschen. Die Bürger würden somit tagtäglich an den Solarzellen verdienen. Dieses Modell wird bereits in Saarbrücken durchgeführt. In ganz Saarbrücken hat man Zwei-Tarif-Zähler. Eine Kommune kann die Sonnenenergie konkurrenzfähig machen, indem sie den Kunden die Möglichkeit gibt, den Preisunterschied zwischen den Stromarten persönlich für sich wirtschaftlich zu machen.

Er möchte nun ein zweites Beispiel dafür vorbringen, weshalb es wichtig ist, den Stromsektor in der kommunalen Hand zu haben. Die Statistiken bezüglich Welterdöl zeigen, daß der Verbrauch noch etwa 40 Jahre so weitergehen kann, wie bisher. Nach 40 Jahren ist das Erdöl - unter den derzeitigen Preisbedingungen - aufgebraucht. Alle Autokonzerne der Welt arbeiten massiv an Elektroautos und an Hybridautos. Diese kommen ständig auf den Markt. Die Stadt Villach wird nicht umhinkommen, in der Stadt Solartankstellen für Autos aufzubauen. Es ist noch darüber nachzudenken, in welcher Form dies zu geschehen hat - privat oder öffentlich. Der Strom wird das Energiemittel

der Zukunft sein. Es ist nicht gleichgültig, ob der Strom mit Solarenergie oder mit fossiler Energie erzeugt wird. In diesem Bereich hat die Stadt eine Chance, zukunftsweisend zu arbeiten. Der Bürgermeister hat nicht ernsthaft versucht, etwas zu erreichen. Sicherlich kann man auch scheitern. Es kann sein, daß man damit nicht durchkommt. Der Bürgermeister hat es jedoch überhaupt nicht ernsthaft versucht.

Er persönlich ist der Meinung, daß es leichtfertig ist, heute die Entscheidung zu fällen. Der Bürgermeister hat die Möglichkeit, noch mindestens einen Monat lang zu verhandeln. Selbst der Verbund hat garantiert, den Kaufvertrag bis Ende Dezember einzuhalten. Der Bürgermeister könnte noch dahingehend verhandeln, daß die Option auf den Netzkauf in den Vertrag aufgenommen wird. Es gibt Gemeinden, in denen sich die Bürger - vom Bürgermeister unterstützt - am Netzkauf beteiligen. Man kann sogar einen Großteil der Kelag-Anteile verkaufen; Trotzdem gäbe es die Chance, Stadtwerke mit Stromsektor zu organisieren. Es ist inhaltlich nicht begründbar, warum die Entscheidung heute fallen muß. Es ist leichtfertig, aus Sturheit und aufgrund eines Justament-Standpunktes diese Chance die Drau hinunterfließen zu lassen. Das sollte sich ein Bürgermeister nicht leisten.

Bürgermeister Manzenreiter empfiehlt dem Gemeinderat, heute über diese Frage abzustimmen. Dies auch mit dem Hintergrund, daß die fünf Syndikatsstädte zur Auffassung gekommen sind, daß weiterhin Gefahr im Verzug für die Interessen der Städte ist. All das, was jetzt diskutiert wurde, hat einen Hintergrund nicht ausgeleuchtet - den Hintergrund, daß es am 8. Juli des vergangenen Jahres im Kärntner Landtag von ÖVP und FPÖ - und das ist das paradoxe an der Situation in Villach - einen Beschluß gegeben hat, der großen Schaden für die Interessen der Städte

herbeigeführt hätte. Das ist peinlich für die Mitglieder der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion im Villacher Gemeinderat und es wird verschwiegen. Es werden von diesen Nebenkriegsschauplätze eröffnet. Tatsache ist, daß es diesen Beschluß gegeben hat, der bis heute aufrecht ist und der weiter verfolgt wird. Er wird darauf in seiner Rede noch eingehen. Zur Frage der Druckmittel ist folgendes festzustellen. Stadtrat Ing. Truppe hat davon gesprochen, daß die Stadt Villach ihre Strompreisgarantie nicht aufgeben darf. Das Land Kärnten hat in den letzten Jahren Strompreise beschlossen oder nicht beschlossen zum Vorteil und zum Schaden des Unternehmens, ohne mit den Städten zu sprechen. Dies bedeutet, daß es diese Strompreisgarantie, die man sich erhalten soll, nicht gibt. Auch das zeigt, daß man auf Nebenkriegsschauplätze ausweichen will.

Das Land Kärnten hat einen einstimmigen Beschluß, bis 31.12. seine Anteile zu verkaufen. Die Verhandlungen müssen im Land bis 30. dieses Monats - also in zehn Tagen - abgeschlossen sein. Das ist das Ziel. Dieses Ziel ist nur dann mit dem Ziel der Stadt Villach - nämlich die Position der Stärke zu halten - in Einklang zu bringen, wenn auch die Stadt Villach den bisher gegangenen Weg nicht verläßt, denn sonst wird Schaden für die Interessen der Stadt entstehen. Das Land wird in jedem Fall verkaufen. Wenn die Syndikatsstädte nicht verkaufen, wird das Land Kärnten mehr verkaufen.

Er hat bei der Kleine Zeitung-Diskussion bereits erwähnt, daß er seit Monaten mit der Kelag in der Frage des Energiesektors verhandelt. Die Chance, den Stromsektor aus der Kelag wieder ausgliedern zu können, ist praktisch nicht vorhanden. Er ist der Meinung, daß es auch in der Verantwortung eines Bürgermeisters liegt, aufgrund von Gesprächen mit Fachleuten Einschätzungen vorzunehmen, um nicht Kräfte in die falsche Richtung zu binden.

Er kann sich jedoch vorstellen, daß es in der Frage von Stadtwerken auf dem Wärmesektor sicherlich eine Möglichkeit gibt. In diesem Bereich treffen sich die Interessen der Kelag mit jenen der Stadt Villach.

Aus all diesen Gründen sieht er derzeit keine Chance, die durch 15 Monate erarbeitete Position der Stärke aufgeben zu können, ohne für die Stadt Villach ein großes Risiko einzugehen. In der letzten Regierungssitzung wurde von der FPÖ ein Sieben-Punkte-Programm eingebracht, in dem gefordert wurde, daß den Städten der Verkauf unmöglich gemacht werden soll. Das ist bekanntlich rechtlich nicht möglich, aber es ist der Versuch vorhanden, daß die Städte ebenfalls nur 49 % ihrer Anteile - also aliquot - durchverkaufen können. Das würde bedeuten, daß die Stadt Villach 12,5 % verkaufen könnte. Die übrigen 12,5 % würde das Land zusätzlich verkaufen. Es wären somit über S 700 Mio. nicht in der Stadt Villach und die Stadt Villach würde auf 12,5 % sitzen bleiben, die dann im Syndikat mit dem Land die 51 %-Mehrheit in diesem Land halten. Vor dem Hintergrund dieser Situation hält er es für wertvoll, gut und wichtig, daß man sich in Villach über Energiefragen unterhält. Es ist jedoch Gefahr im Verzug für die Anteile der Stadt Villach. Die Stadt Villach würde keine Energiefrage mitlösen können, wenn sie heute diesen Beschluß nicht fassen würde. In diesem Fall würde das Land Kärnten anstelle von 17 % an die 37 % verkaufen können und die Städte würden auf ihrem Anteil sitzen bleiben. Das ist die Situation, die sich dem Gemeinderat der Stadt Villach heute stellt. Alles andere sind seiner Meinung nach Versuche, Nebenfronten in irgendeiner Form zu eröffnen. Der Hintergrund ist ein sehr ernster.

Die Klimafrage wird von ihm in seiner Rede noch beantwortet werden. Dann wird auch zur Frage von Verhandlungen Stellung genommen werden, denn so, wie man die

Dinge hier darstellt, sind sie nicht. Eine Klimafrage läßt sich nicht in drei Tagen kaputtmachen oder aufbauen. Eine Klimafrage ist etwas, das über einen längeren Zeitraum eine Rolle spielt. Die SPÖ-Fraktion hat in dieser Funktionsperiode in diesem Gemeinderat schon einiges mitgemacht.

Die FPÖ-Fraktion hat nach seinen Informationen das Ziel oder den Auftrag, die Stadt politisch sturmreif zu schießen. Die "Roten" müssen weg. Daher ist in Villach auch jenes Theater eingezogen, das im Land Kärnten schon sehr lange gegeben ist. Die SPÖ-Fraktion und er als Bürgermeister können nur empfehlen, in einer Sache, die für diese Stadt wichtig ist, stark zu bleiben und nicht parteipolitischen Interessen nachzugeben. Er ist daher der Meinung, dem Gemeinderat empfehlen zu können, heute diese Frage zu behandeln und dann auch zu beschließen.

Es ist nun über die Tagesordnung abzustimmen. Es sind drei Anträge vorhanden, den Punkt 2.) abzusetzen oder zu vertagen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der
FPÖ-, ÖVP- und der VIG-Fraktion),

den Antrag, den Tagesordnungspunkt 2.) abzusetzen, **abzulehnen.**

~~Begann der Frage~~ Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der
FPÖ-, ÖVP- und der VIG-Fraktion),

der Tagesordnung die Zustimmung zu erteilen.

Als Protokollprüfer werden Gemeinderat
Adolf Kopeinig (SPÖ) und Gemeinderat Günter Malle (ÖVP)
bestellt.

Beginn der Fragestunde: 10.35 Uhr

F r a g e s t u n d e

- 1.) Anfrage von Gemeinderat Josef Spitzer
betreffend Öffentliche Sandkisten -
Sand aus den Gailauen

Gemeinderat Spitzer stellt folgende An-
frage:

"Laut Presseaussendung des Umweltschutzreferenten Stadt-
rat Ing. Klamt vom 24.7.1994 sollen die öffentlichen
Sandkisten der Stadt Villach mit Sand aus den Gailauen
beschickt sein. Dieser Sand soll laut Aussage des Umwelt-
schutzreferenten mit Schwermetallen verseucht sein.

Dazu zwei Fragen an Sie als Gesundheitsreferent:

- 1.) Wird der Sand aus den Gailauen bezogen?
- 2.) Wurde der Sand vor der Beschickung der Sandkisten auf
Schwermetalle bzw. Schadstoffe untersucht?"

Stadtrat Pfeiler beantwortet die Anfrage
wie folgt:

"Ich habe die Stellungnahme aller in Betracht kommenden
magistratsinternen Dienststellen einholen lassen, mit dem
Ergebnis, daß aus den Gailauen kein Sand für die öffentli-
chen Sandkisten bezogen wurde und wird.

Weiters kann ich Ihnen, sehr geehrter Herr Gemeinderat,
mitteilen, daß Schwermetalluntersuchungen des Sandes nach
Mitteilung des Stadtgartens nicht durchgeführt werden, da
die Werte laut Auskunft der Lieferfirmen weit unter den

üblichen Toleranzgrenzen liegen. Der Stadtgarten läßt den bezogenen Sand jeweils zweimal jährlich auf Enterokokken, Wurmeier und Salmonellen untersuchen, wobei die Ergebnisse bisher immer negativ waren.

Informativ teile ich Ihnen noch mit, daß der Stadtgarten den Sand in den Sandkisten der öffentlichen Spielplätze nach Bedarf, mindestens aber zweimal jährlich in den Monaten April und September, wechselt."

Erste Zusatzfrage:

Gemeinderat Spitzer ist verwundert über die Aussage von Stadtrat Pfeiler, wonach alle Sandkisten in Villach frei von Krankheitserregern seien. Er hat auf eigene Kosten Untersuchungen durch das bakteriologisch-serologische Institut Klagenfurt durchführen lassen. Im Befund wird festgehalten, daß sich in den Sandproben Kulturen von Kolibakterien und Sporenbildnern befinden. Stadtrat Pfeiler hat behauptet, daß die Sandkisten zweimal jährlich untersucht werden und frei von Krankheitserregern sind. Andererseits hat er jedoch von einer bundesstaatlichen Untersuchungsanstalt die genannten Befunde erhalten. Er richtet die Frage an Stadtrat Pfeiler, wie genau und von wem diese Sandkisten untersucht wurden.

Stadtrat Pfeiler berichtigt Gemeinderat Spitzer insofern, als daß er nicht erklärt hat, daß die Sandkisten frei seien. Zum Zeitpunkt der Füllung wird der Sand untersucht und ist frei. Es war dies bereits mehrmals Thema einer Anfrage von Gemeinderat Spitzer. Er hat diesem bereits mehrmals mitgeteilt, daß selbst bei einer neuen Füllung einer Sandkiste diese wenige Minuten später, wenn sie von einem Haustier heimgesucht wurde, entsprechende Verunreinigungen aufweisen kann. Es ist dies ein unbefriedigender Zustand. Er möchte dazu festhalten,

daß in all diesen Fällen, bei denen etwas bekannt wird, der Sand entsprechend ausgetauscht wird. Dies erfolgt durch die zuständige Stelle, den Stadtgarten.

Zweite Zusatzfrage:

Gemeinderat Spitzer stellt fest, daß Stadtrat Pfeiler als Gesundheitsreferent für die Gesundheit dieser Stadt zuständig ist. Andererseits hat dieser jedoch erklärt, der Stadtgarten sei für die Sandkisten verantwortlich. Daß der Stadtgarten für die Beschickung der Sandkisten zuständig ist, kann er nur voll unterstreichen. Er ist jedoch nicht mit der Aussage des Gesundheitsreferenten einverstanden, wonach dieser dafür nicht zuständig ist. Stadtrat Pfeiler hat dafür zu sorgen, daß die Gesundheit der kleinsten Bürger in Villach erhalten bleibt.

Stadtrat Pfeiler stellt dazu fest, daß er diese Verantwortung sehr ernst nimmt. Gegen kurzfristige Verunreinigungen in Sandkisten, die kurz nach der Befüllung bestehen, wird kaum jemand etwas unternehmen können. Diese wird es auch immer wieder geben. In diesem Sinne fühlt er sich sehrwohl verantwortlich dafür, daß alles getan wird, um Verunreinigungen rechtzeitig aufzeigen zu können, damit letztlich eine Befüllung durch den Stadtgarten erfolgen kann.

Gemeinderat Spitzer wird weiterhin Untersuchungen durchführen und wird sich sicherlich wieder zu Wort melden, wenn nur ein Kind erkrankt.

Ende der Fragestunde: 10.40 Uhr

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Sitzungstermine

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am
25. und 26.11.1994 jeweils um 9.00 Uhr (Budget) statt.

Zur Kenntnis genommen.

Villach spricht Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 2.) Verkauf der Kelag-Anteile der Stadt Villach an die Österreichische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft (Verbundgesellschaft)

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß es sich heute um einen historischen Tag für Villach handelt. Mit dem heutigen Beschluß und wenn die Verbundgesellschaft den Kaufvertrag annimmt, könnte eine Periode der Qualität und des Wachstums in dieser Stadt eingeleitet werden. Es könnte für die Stadt Villach eine Sonderstellung ermöglicht werden.

Gemeinderat Major Skedl fordert, der Bürgermeister solle den Amtsvortrag vorlesen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher ersucht Gemeinderat Major Skedl, dem Bürgermeister zuzuhören. Es liegt in dem Ermessen des Berichterstatters, nicht nur den Antrag vorzulesen, sondern diesen auch zu begründen.

Bürgermeister Manzenreiter sieht auch die Aussage von Gemeinderat Major Skedl als eine Frage des Klimas.

Es ist gerecht, was die Stadt Villach heute tut - auch wenn einige durch den Nebel, der in den letzten Tagen erzeugt wurde, nicht blicken oder nicht blicken wollen. Vielleicht haben sie ihn auch selbst in Form von Ablenkung auf Nebenfronten, auf Nebengeleise produziert. Es wird nach Villach heimgeholt, was Villach gehört. Für

Villach spricht die Gunst der Stunde. Für Villach hat ein ausschließlich auf Parteiinteressen ausgerichteter Landtagsbeschuß vom 8. Juli des vergangenen Jahres von ÖVP und FPÖ in Klagenfurt gesprochen, für Villach spricht eine absolute Schwäche jener Vernichtungskräfte an der Kelag, die in den letzten Jahren tätig waren und die auch diesen Beschuß herbeigeführt haben. Für diese Stunde spricht auch, daß es in Villach eine SPÖ-Fraktion gibt mit einem starken Team - ausgestattet mit hohen fachlichen Qualitäten, entscheidungsfreudig und zum Glück für Villach mit einer entscheidungsfähigen Mehrheit ausgestattet. Es wird nach Villach heimgeholt, was Villach gehört - mit Zins und Zinseszinsen und dank einer guten Verhandlungsführung durch SPÖ-Mandatare mit einem enormen und großen Zuschlag.

Eine fleißige Bevölkerung hat in diesem Jahrhundert Villacher E-Werke gebaut. Diese Villacher E-Werke waren der Grundstock für die Kelag. Es war die Substanz der Kelag. Gegen schwersten Widerstand der Villacher Stadtväter und ausgestattet mit enormen Forderungen ist dieses Villacher E-Werk 1947 enteignet worden. Es hat damals viele Forderungen gegeben. Die Kelag sollte ihre Hauptverwaltung in der Stadt bauen, die sehr viel in die Kelag einbringt - und nicht in Klagenfurt, denn Klagenfurt wurde im Zuge der Verstaatlichung nicht enteignet. Man ist auf diese Wünsche nicht eingegangen. Man hat sich nach langwierigen, fünfjährigen Verhandlungen dazu geeinigt, S 39 Mio. Ablöse zu bezahlen. S 10 Mio. wurden an die Stadt Villach direkt ausbezahlt und für S 29 Mio. Gegenwert hat man damals 23,6 % Aktienpaket erhalten. Dies mit dem Hintergrund, ein Mitspracherecht in der Kelag zu haben und eine Dividende zu bekommen, aus dem Unternehmen auch Ertrag zu bekommen. Beides wurde der Stadt Villach nicht gewährt. Die letzten fünf Jahre haben gezeigt, daß Villach sogar aus dem Aufsichtsrat entfernt wurde, daß den Städten somit das Recht genommen wurde, im Aufsichtsrat vertreten

zu sein. Alle fünf Städte mit etwas über 32 % haben seit fünf Jahren - seit der vorletzten Landtagswahl - nicht mehr die Möglichkeit, im Aufsichtsrat vertreten zu sein. Es gibt seit 46 Jahren aus der Kelag keinen disponiblen Ertrag für die Städte. Dies gilt für die Stadt Villach im besonderen. Der Unternehmenswert hat sich gesteigert. Dazu hat Univ.Prof. Dr. Bodenhöfer festgestellt, daß das Unternehmenswachstum im wesentlichen abgeschlossen ist und daher in Zukunft kein Ertrag aus dem Unternehmenswachstum zu erwarten sein kann. Es entsteht daher Handlungsbedarf. Die Stadt Villach hat - das sollte nicht verschwiegen werden - darüberhinaus für den öffentlichen Stromhaushalt einen 50%igen Strompreisvorteil aus der Kelag bekommen. Das ist aber ein Vertrag, der mit der Beteiligung nichts zu tun hat, denn auch bei den Stadtwerken in Villach hat es die Möglichkeit gegeben, die öffentliche Stromversorgung kostengünstig zu gestalten. 46 Jahre lang hat die Stadt Villach aus 25 % und einer Aktie - denn Villach hat zum Nominale zugekauft - keinen disponiblen Ertrag erhalten. In Klagenfurt, wo es keine Beteiligung an der Kelag gibt, wo 1947 nicht verstaatlicht wurde, bezieht man heute an die S 60 Mio. aus einem Stromlieferungsvertrag der Kelag an die Klagenfurter Stadtwerke. Man geht davon aus, daß ganz Kärnten im Grunde genommen Klagenfurt in dieser Frage subventioniert. In Klagenfurt werden öffentlicher Verkehr einerseits und Bäder andererseits - und vieles andere im öffentlichen Interesse - durch den Gewinn aus den Stadtwerken finanziert. Es war also in Kärnten eine ungerechte Situation, daß jene, die an der Kelag beteiligt waren, jene, die diese Kelag gründen geholfen haben, nunmehr nichts gehabt haben, während die Stadtwerke Ertrag gebracht haben.

Was man aber in diesen 46 Jahren hatte, war ein Grundkonsens mit der Landespolitik - bis zum 8. Juli des vergangenen Jahres -, daß einseitige Maßnahmen gegen die Städte nicht beschlossen werden. Dieser Grundkonsens

war bis zum 8. Juli des vergangenen Jahres vorhanden. Dann mußten die Städtevertreter mit 32 % Anteil, der nunmehr, wie sich herausstellt, auch ein Milliardenvermögen bedeutet, aus der Zeitung lesen, wie man mit ihnen umgeht. Er möchte dem Gemeinderat diesen Beschluß zur Verlesung bringen: "Die Landesregierung wird aufgefordert, als Mehrheitseigentümer der Kelag entsprechende Verhandlungen mit den Österreichischen Draukraftwerken, der Kelag und den Stadtwerken Klagenfurt zu führen." Die Verhandlungen sollten nicht mit den Syndikatsstädten, die 32 % haben, geführt werden. Das war der Beschluß von ÖVP und FPÖ im Kärntner Landtag. "Verhandlungen sind zu führen von der Regierung mit ÖDK, Kelag und den Stadtwerken Klagenfurt, daß durch die Realisierung nachstehender Punkte das Landesunternehmen als ein leistungs- und wettbewerbsfähiges Unternehmen für die Zukunft gesichert wird. 1.) Beteiligung der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts AG an der Kelag in Höhe von 49 % bei weiterer Aufrechterhaltung von 51 % der Anteile des Landes Kärnten und der Gemeinden." Für die Mehrheitsbeschaffung von 51 % in Zukunft wollte man die Städte wieder dabei haben. Nur bei den Verhandlungen wollte man die Syndikatsstädte aussparen. "2.) Aufrechterhaltung der 49 %-Anteile der Kelag an den ÖDK. 3.) Gründung einer Betriebsführungs-Gesellschaft mit einer 50%igen Beteiligung von Kelag und ÖDK zur gemeinsam Stromproduktion und Verkauf. 4.) Errichtung einer Gesellschaft zur Erschließung neuer Geschäftsfelder."

Damit wurde ein Grundkonsens aufgegeben und einseitig ein aggressiver Beschluß gegen die Interessen der Städte gefaßt, der bis heute gültig ist. Er möchte überhaupt nicht prüfen, wie klug der Beschluß war, nur mit einem möglichen Käufer zu verhandeln - nämlich der Verbundgesellschaft. Man hätten gemeinsam etwa S 1 Mrd. weniger bekommen, wäre der Beschluß des Kärntner Landtags durchgesetzt worden. Es waren die Städte und das Verhand-

lungsteam der Städte, die - entgegen dem Landtagsbeschluß - durch Schaffung eines Käufermarktes S 1 Mrd. nach Kärnten gebracht haben. Daran kommt niemand vorbei. Andernfalls hätte die Stadt Villach maximal 12,5 % von einer Verbundmilliarde bekommen. Es war nämlich das Ziel, die Stadt Villach höchstens 12,5 % von ihren 25 % verkaufen zu lassen. Die Stadt Villach hätte damit die Situation gehabt, daß sie - ohne Verkaufsmöglichkeit - auf 12,5 % weiterhin gesessen wäre. Weiters wäre man vor der Situation gestanden, daß man die Sperrminorität aufgegeben hätte, ohne den Gesamterlös zu bekommen.

Es hat auch damals im Kärntner Landtag eine klare Aussage in diese Richtung gegeben, die das bestätigt. Der Abgeordnete Dr. Strutz sagt am 14. Juni 1993: "Aus dem Erlös des Verkaufs von 49 % Anteilen an den Bund ist eine Gesellschaft für die Erschließung von neuen Geschäftsfeldern zu gründen, die unserer Meinung nach primär im Bereich der Abfallversorgung, der neuen Energiefelder, der Alternativenenergien und sicherlich auch im Bereich der Sicherung der Wasserversorgung tätig werden kann." Man findet kein Wort von Mitteln für die Städte. Man will 49 % verkaufen, die Städte sollen auf der Strecke bleiben. Damals gab es kein Wort des Protests von jenen Parteien in der Stadt Villach, die sich heute darüber beklagen, daß andere das Heft in die Hand genommen und den Stier bei den Hörnern gepackt haben.

Die Syndikatsstädte sind aktiv geworden - auch wenn das am Anfang scheinbar aussichtslos war. Man war in der Situation des David gegen den Goliath. Die Städte haben diesen Kampf aufgenommen. Es war notwendig, diesen Kampf - über Parteigrenzen hinweg - für Villach zu führen. Welche Bedeutung hatte dieser Beschluß weiters? Er zitiert aus dem Gutachten des Univ.Prof. Dr. Bodenhöfer: "Mit dem Verkaufsbeschluß des Kärntner Landtags vom

8. Juli 1993 ergab sich jedoch eine neue Situation. Der Beschluß des Landtages, 49 % der Kelag-Aktien an die Verbundgesellschaft zu verkaufen, erfolgte ohne Abstimmung mit den am Kelag-Kapital beteiligten Gemeinden, deren Anteile damit deutlich entwertet würden. Aufgrund der 51 %-Regelung des Bundesverfassungsgesetzes von 1987 käme für die beteiligten Gemeinden ebenfalls praktisch nur ein Verkauf an die Verbundgesellschaft in Betracht - eine Möglichkeit, die jedoch durch die Bedingungen der Aufrechterhaltung einer Kärntner Beteiligung von 51 % an der Kelag im Beschluß des Landtages ausgeschlossen wird. Damit wären die Gemeinden als Kelag-Aktionäre in ihrer Entscheidungsfreiheit blockiert, d.h. zur Option des Stillhaltens gezwungen. Gleichzeitig wäre die Entwicklung des wirtschaftlichen Wertes der Kelagbeteiligungen der Gemeinden in Zukunft wesentlich durch unternehmenspolitische Entscheidungen im Rahmen des Verbundkonzerns bestimmt. In jedem Fall jedoch würde die faktische Aufhebung der Verfügungsmöglichkeit der Gemeinden über ihre Kelag-Beteiligung einen enteignungs-ähnlichen Eingriff bedeuten,..." - es hat dies 1947 schon einmal gegeben und nun soll es wieder stattfinden - "...da die freie Verfügbarkeit über Vermögenswerte einschließlich des Verkaufs für den Eigentumsbegriff konstitutiv ist. In jedem Fall beeinträchtigt der Beschluß des Landtages damit schwerwiegend die wirtschaftlichen Interessen der Gemeinden." Soweit das Gutachten des Univ.Prof. Dr. Bodenhöfer. Dr. Bodenhöfer kommt zur Ansicht: "Ein schwerwiegender wirtschaftlicher Nachteil, wie der Beschluß des Landtages, 49 % der Kelag-Anteile zu verkaufen, für die Gemeinden begründet liegt, hat die Gemeinden damit wirtschaftlich und rechtlich in einen Zugzwang gebracht. Folgerichtig sind die Gemeinden in Reaktion auf diesen Beschluß aktiv geworden, um ihrerseits ihre Kelag-Beteiligungen zu verkaufen und damit die Nachteile von den Gemeinden abzuwenden, wie sie mit dem Verkauf eines

wesentlichen Teiles der Kelag-Beteiligungen verbunden wären." Die Aktivitäten der Syndikatsstädte in Richtung Verkauf sind wissenschaftlich durch diese Studie abgesichert.

Ein Verhandlungsteam hat 15 Monate harte Arbeit und Kampf hinter sich; dies in einer fachlichen Qualität, wie das heute Österreichweit anerkannt wird und wie das auch in Zukunft - das bestätigen Manager der Österreichischen Energiewirtschaft - nicht mehr anders laufen wird können. Man hat Maßstäbe mit dieser Vorgangsweise gesetzt. Gelungen ist das alles, weil es in dieser Frage ein besonderes Villacher Klima gegeben hat - nämlich eine enge Zusammenarbeit von Politikern mit externen Fachleuten der höchsten Qualität im In- und Ausland. Man hat sich diese Leute geholt. Sie haben wesentlich dazu mitgetragen, daß dieser Erfolg möglich war. Es ist ein Villacher Modell, sich externe Fachleute zu holen. Dies wird auch in anderen Bereichen so gehandhabt.

Zu Beginn der Sitzung wurde die Frage des Klimas und des Miteinander-sprechens auf den Tisch gebracht. Es hat in den 15 Monaten Berichte im Gemeinderat, im Stadtsenat und bei Fraktionsinformationen - die letzte war vor etwa 14 Tagen - gegeben. Es ist richtig, daß es nur mit zwei Fraktionen nach der Präsentation der Verkaufswerte Gespräche im Fraktionsstil gegeben hat. Aber diese 15 Monate hat eines ausgezeichnet: Man hat immer erklärt, daß der Bürgermeister verhandeln soll. Dieser soll damit ausrutschen oder auch nicht. Das ist seine persönliche Meinung dazu.

Stadtrat Pacher stellt fest, daß dies niemand gesagt hat.

~~Bei den Freisess~~ Bürgermeister Manzenreiter ist der Meinung, daß die Aufregung von Stadtrat Pacher unnötig ist. Er muß zu seinem eigenen Schutz hier festhalten, daß es mehrere Gespräche mit Stadtrat Ladstätter gegeben hat, bei denen es um Mitverantwortung und um Weichenstellungen gegangen ist. Es wurde dort die Frage gestellt, in welche Richtung man gehen soll. Die Antwort war: "Verhandeln Sie nur und wir werden dann ja oder nein sagen." Das Klima in einer Stadt ist nicht nur in den letzten drei Tagen vor einem solchen Beschluß entscheidend. Das Klima wird auch davon geprägt, ob man bereit ist, in Details, bei Weichenstellungen und Weggabelungen den Weg der Zukunft mitzubestimmen und mitzuverantworten. All die Ideen, die jetzt so auf den Tisch kommen, hätten in den letzten 15 Monaten ebenfalls entwickelt werden können. Man hat jedoch nur erklärt, daß der Bürgermeister verhandeln soll. Zum Klima in einer Stadt gehört auch, daß man bereit ist, Mitverantwortung zu tragen. Manchesmal war es eben schwer, Orientierung zu finden. Da liest man in der Zeitung, daß eine Partei für den Verkauf sei, da dieser Villach zur reichsten Stadt machen würde. Das war vor über einem Jahr. Später ist diese Partei wieder dagegen.

Es war und ist die Frage der Kelag für den, der verhandelt, ein Komplex, der mit hohem Risiko ausgestattet ist, da auch öffentliches Interesse daran besteht. Er war bereit, dieses Risiko zu tragen. Viele haben es nicht mitgetragen. Bei den Gutachten waren sich noch alle einig. Es hat dann jedoch die wichtige Weichenstellung gegeben, ob man einen Käufermarkt schaffen oder nur mit dem Verbund verhandeln soll. Dabei hat es sich plötzlich um Provisionen gehandelt. Auch im Falle des Scheiterns wären mehr als S 1 Mio. verloren gegangen. Diese Frage hat die SPÖ-Fraktion damals alleine tragen dürfen. Wenn es schief gegangen wäre, dann wäre die Beauftragung der Schweizer Bankgesellschaft, einen europäischen Käufermarkt zum Anhe-

ben des Preises zu schaffen, als falsche Entscheidung dargestellt worden. Diese Entscheidung hat die SPÖ-Fraktion alleine getragen. Es war dies eine sehr wichtige Weichenstellung, bei der die SPÖ-Fraktion die Verantwortung ganz alleine tragen mußte. Diese Entscheidung hat der Stadt S 500 Mio. bis S 600 Mio. gebracht. Dies alles ist ebenfalls eine Frage des Klimas, das man jetzt einfordert. Die Bürger werden sich selbst ihr Urteil bilden. Die anderen Fraktionen haben sich damals in der Frage des Übernehmens von Verantwortung zurückgehalten. Es war nicht erkennbar, wie es dem Bürgermeister im Endeffekt gehen wird.

Es hat in dieser Frage auch die Aussage gegeben, man solle die Schweizer Bankgesellschaft und den Käufermarkt nicht einschalten, sondern man solle ausschließlich mit dem Land verhandeln. Aus der heutigen Sicht hätte das Nicht-begeben in Richtung Käufermarkt und somit die Nicht-Beauftragung der Schweizer Bankgesellschaft der Stadt S 500 Mio. bis S 600 Mio. weniger gebracht. Diesen Weg hat die SPÖ-Fraktion alleine tragen müssen. Es war eine völlige Fehleinschätzung damals, den Käufermarkt nicht mitzubeschließen. Die Mitglieder der anderen Fraktionen waren in dieser Etappe nicht bereit, Verantwortung mitzutragen und den Entscheidungsprozeß in dieser Situation mitzutragen. Sie haben abgewartet, wie sich die Dinge entwickeln werden.

Es hat eine Situation gegeben, die natürlich für eine gewisse Beunruhigung gesorgt hat. Es gab die Präsentation durch die Schweizer Bankgesellschaft betreffend den Verkaufserlös. Es war das ein Augenblick, in dem die Medien österreichweit auf Villach geblickt haben. Nach dieser Präsentation sind die Werte auch der Öffentlichkeit präsentiert worden. Es ist dann - da Journalisten, Fachleute und Fachmedien das so beurteilt haben - der Wert, der zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Verhandlungen erzielt

werden konnte, als Sensation empfunden worden und hat österreichweit Schlagzeilen und Wellen produziert. Vielleicht wirft man ihm nun vor, daß er zu oft in den Zeitungen genannt wurde. Auch das hört man dort und da durch.

Eine Woche später gab es die ersten Kontaktaufnahmen mit dem Verbund, um zu erfahren, in welche Richtung die Verträge gehen werden, und um die Vorstellungen der Syndikatsstädte einzubringen. Es hat am Freitag vorher die Pressekonferenzen der Stadträte Pacher und Ladstätter gegeben, bei denen sich diese auch, ohne Parteienverhandlungen abzuwarten, bereits dahingehend geäußert haben, daß sie sich gegen die Veräußerung von Stadtvermögen aussprechen, zumal die Finanzlage der Stadt so positiv sei, daß keine Notmaßnahmen getroffen werden müssen. Auch er selbst hat bei der Diskussion der Kleinen Zeitung vor einem großen Publikum erklärt, daß die Stadt keine Finanznot hat, um das heute beschließen zu müssen. Die Stadt ist in politischer Not aufgrund eines Landtagsbeschlusses, der im Kärntner Landtag gefaßt wurde, ohne die Städte zu kontaktieren.

Das Verhandlungsteam und alle, die diesen Beschluß heute mittragen, haben aus einer Bedrohung, die nach wie vor aufrecht ist, einen großen Erfolg gemacht. Man hat nach der ersten Enteignung durch die Republik nunmehr die zweite De-facto-Enteignung verhindert. Man hat die Möglichkeit geschaffen, das zurückzuholen, was der Stadt Villach schon lange zusteht.

Stadtrat Ladstätter ist stolz darauf, daß dieser einer Oppositionspartei angehört, obwohl dieser in der Stadtregierung sitzt. Stadtrat Ladstätter trägt Referatsverantwortung in dieser Stadt. Im Grunde genommen hat die SPÖ-Fraktion alles mitbeschlossen, was dieser eingebracht hat. Trotzdem erklärt Stadtrat Ladstätter, er ge-

höre einer Oppositionspartei in dieser Stadt an. Man kann auch als Oppositionspartei ein Interesse daran haben, daß es kein gutes Klima gibt.

Er ist der Meinung, daß man mit der Kelag in der Frage der Stadtwerke auf dem Wärmesektor zu einem Erfolg kommen wird. Es gibt jedoch einen Stadtwerke-Referenten in dieser Stadt, und zwar Stadtrat Pacher. Es wäre einzufordern, daß dieser nicht drei Tage vor Beschluß diese Dinge als Schlagwort aus dem Hut zieht. Stadtrat Pacher hätte 15 Monate Zeit gehabt, hier Entwicklungen vorzunehmen. Auch diese Tatsachen prägen das Klima in der Stadt Villach. Es kommen sich ein paar Personen zurecht dumm vor, wenn sie rund um die Uhr arbeiten und andere immer nur einfordern, was getan werden muß. Selbst aktiv zu werden ist gefordert, wenn man in dieser Stadt Verantwortung trägt. Man kann nicht einfach nur drei Tage vor dem Beschluß feststellen, daß sich der Bürgermeister nicht darum gekümmert hat. Man muß selbst aktiv werden und sollte nicht den einzigen Weg, der von der Stadt Villach vor dem Hintergrund der Bedrohung gegangen werden kann, vor den Bürgern als schlecht darstellen. Es müssen heute ein paar Wahrheiten auf den Tisch, denn das ist eine wichtige Entscheidung und es steht der Vorwurf im Raum, daß gewisse Personen für das Klima verantwortlich sind. Die FPÖ- und die ÖVP-Fraktion in dieser Stadt haben in den letzten Jahren erstmals dazu beigetragen, daß in der Zweiten Republik reihenweise sozialdemokratische Politiker zum Landesgericht gehen mußten, um dort ihre Ehre einzuklagen. Auch das ist Klima und muß heute auf den Tisch. Er hat viele Stunden beim Landesgericht verbracht, um seine Ehre einzuklagen, anstatt für die Stadt zu arbeiten. Und nun muß er von den anderen hören, die SPÖ-Fraktion sei für das Klima verantwortlich. Er erinnert an die Skandalisierung der Finanzreferentin, die kaum im Amt war. Er erinnert daran, daß er plötzlich zum Telefonabhörer skandalisiert worden

ist und daß es eine Gemeinderatssitzung gegeben hat, bei der fünf Stunden lang die Kübel über ihm ausgeschüttet wurden, obwohl der Staatsanwalt schon ein Geständnis des Täters hatte. Obwohl man sich geirrt hat, hat man sich nicht bei ihm entschuldigt. Diese Dinge müssen einmal gesagt werden. Auch in der Klimafrage ist es für den Bürgermeister und die SPÖ-Fraktion irgendwann einmal genug.

Nun möchte er zur Vertrauensfrage Stellung nehmen. Es wird auch die Z-VISPA-Fusion immer wieder angeschnitten und nun behauptet, diese Fusion wäre ein großer Mißerfolg gewesen. Die Villacher sehen das etwas anders, denn vor kurzem hat die Stadt Bregenz eine Fusion vorgenommen und S 50 Mio. an Haftungskapital dazugeben müssen, damit die Stadtparkasse überhaupt fusioniert worden ist. Inzwischen gibt es 35 Fälle, die bereits abgewickelt wurden. Damals war die ÖVP-Fraktion durch einen Wirtschaftstreuhänder in alle Verhandlungen eingebunden. Am Vormittag hat es noch mit den Stimmen der ÖVP einen einstimmigen Beschluß für die Fusion gegeben. Am Abend um 17.00 Uhr haben plötzlich die drei ÖVP-Vertreter den Auftrag erhalten, dagegen zu stimmen. Sie haben es nicht getan, weil sie angesehene Bürger dieser Stadt sind. Sie sind dem Parteiauftrag nicht gefolgt und haben nicht dagegen gestimmt. Die ÖVP-Fraktion war für die Fusionierung, aber nicht mit der Zentralsparkasse, sondern mit einer anderen Bank. Am Freitag danach ist Stadtrat Pacher mit dem Gesetzbuch am Rednerpult gestanden und hat dem Magistratsdirektor und ihm erklärt, sie beide würden eingesperrt werden, da sie gegen das Gesetz verstoßen würden.

Auch das ist eine Klimafrage. Man kann für oder gegen etwas sein, muß jedoch nicht den anderen sofort kriminalisieren. Das Klima muß von beiden getragen werden. Sehr wichtige Maßnahmen in dieser Stadt sind in den letzten Jahren immer wieder einfach mit "nein" behandelt wor-

den. Es ist keine Bereitschaft vorhanden, Mitverantwortung zu tragen. Er ist jedoch davon überzeugt, daß es in dieser Stadt Personen gibt, die etwas weiterbringen, und daß es Leute gibt, die in der Geschichte gescheiterte Verhinderer sein werden. Diese Stadt hat in den letzten Jahren eine hervorragende Entwicklung genommen. Er ersucht daher die anderen Fraktionen, wieder auf den Villacher Boden zurückzukehren und Entscheidungen im Interesse der Villacher Bürger zu treffen. Wirbel allein ist auf Dauer kein Konzept, das die Stadt weiterbringen wird.

Es ist seiner Meinung nach eine patriotische Tat, die dem Gemeinderat heute gelingen wird. Es ist bereits kritisiert worden, daß er über die Verwendung der Mittel bereits gesprochen hat. Man wird die Mittel gut anlegen. Es gibt ein berechtigtes Informationsbedürfnis der Bürger darüber, was mit diesem Geld geschehen soll. Villach erhält - wenn der Gemeinderat den Verkauf heute beschließt und auch der Aufsichtsrat des Verbundes den Beschluß faßt - eine große Chance. Es gilt, diese Chance zu nutzen. Er empfiehlt daher, dem Verkauf und damit einem Durchbruch der Gerechtigkeit zuzustimmen. Die Stadt Villach holt damit verfügbar heim, was ihr 46 Jahre lang vorenthalten war. Es war der richtige Zeitpunkt; Es ist die richtige Situation. Aus diesem Grund war der Antrag zu stellen.

folg. 1

Er verliert den Amtsvortrag der Finanzdirektion vom 9.11.1994.

Man steht nun am Abschluß erfolgreicher Verhandlungen. Das Ziel dieser Verhandlungen für das Verhandlungsteam war immer klar auf zwei Säulen aufbauend. Es war dies die Frage eines möglichst hohen Ertrages für die Stadt Villach und die Frage, die Zukunft der Kelag und damit auch die Interessen der Kärntner Strombezieher und

der Mitarbeiter der Kelag durch einen guten, strategischen Partner in Zukunft abzusichern. Dieser Partner wurde derzeit in der Verbundgesellschaft gefunden und ist dies auch mit dem Mehrheitseigentümer, vertreten durch Herrn Landeshauptmann Dr. Christof Zernatto, so abgesprochen.

Jeder Fachmann erklärt, daß, wenn der Mehrheitseigentümer den Beschluß faßt, Aktien zu verkaufen, der Minderheitseigentümer dafür sorgen muß, daß er zu seinen Rechten kommt. Das ist im Grunde genommen in diesen 15 Monaten geschehen. Es ist seiner Meinung nach weiterhin Gefahr im Verzug. Es ist das Vorzeigen von Tafeln so modern geworden. Auch er möchte sich dem anschließen. Gestern war in der Kleinen Zeitung zu lesen: "Zernatto erklärte, es sei schlecht für das Land, wenn man die Mehrheitsanteile der Kelag aufgeben würde." Diese Meinung vertritt auch die Stadt Villach. 51 % der Anteile sollten im Land Kärnten bleiben. "Sollten die Städte nicht verkaufen, würde das Land mehr veräußern." Das ist die Situation, vor der man sich befindet. Diese Situation sollte jetzt durch alle möglichen Nebenargumente verschleiert werden, vernebelt werden. Alle, die heute hier sitzen, haben vor dem Hintergrund abzustimmen, daß das Land Kärnten mehr verkauft, wenn die Syndikatsstädte nicht verkaufen. Dies bedeutet, daß die Stadt Villach dann auf ihren Anteilen sitzen bleibt. Das sollten alle Gemeinderäte wissen, wenn sie heute abstimmen. Wenn man heute gegen den Verkauf abstimmt, dann bleibt die Stadt Villach auf ihren Anteilen sitzen, weil mehr als 51 % nicht verkauft werden können. Das Land Kärnten würde dann mehr veräußern. Es ist also nach wie vor Gefahr im Verzug für die Interessen der Stadt Villach. Er stellt daher den Antrag, über die drei von ihm eingebrachten Anträge abzustimmen.

Er möchte einen vierten Antrag einbringen, und zwar beantragt er die namentliche und persönliche Abstimmung in diesem Gemeinderat, damit sich dann der Nebel lichtet, wer vor diesem Hintergrund und vor diesem Wissen gegen einen Verkauf der Aktien der Stadt Villach ist.

Er dankt allen externen Fachleuten, die mit großem Engagement und - wenn es sich um Villacher Bürger gehandelt hat - auch mit großem Patriotismus für diese Stadt in den letzten Monaten gearbeitet haben. Er dankt dem Verhandlungsteam, das ihn begleitet hat - die Finanzreferentin, Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher, der Magistratsdirektor und in besonderer Weise auch der Finanzdirektor mit seinem Team. Es ist eine historische Stunde, nicht nur Gefahr abzuwenden, sondern Chancen für diese Stadt auf Jahrzehnte hinaus abzusichern.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher dankt dem Bürgermeister für seine ausführliche und sehr anschauliche Begründung, die zum heutigen Antrag geführt hat.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher führt aus, daß die historische Bedeutung dieser Sitzung bereits hervorgehoben wurde. Es ist eine historische Bedeutung für die gesamte Stadt Villach, für jeden einzelnen Bürger dieser Stadt - ganz besonders natürlich aber für die Finanzreferentin dieser Stadt. Man arbeitet derzeit an einem Projekt "Villach 1945 - 1995", bei dem die Entwicklung Villachs in der Nachkriegsgeschichte aufgezeigt werden soll. Sie ist davon überzeugt, daß der Gemeinderat mit dieser heutigen Sitzung bereits im Vorgriff auf das Projekt "Villach 1945 - 1995" beginnt, die zweite Hälfte

dieses Nachkriegsjahrhunderts zu eröffnen. Es freut sie, daß viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kelag, Aufsichtsratsmitglieder, aber auch Altbürgermeister Ing. Resch als Zeitzeugen der heutigen Sitzung, in der es um Kärntens wichtigstes Unternehmen geht, beiwohnen. In den Nachkriegsjahren war dieser Stadtteil - wie überhaupt ein Großteil Villachs - zerbombt. Die Sitzungen des Villacher Gemeinderates mußten deshalb in der Khevenhüllerschule stattfinden. Die Sitzungen des Villacher Gemeinderates haben sich damals mit dem Zweiten Verstaatlichtengesetz und mit der Umsetzung dieses Gesetzes durch Landeshauptmann Wedenig beschäftigt. Nach mehrjähriger Verhandlung durch die Bürgermeister Petschnig und Sereinig, nach mehrjähriger Verhandlung über Strompreis, über Mitsprache der Stadt, über Bedingungen für die Mitarbeiter, über Investitionen für Villach, aber auch über Strategiefragen, kam man damals im Villacher Gemeinderat zu einem einstimmigen Ergebnis. Obwohl Bedenken angemeldet wurden, obwohl die Parteimeinungen in vielen Fragen auseinandergingen, übte man heftige Kritik am Bund und damals schon am Land Kärnten und an dessen Vorgangsweise. Die gemeinsamen Kräfte für Villach haben jedoch überwogen. Es ist damals darum gegangen, eine neue Kelag als starkes Unternehmen für ganz Kärnten aufzubauen, obwohl die Villacher mit dieser Ent-eignung ihr ertragsreichstes Unternehmen - die Stadtwerke - verloren haben und obwohl diese Stadtwerke, wie betont wurde, damals die einzige Besicherung für Darlehen gebildet haben.

Seit diesem Beschluß - der Vertrag ist seit 1952 rechtsgültig - hat die Kelag bis 1990 eine sehr positive Entwicklung hinter sich gebracht. Diese positive Entwicklung hat sich vor allem in einer stark steigenden Substanz der Kelag niedergeschlagen - unter anderem auch deshalb, weil über die Jahrzehnte hinweg kein politisches Gremium und kein Politiker sich in Unternehmensfragen ein-

gemischt hat -- schon gar nicht in Strompreisverfahren. Es wurde das Unternehmen immer nach den Grundsätzen eines ordentlichen Kaufmannes geführt. Es hat auch in diesen Jahrzehnten mehrmals Wechsel von Aktienbesitz gegeben. Es haben fünf Mal Aktien zwischen den Städten und auch zwischen dem Land Kärnten und den Städten den Besitzer getauscht - jeweils zum Nominale, zu S 5.000,-- pro Aktie.

In der Stadt Villach hat es in diesen Jahrzehnten sehr oft auch durch Rechnungshofanregungen Überlegungen gegeben, Aktien aus dem städtischen Besitz zu verkaufen. Sie zitiert nur ein Gutachten aus dem Jahr 1983, als der Bund, aber auch das Land Kärnten, der Stadt ein Angebot unterbreiteten, Aktien zum Nominale von der Stadt Villach zu kaufen. Damals wurde sehr deutlich seitens des Kontrollamtes und der Wirtschaftsverwaltung festgehalten, daß der Wert der Kelag um einiges höher liegt. Aus diesem Grund wurde dem damaligen Bürgermeister und Finanzreferenten abgeraten, Aktien zum Nominale zu verkaufen. Seit diesen Jahren hat es mehrfach Versuche gegeben, die seit 1990 anfallenden Verluste bei der Kelag auch durch Eingriffe in das Eigentum - in das Eigentum der Stadt Villach, der Villacher Bürger - abzudecken. Sie möchte als Beweis dafür anführen, daß in der außerordentlichen Hauptversammlung der Kelag 1993 folgender Antrag des damaligen Landes-Finanzreferenten Rauscher vorgelegen ist: "Im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation in Kärnten bin ich der Ansicht, daß eine Strompreiserhöhung im Jahre 1993 für die Abnehmer nicht tragbar ist. Sollten im Geschäftsjahr 1993 Fehlbeträge anfallen, so sind diese durch Auflösung von freien Rücklagen auszugleichen, was eine Kürzung des Eigenkapitals bewirkt." Diese Formulierung war nur deshalb möglich, weil die Stadt Villach damals schon in einem Protestschreiben an das Land Kärnten gefordert hat, die allfällig anfallenden Verluste der Kelag aus den Rücklagen zu bedecken und nicht - wie darüber-

hinaus vorgesehen war - durch Einschnitte beim Kapital. In dem Unternehmen, das jedes Jahr Gewinne geschrieben hat, das österreichweit führend war mit dem Kelstra-Konzept, das österreichweit führend war, was Unternehmensstrategie betrifft, läßt sich ab dem Jahr 1990 verfolgen, daß der Aufsichtsrat nicht mehr durch Fachleute, sondern durch von politischen Parteien proporznominierte Mitglieder besetzt werden sollte. Ab diesem Jahr war es aber vor allem so, daß in Kärnten als einzigem Bundesland der Strompreis zum täglichen politischen Hickhack geworden ist. Es wurde also bereits im Jahr 1990 der Grundkonsens betreffend die Kelag verlassen. Es hat die Parteipolitik zum Schaden des Unternehmens Einzug in rein unternehmerische Angelegenheiten gehalten. Sie möchte auch festhalten, daß es aus ihrer Sicht etwas ironisch oder sogar zynisch ist, wenn heute die Parteien, die jahrelang die Kelag, ihre Mitarbeiter und ihre Vorstandsdirektoren als politischen Reibebaum gebraucht haben, Krokodilstränen vergießen und erklären, der Preis des Aktienverkaufs sei zu niedrig. Es ist daher eher die Vermutung anzustreben, daß man diesen politischen Reibebaum nicht verlieren will. Diese Parteien verhalten sich aus ihrer Sicht ähnlich wie Kinder, die ein Spielzeug kaputt machen und dann böse sind, weil dieses Spielzeug nicht mehr funktioniert. Man muß jedoch deutlich Protest dagegen erheben, daß irgendein Unternehmen im Land Kärnten - und schon gar nicht die Kelag mit ihrer wichtigen Bedeutung - zum Spielzeug von Politikern wird. Ein einziger kleiner Trost begleitet sie als Finanzreferentin in der gesamten Diskussion; Das ist nämlich der, daß genau die Personen, die die letzten Budgets der Stadt Villach abgelehnt haben, die immer behauptet haben, Villach könne nicht wirtschaften, hier werde eine verschwenderische Politik betrieben usw., heute als Argument gegen den Verkauf verwenden: "Die Villacher Finanzen sind in Ordnung".

Seit dem Jahr 1990 wurde der Grundkonsens die Kelag betreffend im Land Kärnten verlassen. Seit dem 8. Juli des vergangenen Jahres ist aber weit mehr passiert. Es ist erstmals in der Geschichte Kärntens - vermutlich sogar erstmals in der Wirtschaftsgeschichte - der Fall, daß eine Mehrheitseigentümerin sich dezidiert vom Unternehmen verabschiedet. Es ist der Fall, daß die Mehrheitseigentümerin Land Kärnten einen Verkaufsbeschluß gefaßt hat - mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ -, ohne mit dem Unternehmen gesprochen zu haben, ohne ein einziges Gespräch mit den Vorstandsdirektoren geführt zu haben, ohne den Aufsichtsrat befaßt zu haben, ohne die Hauptversammlung einberufen zu haben. Der Landtag hat einen Verkaufsbeschluß gegen die Interessen des Unternehmens und ohne Gespräche mit dem Unternehmen gefällt; nach drei Jahren Trommelfeuer auf das Unternehmen Kelag ein Verkauf auch um einen Schleuderpreis, der damals möglich gewesen wäre. Was das für Villach bedeutet hätte, hat der Bürgermeister erwähnt. Es ist aus ihrer Sicht der Beschluß am 8. Juli eine zweite De-facto-Enteignung Villachs gewesen. Der Bürgermeister und die Syndikatsstädte haben eine andere Vorgangsweise gewählt. Sie möchte nur zwei Schritte erwähnen, da diese die ersten waren. Nach dem 8. Juli war der erste Schritt - das ist vermutlich auch unter Kaufleuten der einzig richtige - sofort, die Vertreter des Unternehmens einzuladen. Es hat Gespräche mit der Kelag, mit dem Vorstand, mit den Betriebsräten gegeben. Nach diesem ersten Schritt ist man erst daran gegangen, direkt die Gespräche mit eventuellen potentiellen Erwerbern zu führen. Dies geschah nicht über die Zeitung, sondern im direkten Gespräch. Es ist doch etwas eigenartig, wenn nach dieser Vorgangsweise heute versucht wird, die Fakten umzudrehen und zu behaupten, der Bürgermeister sei jemand, der nicht redet und nicht mit den in der Situation richtigen Leuten redet.

Es hat in diesen eineinhalb Jahren einen wichtigen Beschluß gegeben, und zwar Ende September 1993. Es war dies ein Dringlichkeitsantrag der FPÖ im Kärntner Landtag, aus dem sie nur zwei Sätze zitieren möchte: "Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Grund des drohenden Verkaufes von Anteilen der Kelag durch die Syndikatsgemeinden den zu erwartenden Schaden durch eine Wertminderung der verbleibenden Anteile für das Land Kärnten abzuwenden, indem sie a) Gespräche mit allen Gemeinden führt und b) solange derartige Gespräche nicht durch Einigung auf eine gemeinsame Vorgangsweise abgeschlossen sind, einen Aktienverkauf durch die Syndikatsgemeinden zu verhindern." Das ist die Linie, die durch eine deutliche Anti-Villach-Politik geprägt wird. Sie vermutet, daß das Team, das für Villach angetreten ist und in seiner intensiven täglichen Arbeit beweist, daß es für Villach arbeitet, immer öfter einer Koalition von Anti-Villachern gegenübersteht, die zwischen Land Kärnten und Stadt Villach verteilt ist.

Die zweite wichtige Aussage, die sie dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen möchte, ist die des ÖVP-Abgeordneten Dkfm. Scheucher, der in der Debatte über einen eventuellen Aktienverkauf des Landtages folgendes gesagt hat: "Diese 49 % des FPÖ-Antrages sind eine Illusion. Wissen Sie warum sie eine Illusion sind? Weil ich mir nicht vorstellen kann, daß sich jemand an einer nichts abwerfenden Gesellschaft beteiligen wird. Das kauft man einfach nicht." Zitat des ÖVP-Abgeordneten Dkfm. Scheucher zum geplanten Aktienverkauf des Landes Kärnten.

Sie kommt damit bereits zum nächsten kurzen Teil ihrer Aussage - zur Richtigkeit des Kaufpreises, den sie als Finanzreferentin durch ihre Unterschrift auf dem heutigen Antrag mitunterzeichnet hat. Man muß davon ausgehen, daß niemand eine Aktie - und auch nicht eine Kelag-

Aktie - aus Liebhaberei kaufen wird. Man muß weiters davon ausgehen, daß die Stadt Villach niemanden als Käufer haben wollte, der Kelag-Aktien als Abschreibeposten und schon gar nicht als Spekulationsobjekt kaufen wollte. Vom ersten Schritt an wurde immer klargelegt, daß die Syndikatsstädte nur an ein anderes EVU verkaufen, das im Interesse des Unternehmens ein starker Partner wird. Sie möchte zehn Argumente für die Richtigkeit des Kaufpreises aus der Sicht der Stadt Villach als Verkäuferin kurz darlegen:

1.) Das SOT-Gutachten, das von international renommierten Fachleuten erstellt wurde und sich ausschließlich nach dem Fachgutachten Nr. 74 des Fachsenats für Betriebswirtschaft in Österreich an dieses angelehnt hat. Es kommt zu einem Ertragswert von S 3,2 Mrd. für die gesamte Kelag, für die gesamten 100 % der Aktien.

2.) Der von der SOT ermittelte Liquidationswert, der mit S 8 Mrd. beziffert war, nimmt Bezug auf eine Veräußerung des Gesamtunternehmens, und zwar im Falle einer Nichtweiterführung. In diesem Zusammenhang möchte sie an die Kleine Zeitung-Diskussion vor zwei Tagen erinnern. Es war der Landeshauptmannstellvertreter Mag. Grasser, der dort sehr eindringlich verlangt hat, sich mit dem Liquidationswert näher zu beschäftigen und diesen als Anhaltspunkt für Aktienverkäufe zu nehmen. Ihrer Meinung nach ist es nicht unproblematisch, wenn ein Vertreter des Mehrheitseigentümers, ein Regierungsmitglied der Kärntner Landesregierung, deutlich verlangt, daß man den Liquidationswert als Berechnungsbasis für den Aktientransfer nehmen soll.

3.) Die Schweizer Bankgesellschaft, die wahrscheinlich auch in Österreich unter Konkurrenzunternehmungen eindeutig als die Fachbank, was EVU-Transaktionen betrifft, gesehen wird, hat festgehalten, daß bei 30

Transaktionen im Elektrizitätsbereich in den letzten Jahren im Schnitt 80 % des Jahresumsatzes erzielt wurden. Wenn die Stadt Villach zum heute vom Bürgermeister beantragten Preis verkauft, erzielt sie nicht 80, sondern 135 % eines Jahresumsatzes, hochgerechnet auf die Kelag. Alle Branchenspezialisten - das läßt sich in Äußerungen des EVN-Generaldirektors Gruber und vieler anderer festhalten - haben wiederholt den Wert des Paketes der Syndikatsstädte zwischen S 1 Mrd. und S 1,4 Mrd. zitiert.

4.) Die Gutachter Dr. Birnbacher und Dr. Pickerle, die vom ersten Moment des Tätigwerdens der Syndikatsstädte als begleitende Fachleute aktiv waren, schlagen eindeutig vor, zu diesem erwirtschafteten Preis zu verkaufen. Sie sagen sogar, daß der Preis für dieses Aktienpaket den Wert der Kelag weit übersteigt.

5.) Die internationale Zeitschrift "Power in Europe", die Fachzeitschrift im Elektrizitätsbereich, hat in den letzten Jahren wenige Artikel über die Kelag veröffentlicht. Einer war getragen davon, daß Kärnten einmalig ist, weil sich hier die Landespolitik als Mehrheitseigentümerin in das Strompreisverfahren ständig einmischt. Der zweite - vor kurzem erschienen - lautet so, daß die internationalen Angebote für das Aktienpaket der Syndikatsstädte in einem sehr hohen Ausmaß vorliegen und daß durch das Verkaufsmanagement der Schweizer Bankgesellschaft ein eigentlich überhöhter Preis des Aktienpakets erzielt werden konnte.

6.) Durch den Beitritt zur EU und die Forderungen der ÖVP und FPÖ auf Bundesebene nach mehr Privatisierung, wird es in Österreich in Zukunft einige Angebote von Beteiligungen an Elektrizitätsgesellschaften auf dem Kapitalmarkt geben, wodurch ganz bestimmt der Marktpreis in den nächsten Jahren sinken wird.

Vertrag einen Passus hineinschreiben (an der Stelle, wo es in der Vorrede steht: "im Jahre 7.") Es geht hier nicht um einen Gesamtverkauf, es geht auch nicht um einen Mehrheitsverkauf, sondern es geht um eine Minderheitsbeteiligung. Sie möchte nur ein Argument anführen, das diesen Unterschied deutlich macht. Wenn das Land Kärnten sich an den Verkauf der Syndikatsstädte anschließt und insgesamt 49 % und nicht die 32 % verkauft werden, bekommen die Städte S 50 Mio. mehr von der Verbundgesellschaft. Allein durch diesen Unterschied erhöht sich der Preis des Aktienpaketes um noch einmal S 50 Mio.

8.) Mehrfach wurden Aktien zum Nominalwert abgelöst. Es hat weder auf Landesebene, noch in der Öffentlichkeit, noch hier im Villacher Gemeinderat, als zum Nominale gekauft wurde, einen Einspruch gegeben. Es hat niemanden gegeben, der gesagt hat, daß dieser Preis nicht gerechtfertigt wäre. Dieser Punkt ist der einzige in allen anderen Syndikatsstädten, die in den letzten Jahren sehrwohl zum Nominale unter dem Wert verkauft haben, der an der gesamten Vorgangsweise kritisiert wird.

9.) Zum Abschluß kommend, was den Preis betrifft. Die Stadt Villach verkauft heute um das Siebenfache eines Nominale. Das ist weit über der Relation, die die Verbundgesellschaft durch ihr "Going Public" heute den Aktionären anbieten kann. Es werden ihr vermutlich alle Recht geben, daß die Verbundgesellschaft als ein starkes und wirtschaftlich gut geführtes Unternehmen beurteilt wird. Man liegt mit diesem Siebenfachen um einiges über dem entsprechenden Aktienwert der Verbund-Aktien.

10.) Falls, wie es von Steuerberater Ilgenfritz angekündigt wurde, es gelingen sollte, daß das Verhandlungsteam des Landes Kärnten in den Verhandlungen einen höheren Preis erzielt, hat der Bürgermeister in den

Vertrag einen Passus hineinnehmen lassen, wonach innerhalb von drei Jahren bei jeder Transaktion des Landes Kärnten, die einen höheren Preis bringen würde, die Stadt Villach und alle anderen Syndikatsstädte anteilig mitprofitieren werden. Man sollte im Interesse der Villacher diesem Verhandlungsteam viel Glück wünschen, daß dies gelingt. In diesem Fall kann sich die Stadt Villach selbst dazu gratulieren, daß sie für ihre Aktien noch mehr bekommen wird.

Sie möchte ganz kurz auf die Veranlagung eingehen, da sie die Meinung vertritt, daß es diesbezüglich eine sehr hohe Verantwortung den Bürgern gegenüber gibt. Was über Generationen erarbeitet wurde, muß für Generationen gesichert bleiben, muß aber - und dieses "aber" ist der Anlaß für den heutigen Beschluß - auch Erträge abwerfen. Die Sicherung von Vermögen allein kann nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand sein. Mit dieser Meinung hat sie durchaus auch Partner auf Landesebene. Der designierte Landesrat Rogner hat beispielsweise massiv gefordert - im Falle seines Eintretens als Finanzreferent -, daß alle Beteiligungen des Landes auf ihre Ertragssicherheit und auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden sollen. Es geht um die Aktivierung von Vermögen und es geht um die Umschichtung der Beteiligungen der Stadt - im Interesse der Bürger aber auch im Sinne des Rechnungshofes. Es handelt sich auch um eine Risikominimierung. Die Stadt Villach muß ihr Risiko selbst gegenüber dem Mehrheitseigentümer absichern. Weiters handelt es sich darum, zum richtigen Zeitpunkt ein Vermögen, bei dem die Stadt Villach enteignet worden ist, nach Villach zurückzubringen.

Was geschieht, wenn heute der Beschluß im Gemeinderat für einen Verkauf gefaßt wird? Wenn das Land Kärnten ebenfalls verkauft - was sie annimmt -, werden S 3 Mrd. nach Kärnten kommen. S 3 Mrd. österreichisches Geld wird in den nächsten Wochen und Monaten nach

Kärnten anfließen - im Interesse aller Bürger, im Interesse des Unternehmens Kelag und der Mitarbeiter dieses Unternehmens. Was geschieht, wenn der Beschluß gegen einen Verkauf gefaßt wird? Der Bürgermeister hat es anhand der Schautafel gezeigt. Wenn der Gemeinderat heute mit "nein" stimmt, wird das Land Kärnten in den nächsten Wochen 49 % der gesamten Kelag-Anteile an die Verbundgesellschaft verkaufen. Das ist ihrer Meinung nach sicher und entspricht vollinhaltlich dem aufrechten Landtagsbeschluß der ÖVP und der FPÖ. Es gibt hierin somit einen Widerspruch, wenn die Mitglieder der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion heute dagegen sein wollen und auf Landesebene nachwievor beschlossen haben, 49 % der Landesaktien zu verkaufen.

Aus ihrer Sicht steht die Zukunft Villachs auf dem Spiel. Sie könnte nicht vor die Villacher Bürger hintreten, wenn diese 49 % des Landes verkauft werden und die Aktien der Stadt Villach zu Papierfliegern degradiert sind. Sie appelliert daher an alle Fraktionen und an jeden einzelnen Gemeinderat. Der Gemeinderat stellt das oberste Organ der politischen Vertretung der Stadt Villach dar. Bei allen Diskussionen nach 1947, als Villach enteignet wurde, gab es heftigste Auseinandersetzungen und heftigste Wortmeldungen, aber am Schluß stand ein einstimmiger Beschluß, da alle das Beste für die gemeinsame Stadt Villach wollten und da sie mit diesem Beschluß das Beste für die Stadt Villach machen konnten. Der Gemeinderat sollte heute ebenfalls ein gemeinsames Stück Villacher Geschichte schreiben. Der Gemeinderat sollte dieses Stück Villacher Geschichte schreiben, indem die anderen Fraktionen doch einmal über den Schatten springen, was Mißgunst betrifft und was vielleicht dort oder da ein bißchen Neid über das Verhandlungsergebnis des Bürgermeisters betrifft. Man sollte nicht aus diesen Gründen eine enorme Chance verpassen. Die Städte St. Veit und Feldkirchen haben in ihrer gestrigen Gemeinderatssitzung einstimmig den Verkauf zu

denselben Bedingungen, wie sie dem Villacher Gemeinderat vorliegen, beschlossen. Der Stadtsenat der Stadt Spittal hat dies ebenfalls einstimmig getan. Der Gemeinderat Wolfsberg wird aller Voraussicht nach einstimmig beschließen. Sie bittet die Mitglieder des Gemeinderates zu bedenken, was dahintersteckt, wenn alle vier anderen Syndikatsstädte, die nicht die eineinhalb Jahre härteste Arbeit gehabt haben, die nicht im Sperrfeuer der Medien und der anderen Parteien gestanden sind, nun einen einstimmigen Beschluß zum Wohle ihrer Stadt fassen und es in Villach nicht möglich ist, daß der Beschluß von allen getragen wird. Dem Bürgermeister ist es trotz massiven Widerstandes und mit viel Arbeit und fachlicher Beratung gelungen, dieses Ergebnis zu erreichen. Sie ersucht die Mitglieder des Gemeinderates wirklich, gemeinsam für Villach zu arbeiten und sich nicht als Anti-Villach-Koalition zu profilieren. Sie möchte am Schluß einen Villacher zitieren, nämlich den Sprecher der Industriellenvereinigung, Herrn Kanzi, der allen sicher bestens als Wirtschaftsprofi bekannt ist. Dieser hat festgehalten, daß jeder verantwortungsvolle Villacher Politiker in dieser Sache mit "ja" stimmen muß.

Gemeinderat Mag. Burian führt aus, daß der Bürgermeister nun über eine Stunde und die Vizebürgermeisterin über eine halbe Stunde gesprochen haben. Er möchte darauf hinweisen, daß der Vorstand des Villacher Gemeinderates hier einen Formfehler begangen hat. Laut dem Statut der Stadt Villach darf eine Wortmeldung nicht länger als eine viertel Stunde dauern. Er kann sich nicht daran erinnern, daß der Gemeinderat heute beschlossen hat, diese Frist von einer viertel Stunde zu verlängern. Er möchte dem Bürgermeister und der Vizebürgermeisterin jedoch inhaltlich zugestehen, daß diese ihren Standpunkt ausführlich begründen können. Er möchte nun aber auch seine Gegenposition ausführlich begründen.

Er möchte zu einigen Punkten, die der Bürgermeister angeführt hat, kurz seine Meinung äußern. Der Bürgermeister hat sehr ausführlich vom Klima in Kärnten gesprochen. Wenn man nun eineinhalb Stunden lang zugehört hat, kommt man zu der Erkenntnis, daß es in Wirklichkeit das schlechte Klima in Kärnten ist, warum die Kelag verkauft werden soll. Es gibt eigentlich keine inhaltlichen Argumente. Die Argumente sind das niedrige Niveau der Politik in Kärnten. Es ist das der Streit zwischen SPÖ sowie FPÖ und ÖVP - der Streit dieser beiden Blöcke. Dieser Streit geht auf Kosten des Landes Kärnten. Es wird ein Landesunternehmen veräußert, nur weil diese Blöcke sich streiten. Das ist niveaulose Politik und schadet dem Land Kärnten. Er ist der Meinung, daß ein anderes Klima viel wichtiger ist, als das Landesklima, und zwar ist das das weltweite Klima. Das weltweite Klima beginnt ständig, instabil zu werden. Dieses Instabilwerden der Ökosphäre, das wir erleben, ist in Wirklichkeit viel bedenklicher, als das Klima in Kärnten. Das sollte allen eigentlich viel mehr zum Nachdenken geben. Es hat Auswirkungen sowohl auf sozialer, als auch auf ökonomischer Ebene. Der Schritt, den der Gemeinderat heute setzt, erschwert die Arbeit gegen diese weltweite Instabilisierung des Klimas, der Ökosphäre. Weltweit steht außer Streit, daß auf kommunaler Ebene am besten Maßnahmen gesetzt werden können, um den Treibhauseffekt auf der Erde zu verringern. Dieser Meinung sind auch die Parteifreunde des Bürgermeisters. Es hat eine Tagung des Renner-Instituts stattgefunden. Dort ist ganz klar festgestellt worden, daß es auf kommunaler Ebene am ehesten zu erledigen ist, und nicht von Wien oder von München aus.

Die Frage, ob man das Rathaus besser dämmen soll, um Energie zu sparen, läßt sich nicht so leicht von Wien aus lösen. Diese Frage ist eher von Villach aus zu lösen. Die Frage, ob man eine Biogasanlage in einem Bau-

ernhof errichtet, ist von Villach aus leichter zu lösen, als von Wien aus. Auch die Frage, ob man Solarzellen auf irgendein Villacher Dach gibt, ist von Villach aus leichter zu lösen. In Wahrheit kann man die Klimafrage leichter lösen, wenn man auf kommunaler Ebene besser arbeitet. Dies ist mit den Kelag-Anteilen möglich.

Der Bürgermeister hat einige Male davon gesprochen, daß Gefahr in Verzug sei. Er persönlich sieht keine Gefahr in Verzug, ist jedoch sehrwohl der Meinung, daß es sich bei diesem Landtagsbeschluß um einen unseligen Beschluß gehandelt hat. Der Landtagsbeschluß ist ein Teil des niveaulosen Klimas in Kärnten. Es hat Handlungsbedarf bestanden, es ist seiner Meinung nach jedoch nicht Gefahr in Verzug. Der sozialistische Bürgermeister hat nun erklärt, es sei eine Gefahr, wenn die Stadt Villach Anteile an der Kelag behält. Wie will dieser den sozialistischen Kelag-Mitarbeitern erklären, daß es eine Gefahr ist, wenn die Stadt Villach Anteile an dem Betrieb hat? Seiner Meinung nach ist das keine Gefahr. Es ist sogar gut, wenn Villach Anteile an der Kelag behält.

Und nun zum Bodenhöfer-Gutachten. Er wird nun versuchen, etwas ausführlicher zu begründen, warum es keine Gefahr gibt. Seiner Meinung nach würde sich Dr. Bodenhöfer dagegen aussprechen, daß das Gutachten in dieser Weise von den Spitzen der SPÖ-Fraktion in Villach vereinnahmt wird. Es ist nicht wahr, daß der Verkauf wissenschaftlich derart abgesichert ist. Dr. Bodenhöfer hat eindeutig auch andere Varianten für möglich gehalten. Ganz eindeutig ist es richtig, daß Handlungsbedarf bestanden hat. Der Bürgermeister hat auch gehandelt. Das ist ebenfalls richtig. Seiner Meinung nach hat der Bürgermeister gut gehandelt. Der Bürgermeister ist ein guter Verkäufer. Landeshauptmann Dr. Zernatto und die FPÖ sind schlechte Verkäufer. Das hat sich ganz eindeutig herausgestellt

und das war positiv. Weiters war es positiv, den Wert der Kelag auf dem Markt auszuloten. Er hat jedoch nicht geglaubt, daß der sozialistische Bürgermeister tatsächlich die Kelag-Anteile zum Schaden der Stadt und zum Schaden der Kelag-Mitarbeiter verkaufen würde. Natürlich kann man sagen, daß dies politische Naivität sei, aber er hat es eigentlich lange Zeit nicht geglaubt. Das ist mit ein Grund, warum die VIG-Fraktion eigentlich relativ spät mit ihren Vorschlägen an die Öffentlichkeit getreten ist.

Dr. Bodenhöfer schreibt in seinem Gutachten beispielsweise von der hohen Selbstfinanzierungskraft des Unternehmens und von der gesunden Unternehmensstruktur. Weiters ist in dem Gutachten festgehalten, daß der Verkauf der Kelag-Anteile ebenfalls eine Möglichkeit wäre. Dr. Bodenhöfer hat als weitere Möglichkeit aber auch ausgeführt, daß man versuchen sollte, eine garantierte Divdende zu erhalten. Er hat nichts davon gehört, daß der Bürgermeister in diese Richtung Handlungsschritte gesetzt hat. Es ist europaweit so, daß Energieunternehmen Dividenden abwerfen. Warum soll das in Kärnten nicht möglich sein? Mit 90 % Wasserkraft sitzt man über Jahrzehnte hinweg ökonomisch am längeren Arm.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher hat davon gesprochen, daß der Strompreis durch den EU-Transit beim Strom sicher sinken wird.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher stellt fest, daß sie erklärt hat, daß der Wert des Unternehmens - und nicht der Strompreis - sinken wird.

Gemeinderat Mag. Burian ist der Meinung, daß der Wert der Kelag steigen wird, da es sich um erneuerbare Energie handelt. Es kommen ganz sicher früher oder später die Steuern auf fossile Energieträger. Die Bayern-

werke haben über 80 % fossile Energieträger. Die Kelag hat nur 10 % fossile Energieträger. Daher sitzt man damit ökonomisch am längeren Arm. Es hat keinen Sinn, die Anteile an der Kelag zu verkaufen. Der einzige Grund wäre, daß man sich streitet und nun einen Schritt setzen will. Der zweite Grund ist natürlich der, daß man Geld will.

Als zweite Möglichkeit wurde die garantierte Dividende genannt. Der Verbund zahlt seinen Privataktionären garantierte Dividenden. Warum soll das in Kärnten - bei den eigentlich zukunftsfrohen Aussichten der ökonomischen Situation bezüglich der Kelag - nicht möglich sein?

Eine weitere Möglichkeit wäre es, Aktien an Private - mit Vorzugsverkauf an Kärntner - auszustreuen. Auch das führt Dr. Bodenhöfer als einen möglichen Schritt an. Wenn nun der Bürgermeister und die Vizebürgermeisterin so tun, also ob der Verkauf der einzige von Dr. Bodenhöfer vorgeschlagene Schritt sei, dann ist das unrichtig. Nun kommt er zu einem noch wichtigeren Argument. Es wurde davon gesprochen, daß der Verkauf wissenschaftlich betreut sei. Er ist der Meinung, daß diese Aussage richtig ist, was die kaufmännische Seite betrifft. Vom Kaufmännischen her gesehen, hat der Bürgermeister sehr gut gearbeitet. Ein Politiker muß jedoch mehr sein, als ein guter Kaufmann. Ein Politiker muß auch an die Grundversorgung mit einer Grundinfrastruktur denken. Dazu gehört der Strom, dazu gehört die leitungsgebundene Energie. Ihm fehlen die Energiefachleute, die diesen Verkauf betreut haben. Er ist der Meinung, daß die Stadt Villach sogar im Umweltausschuß Personen hat, die sehr viel davon verstehen und österreichweit auf diesem Gebiet tätig sind. Diese Personen hat man nicht gefragt; mit ihnen hat man nicht gesprochen. Er ist der Meinung, daß mit dem Verkauf ein Schritt gesetzt wird, der in Wirklichkeit nicht der beste für Villach ist.

Aus diesem Grund vertritt er die Ansicht, daß es klüger ist, dem Verkauf nicht zuzustimmen, wenn man das Wohl Villachs will.

Warum ist es eine Gefahr, Kelag-Anteile zu besitzen? Das möge man ihm erklären. Man kann sich einsetzen für die Dividende. Man hat längerfristig gute Aussichten. Es besteht noch eine weitere Möglichkeit: Man kann auch die Anteile, die man noch hat, wenn das Land 49 % verkauft, für Villacher Energiebetriebe nutzen. Auch dann kann man noch aus der Kelag aussteigen und Villacher Stadtwerke errichten. Und das soll keine hoffnungsvolle Option sein? Es besteht keine Gefahr für Villach. Es ist nicht wahr, was der Bürgermeister sagt. Es hat Handlungsbedarf, aber keine Gefahr bestanden.

Der Bürgermeister hat ständig erklärt, daß das, was Villach entzogen wurde, nach Villach heimgeholt wird. Anscheinend kennt man sich in der Geographie nicht aus. Villach hat Stadtwerke besessen, die 1947 - gegen den Protest aller Parteien in Villach - enteignet wurden. Nun geht dieser Verstaatlichungsschritt weiter. Wenn man etwas Ahnung davon hat, was eigentlich die Aufgabe einer Stadt auf dem Energiesektor ist, dann ist es einem nicht egal, wenn hier Vermögen und auch Einfluß nach Wien gehen. Der Hauptaktionär des Verbundes ist mit über 50 % der Staat Österreich; Das ist Wien. Die Zentralstelle des Bundes ist Wien. Wenn man jetzt Aktien von Villach nach Wien verkauft, ist das nicht ein Heimholen von ehemaligen Stadtwerken. Genau das Gegenteil geschieht. Es geschieht hier ein weiterer Verstaatlichungsprozeß. Warum man dies als Privatisierung bezeichnet, ist nicht klar. Es hat das mit einer Privatisierung nichts zu tun. Es könnte aber noch eine Privatisierung werden, da Minister Schüssel an dem Zweiten Verstaatlichungsgesetz rüttelt. Wenn die 51 %-Gren-

ze fällt, dann sind der strategische Partner des Bundes die Bayernwerke. Die Aktien Villachs wären dann wieder in München.

Die Zukunft liegt nicht in der Zentralisierung. Es gibt diese Tendenz, doch sie ist falsch. Viele Fachleute sind der Meinung, daß die Zukunft in der Regionalisierung und in der Kommunalisierung liegt. Somit ist auch der zweite Satz, den der Bürgermeister einige Male gesagt hat, falsch. Die Gefahr besteht nicht und das Heimholen erfolgt nicht. Der sinnvollste Schritt wäre es, noch einmal zu verhandeln, um nicht nur auf kaufmännischer Ebene, sondern auch auf energiepolitischer Ebene etwas Positives für Villach zu erreichen. Das wäre der beste Schritt für Villach. Das bedeutet jedoch nicht, daß es nicht möglich ist, in der jetzigen Situation einen Teil zu verkaufen. Zu verkaufen und auf die Grundinteressen Villachs zu vergessen, hält er jedoch für unangebracht.

Der Bürgermeister hat den Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt. Er persönlich ist der Meinung, daß geheim abgestimmt werden sollte, damit nicht der Klubobmann zusehen kann, wie jeder einzelne abstimmt. Er stellt den Antrag, daß geheim und einzeln abgestimmt wird.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

Stadtrat Pfeiler möchte, bevor er zu seinen eigentlichen Ausführungen kommt, kurz zwei Anmerkungen zu der Wortmeldung seines Vorredners machen, da ihm dies wichtig erscheint. Gemeinderat Mag. Burian hat eingangs die Redezeit kritisiert. Er ist dafür, daß sich der Gemeinderat für diese historische Entscheidung sehr viel Zeit nehmen sollte, um darüber genau, ausführlich und vollinhaltlich zu diskutieren. So gesehen war der Beitrag

von Gemeinderat Mag. Burian, was Energiepolitik im gesamten anlangt, eine diskussionswürdige Grundlage. Gemeinderat Mag. Burian unterliegt in seiner Betrachtung einigen Fehleinschätzungen und verbreitet hier Illusionen, die der Bürgermeister schon sehr eindrucksvoll entkräftet hat. Die erste Illusion ist die, daß es hierbei um die Abschaffung der Kelag geht. Das ist nicht der Fall. Die Energieversorgung dieser Stadt ist auch weiter gewährleistet.

Die zweite Illusion, die Gemeinderat Mag. Burian hier verbreitet hat, ist das Faktum, Villach hätte mit diesen Anteilen wesentlichen Einfluß auf die Energiepolitik des Landes gehabt. Es ist nicht so. Die Stadt Villach hatte keinen Einfluß. Mit ihren Aktien hatte die Stadt Villach in der Vergangenheit real keinen Einfluß auf die Kärntner Energiepolitik und sie wird es auch zukünftig nicht haben, wenn sie sich nicht zu diesem Schritt entschließen kann. Es war so, daß selbst Aufsichtsräte der Stadt Villach letztlich aus dem Aufsichtsrat der Kelag eliminiert wurden.

Die dritte Illusion, die Gemeinderat Mag. Burian hier nährt, ist die, daß die Stadt Villach nichts dafür bekommt.

Der Bürgermeister hat nie gesagt, daß die Kelag-Anteile eine Gefahr für Villach darstellen. Darum geht es nicht. Eine Gefahr für die Interessen der Stadt Villach ist die Unzuverlässigkeit der Landespolitik in der Kelag-Frage. Das ist das entscheidende und das hat der Bürgermeister sehr ausführlich in seinem Amtsvortrag und in seiner Einleitung zum Amtsvortrag begründet.

Am 1. März 1948 hat der Gemeinderat der Stadt Villach mit ziemlich tiefschürfenden Worten den Verstaatlichungs-Bescheid diskutiert - mit Enttäuschung, ein

bißchen Verzweiflung, aber vorallem Verzweiflung darob, daß die Landeshauptstadt nicht enteignet wurde und daß die Entschädigung zu diesem Zeitpunkt nicht geregelt war. Der Bürgermeister hat von der historischen Stunde gesprochen. Was unseren Vätern damals genommen wurde, holen wir jetzt zurück. Es ist wieder eine historische Stunde, in der man sich heute befindet. Er möchte dem Bürgermeister am Beginn seiner Ausführungen recht herzlich gratulieren und danken, daß dieser die Wahrung der Verantwortung um die Stadt Villach und die Bürger dieser Stadt mit hoher Sachkompetenz, mit Entscheidungskraft und vor allem mit Gestaltungswille in die Hand genommen hat. Bürgermeister Manzenreiter und sein Team waren hier nicht nur erfolgreich in der Bewältigung einer Krise für diese Stadt - das war Krisenmanagement par excellence. Bürgermeister Manzenreiter hat hier auch eine Latte gesetzt - ein Beispiel für andere Kärntner Politiker, die es mit ihrer Verantwortung nicht besonders ernst nehmen. Die professionelle Arbeitsweise, mit der hier vorgegangen worden ist, ist auch zu einem Standard in der österreichischen Energiepolitik geworden. Die Auslotung des Marktes und die fundierte Arbeitsweise ist in dem Amtsvortrag enthalten. Villach hat die vergangenen 40 Jahre die Interessen der Kärntner Energiepolitik und der Kelag in doppelter Weise wahrgenommen. Man war Landespolitiker und man hat es als Stadt wahrgenommen. Man zieht sich nun aus der Stadtverantwortung zurück, man ist jeodoch noch immer Landespolitiker. Die Villacher bleiben mit 51 % als Landesbürger des Landes Kärnten auch weiter Teilhaber an der Kelag.

Was ihn an dieser Frage bedrückt, ist, daß hier offensichtlich keine sachliche Auseinandersetzung gesucht wird, wie die SPÖ-Fraktion das in leidvoller Erfahrung in den letzten drei Jahren in diesem Gemeinderat feststellen mußte, sondern daß es hier offensichtlich zumindest seitens der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion darum geht,

gewisse Dinge zu vernebeln. Ob das nun parteipolitisch motiviert ist oder weil hier eine großartige Entscheidung deswegen nicht sein darf, weil es die SPÖ-Fraktion getan hat, weil die SPÖ-Fraktion ihrer Verantwortung nachgekommen ist, oder weil dem einen oder anderen vielleicht nur das Gesicht des Bürgermeisters nicht paßt, darf das keinen in seiner Entscheidung beeinflussen. Wenn hier als ein Vernebelungsinstrument die Frage des Klimas herausgeholt werden soll, wird die SPÖ-Fraktion das gerne sachlich aufnehmen und einen großen Spiegel hervorholen und diesen den Mitgliedern der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion vorhalten. Das wird zeigen, wer in diesem Gemeinderat über Jahre hinweg für schlechteres Klima verantwortlich ist.

Es ist eindrucksoll, Dinge auch medial aufzuwälzen, also nicht nur zu sprechen, sondern auch schriftlich vorzuhalten. Er hat hier ein Kurierzitat vom 5. Juni 1992. Darin schreibt Redakteur Wrussnig über die Gemeinderatssitzung vom 3. Juni 1992, in der es um die Abhöraffaire ging, die keine war. Zu dieser Sondersitzung wurde im "Kurier" Stadtrat Pacher zitiert.

Zwischenrufe seitens der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion: "Zum Thema bitte!".

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher hält als Vorsitzende fest, daß eingangs bereits bei der Geschäftsordnung von Stadtrat Ladstätter und Stadtrat Ing. Truppe festgehalten wurde, daß das Klima in der Stadt der Grund dafür sei, warum heute dieser Tagesordnungspunkt nicht behandelt werden soll. Aus diesem Grund ist es ihrer Meinung nach nur korrekt und zulässig, daß jetzt Stadtrat Pfeiler begründet, warum aus dessen Sicht das Klima so ist, wie es ist.

Bildung einer Stadtrat Pfeiler stellt fest, daß dies auch der nächste Punkt seiner Ausführung ist. Ein Zitat von vielen, das er heute den beiden Fraktionen als Spiegel vorhalten darf, ist das Zitat von Stadtrat Pacher, in dem er die Vizebürgermeisterin gemeint hat. "Du gehörst mit einem nassen Fetzen hinausgeschmissen, flegelt ÖVP-Chef Pacher Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher an." Das ist ein Zitat aus dem Kurier. Er kommt nun zur inhaltlichen Auseinandersetzung über diesen Kelag-Verkauf. Wenn das Klima allein dafür herhalten muß, daß man sich in dieser historischen Stunde im Gemeinderat nicht sachlich und inhaltlich damit auseinanderzusetzen kann, wenn man Quere-len, parteipolitische Taktik, parteipolitisch motiviertes Hickhack oder persönliche Antipathien in Form des Klimaarguments hier vorherrschen läßt, dann stellt man sich selbst ein Armutszeugnis aus. Die Fraktionen, die gegen den Verkauf der Kelag-Anteile stimmen, sollen in der Diskussion festhalten, was diese sachlich und inhaltlich gegen diesen Amtsvortrag einzuwenden haben. Darüber kann man sprechen. Die Klimafrage ist eine Frage, die im Gemeinderat bereits sehr lange und ausführlich diskutiert wurde. Er hat bereits davon gesprochen, daß nicht die Kelagbeteiligung, sondern die unzuverlässige Landespolitik eine Gefahr für die Stadt darstellt. Er kann anhand von verschiedensten Aussagen den Zickzackkurs der ÖVP und der FPÖ, der es erst erforderlich gemacht hat, so zu handeln, hier vorführen.

Ausgehend von dem Landtagsbeschluß am 8. Juli 1993 gab es die Aussage von FPÖ und ÖVP am 9.7.1993 in der Kleinen Zeitung: "Durch den Verkauf von 49 % der Anteile können die nötigen Mittel einerseits zur Deckung des Defizits und andererseits zur Finanzierung der neuen Geschäftsfelder hereingebracht werden." In der ORF-Mittagslandesrundschau am 27.7.1993 - FPÖ Parteisekretär Prasch legt keine Nachdenkpause in Sache Kelag vor: "Die

Bildung einer Betreibergesellschaft, um neue Geschäftsfelder zu erschließen, sowie der Verkauf von 49 % der Aktien seien die einzigen Möglichkeiten, um das Energieunternehmen wieder flott zu machen." 30.7.1993 ORF-Mittagsrundschau - Haider's Rückzieher aus dem Kelag-Verkauf; Vizebürgermeister Gaugg fordert die Aufnahme rascher Verhandlungen und offizielle FPÖ-Aussendung. 30.7.1993, ORF-Mittagslandesrundschau - FPÖ-Obmann Dr. Jörg Haider will, daß der Landtagsbeschluß von FPÖ/ÖVP über den Teilverkauf wieder aufgehoben wird. 22.8.1993, Kleine Zeitung, Kärntner Tageszeitung - FPÖ ändert erneut ihre Linie. Obwohl FPÖ-Obmann Dr. Jörg Haider den FPÖ-ÖVP Mehrheitsbeschluß im Landtag für obsolet erklärt hat, fordert FPÖ-Landespartei-sekretär Prasch Wirtschaftsreferent Dr. Ambrozy neuerlich auf, den Verkauf an den Verbund zumindest vorzubereiten. 31.8.1993, Kleine Zeitung - FPÖ-Mann Rumpold sprach sich für einen professionellen Verkauf des Villacher Aktienpaketes aus. 18.9.1993 - Kelag-Verkauf würde Villach zur reichsten Gemeinde machen. Kleine Zeitung Zitat: "Ein Verkauf der Kelag-Anteile könnte die Draustadt zur reichsten Bezirksstadt Österreichs werden lassen, so Stadtrat Walter Ladstätter, FPÖ. Villach wäre alle Schulden los und könnte mit den Kelag-Milliarden alle Bauvorhaben von Kongreßhaus bis hin zu einer großzügigen Verkehrslösung und touristischen Einrichtung verwirklichen. Die FPÖ würde einem Verkauf der Kelag-Anteile zustimmen, wenn der Erlös einer sinnvollen Stadterweiterung zugeführt wird." Am 16.9.1993, Kleine Zeitung - LAbg. Dr. Strutz spricht vom roten Faschismus und fordert Sonderlandtag. Das ist bezeichnend. Damals hat LAbg. Dr. Strutz im Kärntner Landtag gesagt: "Ich darf in Erinnerung rufen, daß die Landesregierung immer mehr den Landtag ignoriert und abwertend einfach die Beschlüsse der gewählten Volksvertretung nicht zur Kenntnis nimmt." Nach dem Motto "Wehret den Anfängen" möchte er darauf hinweisen, daß es schon einmal in der Geschichte Österreichs eine Mißachtung der Volksvertretung des Par-

laments in den 30er Jahren gegeben hat, daß man 1933 das Parlament einfach als "Quatschbude" abqualifiziert hat, daß man die Beschlüsse nicht zur Kenntnis genommen hat - und das war der Weg in einen autoritären Staat. Im Zusammenhang mit dem nicht durchgeführten Verkauf durch Landesfinanzreferent Dr. Ambrozy spricht er davon, daß in einer gewissen Art und Weise ein neuer roter Faschismus auf uns zukommt. In dem FPÖ-Dringlichkeitantrag am 22.9. verlangt der FPÖ-Landtagsclub, den drohenden Verkauf der Kelag-Anteile durch die Syndikatsgemeinden zu verhindern. Am 18.11. sagt Landeshauptmannstellvertreter Mag. Grasser bei einer Diskussion in Villach, Kleine Zeitung: "Hier werden Vermögenswerte verkauft, die man nie mehr zurückbekommen wird".

Er wollte damit dokumentieren, daß Villach und die Villacher Bevölkerung sich auf die Landespolitik in dieser Frage nicht verlassen können. Es ginge nun darum, daß der Gemeinderat mit dieser heutigen Maßnahme und mit der äußerst positiven Vorarbeit des Bürgermeisters Schaden von dieser Stadt abwendet und daß man für die Stadt neue, gigantische Möglichkeiten erschließt, wenn man verantwortungsvoll mit diesem Erbe umgeht.

Am Ende seiner Ausführung möchte er feststellen, daß es zum Glück für Villach eine entscheidungsfähige Mehrheit gibt. Die SPÖ-Fraktion fühlt sich, wenn sie diesen Antrag heute stellt und den Amtsvortrag des Bürgermeisters unterstützt, eins mit der Villacher Bevölkerung. Alle, die sich inhaltlich gegen diesen Verkauf in der vorgeschlagenen Form stellen, befinden sich nicht nur im Widerspruch zur SPÖ-Fraktion und zur SPÖ-Mehrheit in diesem Hause, sondern auch im Widerspruch zu den vitalen Interessen dieser Stadt.

Stadtrat Pacher führt aus, daß der Gemeinderat heute die Stunde der "Taferlklassler" erlebt. Er möchte hier eine Legende beenden. Die Festung der Villacher SPÖ wird nicht von den Parteien wundgeschossen und eingeschossen. Diese Festung ist von den Villacher Wählern eingeschossen worden. Nicht die anderen Fraktionen waren das, sondern die Villacher Wähler haben bei den letzten Wahlen der SPÖ-Fraktion um die 40 % gegeben. Das waren nicht die anderen Fraktionen. Es wird vom Bürgermeister die Legende aufgestellt, es wären die politischen Parteien durch ihr Verhalten. Es ist der Villacher Wähler in der Einschätzung der Villacher SPÖ.

Er hat heute keine Tafel und kein Schaubild vorbereitet. Man könnte auch ein anderes Schaubild vorbereiten. Es kennen alle diese Schaubilder, auf denen ganz oben große Buchstaben und ganz unten kleine Buchstaben sind. Für die Villacher SPÖ steht anscheinend ganz groß oben "Verkauf". Die Mitglieder der SPÖ-Fraktion sind jedoch nicht in der Lage zu lesen, was unten stehen könnte.

Es ist von Dr. Bodenhöfer ein sehr dickes und sehr umfangreiches Papier - es sind beinahe 50 Seiten - erarbeitet worden. Der Bürgermeister hat heute nur einen Teil zitiert, und zwar den, der diesen in Richtung Verkauf unterstützt. Es hat Gemeinderat Mag. Burian auch schon andere Seiten aus dieser Unterlage, die sehr umfangreich ist und viele Varianten aufzeigt, genannt. Auch die ÖVP-Fraktion ist der Meinung, daß für Villach Handlungsbedarf bestanden hat und auch heute noch Handlungsbedarf besteht. Es besteht jedoch nicht nur Handlungsbedarf mit einem Auftrag in Richtung Verkauf, sondern es gäbe auch andere Möglichkeiten und Visionen, wenn es einem nicht nur darum geht, Geld zu lukrieren. Das ist der Punkt, an dem es sehr interessant gewesen wäre, auch andere Fraktionen in die Meinungsbildung miteinzubinden.

angestellt werden kann und ...
und ... Es hat der Bürgermeister bereits selbst in seiner Einleitung, die sehr umfangreich war, feststellen müssen, daß es bei der Kelag im Laufe der Jahre sehrwohl einen inneren Wertzuwachs des Kapitals gegeben hat - obwohl in der Öffentlichkeit immer behauptet wird, das Unternehmen habe für die Stadt keinen Wert, hat keinen Wertzuwachs bekommen, keine Dividende ausgeschüttet, ist also totes Kapital. Es geht bei Unternehmungen, die öffentliche Aufgaben zu erfüllen haben - und Engergieversorgung ist ebenfalls eine öffentliche Aufgabe -, auch darum, wo man Kapital hingibt: Entnimmt man es aus dem Unternehmen oder läßt man es im Unternehmen und es dient zum weiteren Aufbau dieses Unternehmens. Es hat bereits einmal seitens der Einheit aus Landes-SPÖ und Villacher-SPÖ Bemühungen gegeben, die Anteile dem Land Kärnten um das Nominale zu verkaufen. Zu der Zeit hat es noch keine Gefahr in Verzug gegeben. Damals war es die Villacher ÖVP, die vehement dagegen aufgetreten ist, daß dieses Kapital verschleudert wurde. Es war Gemeinderat a.D. Adolf Gregorz, der damals massiv dafür eingetreten ist, diese eine Aktie, die für die Minderheitsrechte notwendig ist, zu kaufen. Dieser war es, der später aus dem Aufsichtsrat "geflogen" ist. Es war damals die Landes-SPÖ, von der Gefahr ausgegangen ist. Es hat in der Zwischenzeit einen massiven Wertzuwachs dieses Aktienpaketes gegeben. Bereits zu Beginn der Verhandlungen - vor über einem Jahr - hat er den Vorschlag unterbreitet, dieses Aktienpaket nicht nur zu verkaufen, sondern auch darüber Überlegungen anzustellen, ob man nicht versuchen sollte, dieses gewinnbringende Unternehmen der Villacher Stadtwerke, aus denen die Kelag eigentlich entstanden ist, wieder nach Villach zurückzuführen. Damals schon hat der Bürgermeister erklärt, daß dieser Vorschlag uninteressant ist. Was hat der Bürgermeister in der Zwischenzeit unternommen, um diese Überlegung weiterzuverfolgen? Er selbst ist der Meinung, daß diese Überlegung nur von Villach

angestellt werden kann und nicht von den Städten St. Veit und Feldkirchen. Aus diesem Grund ist der einstimmige Beschluß für einen Verkauf in diesen Städten mit dem Beschluß in der Stadt Villach überhaupt nicht zu vergleichen.

Es hat Dr. Bodenhöfer festgestellt, daß die Kelag im Wachstum zu Ende ist. Das sollte für die Stadt Villach ein Grund sein, die Aktien zu verkaufen. Seiner Meinung nach hat Dr. Bodenhöfer jedoch lediglich festgestellt, daß das Mengenwachstum dieses Unternehmens zu Ende ist. Es hat aber niemand festgestellt, daß das Qualitätswachstum dieses Unternehmens ein Ende gefunden hat. Darin liegt eine Vision für die Zukunft. Man sollte in Richtung Qualität beim Einsatz von Energie gehen. In diesem Punkt treffen sich die Überlegungen der ÖVP-Fraktion mit jenen der VIG-Fraktion. Man sollte das Unternehmen nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus ökologischen Gründen in die Stadt zurückführen. Wie sich städtische Unternehmen entwickeln können, zeigen auch die städtischen Unternehmen, die derzeit in Villach betreut werden. Er möchte aufzeigen, in welcher Form sich auch hier das Kapital entwickelt, da der Bürgermeister ständig in der Öffentlichkeit behauptet, es gäbe dort keine Gewinne.

Das Kapital der Villacher Unternehmungen hat sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt: 1982 - Kapital insgesamt S 86 Mio., 1993 - Wert kumuliert S 227 Mio. Die Gewinne betrugen im Jahr 1982 kumuliert S 11 Mio., in der Zwischenzeit liegen sie bei - alle Jahre kumuliert - S 127 Mio.. Die Unternehmungen haben somit in all diesen Jahren konstant etwa S 11 Mio. bis S 12 Mio. Gewinn erbracht. Nebenbei wurde auch eine großartige Dienstleistung für den Villacher Bürger erbracht. Es gibt Werte, die man nicht nur anhand von Dividenden beurteilen kann. Hier trifft sich auch wieder die Ansicht

der ÖVP-Fraktion mit der der VIG-Fraktion, wonach bei Rückführung des Aktienpaketes in Form von Villacher Stadtwerken für die Villacher eine große Vision beinhaltet ist. Der Stromumsatz der Kelag in Villach beträgt derzeit etwa S 500 Mio. Das ist eine durchaus respektable Größenordnung. Wenn man diesen Umsatz mit anderen vergleicht, so könnten Gewinne von etwa S 35 Mio. jährlich damit erwirtschaftet werden. Es gibt also eine sehr große Möglichkeit, Gewinn zu erwirtschaften - bei einer hohen Dienstleistung, bei akzeptablen Preisen am Markt und bei Erhaltungs- und Gestaltungsmöglichkeit des Kapitals, was ein sehr entscheidender Gesichtspunkt für die Zukunft ist.

Was ihn persönlich schockiert, ist der Weg, den die SPÖ-Fraktion geht. Während sich die ÖVP-Fraktion in den letzten Jahren von einer Partei, die der Marktwirtschaft das Wort geredet hat, zu einer sozialen und ökosozialen Marktwirtschaftspartei entwickelt hat, entwickelt sich die Villacher SPÖ zu einer Partei des Kapitalismus. Hier wird ein Unternehmen in Geld verwandelt; ein Unternehmen, das für diese Stadt - wie auch die anderen Unternehmen dieser Stadt - große Leistungen erbracht hat. Das Unternehmen Kelag hat für diese Stadt, für die Bürger dieser Stadt und vor allem für jene, die dort arbeiten, sehr viel gebracht. Auch hierin liegt ein Aspekt der Zukunft. Es sind nicht nur größere Unternehmen, sondern bei bestimmten Unternehmenszweigen auch kleinere, sinnvollere Einheiten die Einheiten der Zukunft. Nur in den kleinen, überschaubaren Einheiten ist Motivation vorhanden und ist Gestaltungsmöglichkeit vorhanden. Es ist auch Sparsamkeit und sinnvoller Einsatz von Energie nur dort möglich. Dort, wo die unmittelbare Wirkung vorhanden ist, dort ist auch die unmittelbare Bereitschaft gegeben, Maßnahmen mitumzusetzen. Er ist der Meinung, daß sich die Stadt Villach mit der Vorgangsweise, dieses Aktienkapital sang- und klanglos abzugeben, von der Möglichkeit, dieses Zukunftspotential

für die Stadt einzusetzen, verabschiedet. Man geht auf eine ausschließlich kapitalistische Struktur hin, Geld zu verwalten und Gewinne aus Geldanlage zu erreichen.

Die letzten zehn Jahre war es für die österreichische Wirtschaft ein großes Manko, daß die Unternehmungen keine Gewinne erwirtschaftet haben. Es hat in diesem Land vor 15 Jahren unter Dr. Kreisky eine völlig falsche Wirtschaftspolitik gegeben. Die Gewinne sind nicht in den Unternehmungen geblieben, sondern wurden aus diesen entnommen. Das hat dazu geführt, daß immer mehr Fremdkapital aufgenommen werden mußte. Es wurde viel Geld mit Geldverleihen gemacht. Es war sinnlos, in Aktien zu investieren, und es war sinnlos, in Betriebe zu investieren. Es war jedoch aufgrund der hohen Zinsen wunderbar und ertragreich, in Geld zu investieren, Geld zu veranlagen. Das war der Untergang der österreichischen Wirtschaft, da es uninteressant war, in Unternehmungen zu investieren. Auch die Stadt Villach geht heute diesen Weg. Sie verabschiedet sich von einem Unternehmen, da es leichter erscheint, in Geld zu veranlagen und dort sehr leicht Geld zu verdienen, und nicht in ein Unternehmen zu investieren, sich mit der Zukunft zu beschäftigen. Er ist der Meinung, daß es nicht Aufgabe einer Stadt sein kann, Geld zu verwalten, sondern daß es Aufgabe einer Stadt sein muß, Dienstleistung für die Bürger der Stadt anzubieten. Mit einem städtischen Unternehmen, das Energie Strom, Energie Gas und Energie Fernwärme beinhalten könnte, würde man einerseits Gewinne erwirtschaften und andererseits würde dies ein bestmögliches Eingehen auf die Villacher Wünsche und auf die Villacher Situation ermöglichen. Aus dem Grund wäre es nicht richtig, dieses Unternehmen zu verkaufen.

Er würde der SPÖ-Fraktion anraten, sich mit der Frage der modernen Aufgaben eines gut geführten Unternehmens in einer Gesellschaft einmal auseinanderzusetzen.

Das ist eine sehr wichtige Aufgabe. Es geht dabei nicht nur darum, Gewinne zu erwirtschaften, sondern Unternehmen haben auch soziale Aufgaben in der Gesellschaft. Dies gilt besonders für kleine Unternehmen, da es dort aufgrund der Kleinheit eine große Bindung zwischen den Mitarbeitern und der Unternehmensführung gibt. Das ist eine ausgesprochen soziale Angelegenheit. Die Stadt Villach ist derzeit dabei, das Unternehmen Kelag in eine noch größere Einheit zu entführen, noch weiter weg von dieser Stadt zu bringen und nicht in diese Stadt zurückzuführen und mit diesen Bürgern gemeinsam zu verbinden. Sie begibt sich damit der Möglichkeit, den Energieverbrauch für die Zukunft mit den Bürgern dieser Stadt gemeinsam zu bewerkstelligen.

Er möchte auf das Klima in dieser Stadt nicht näher eingehen. Auch er hätte sich in das Jammertal des Bürgermeister begeben und darüber sprechen können, wieviele Mistkübel und welche Mistkübel er über sich ergießen lassen mußte. Er ist jedoch der Meinung, daß die Villacher Bevölkerung ohnehin noch eine zu gute Meinung von der Politik hat. Er will dieses wenige Positive, das noch vorhanden ist, nicht auch noch zerstören. Worauf er jedoch Bezug nehmen möchte, ist die Tatsache, daß es anscheinend auch kein Klima zwischen Stadtpolitik und Landespolitik gibt. Es gibt auch auf Landesebene Sozialisten. Es gibt aber auch dort kein Gesprächsklima. Das ist mit ein Grund, weshalb in diesem Lande die Dinge schief laufen. Es kann der Bürgermeister ihm als Unternehmer doch nicht klar machen, daß es so schwierig ist, Minderheitseigentümer in einer Gesellschaft zu sein. Es gibt Millionen Gesellschaften und es gibt Millionen Minderheitseigentümer. Diese Gesellschaften funktionieren und erwirtschaften Erträge für beide - für die Mehrheitseigentümer und für die Minderheitseigentümer. Es ist das allerdings eine Frage des Klimas. Dazu muß man miteinander reden. Er ist der Meinung, daß es diese Chance noch gibt. Aus diesem Grund

gibt es seitens der ÖVP-Fraktion den Auftrag an den Bürgermeister, sich auch um das Klima gegenüber dem Land Sorgen zu machen, um dort die Interessen Villachs vertreten zu können.

Es wurde ihm heute der Vorschlag unterbreitet, er solle sich als Unternehmensreferent um eine Zusammenführung zwischen Kelag-Gas und Stadt-Gas bemühen. Er möchte nur eine Episode anführen, um zu veranschaulichen, wie es in Villach abläuft. Er ist eines morgens über die Villacher Draubrücke gefahren und hat festgestellt, daß auf den Draubermen Gasleitungen verlegt werden. Er war der Meinung, daß in Gasfragen das Gaswerk der kompetente Ansprechpartner wäre. Faktum ist, daß der Bürgermeister, ohne mit dem Gaswerk Rücksprache zu halten, der Kelag die Leitungsrechte eingeräumt hat, auf den Draubermen Versorgungsleitungen zu verlegen. Man sieht also, daß der Bürgermeister in dieser Frage nicht festgestellt hat, die Kelag müsse mit dem Gaswerk darüber sprechen. Es wurde auch nicht das Gaswerk darüber befragt, ob dies der Strategie des Gaswerks entspricht. Der Bürgermeister entscheidet und gibt die Genehmigung. Das ist nur ein Hinweis darauf, wie schwierig es ist, in dieser Stadt ein städtisches Unternehmen zu führen. Der Bürgermeister trifft auch in diesem Bereich Entscheidungen über die Köpfe der Verantwortlichen hinweg.

Es wurde heute der Vorstandsdirektor der Firma Heraklith, Herr Kanzi, zitiert. Er möchte nun ebenfalls jemanden zitieren. Es hat vor nicht allzu langer Zeit, und zwar vergangenen Mittwoch, eine Diskussion in der Wirtschaftskammer in Villach stattgefunden. Dort hat sich Herr Tschernernjak zu Wort gemeldet. Diese Wortmeldung war im genauen Wortlaut in der Zeitung zu lesen. Herr Tschernernjak hat noch hinzugefügt, er hoffe, daß er keinen Schaden durch diese Aussage hat. Heute ist eine -

seiner Meinung nach - "Quasi"-Entgegnung in der Kleinen Zeitung zu lesen. Er ist sicher, daß Herr Tschernjak das nicht von sich aus entgegnet hat. Er will damit nur zeigen, wie schwierig es ist, in Villach Äußerungen zu tätigen.

Die ÖVP-Fraktion ist der Meinung, daß Villach durch diesen Verkauf keine reiche Stadt wird. Sie wird nicht reicher als vorher, hat vielleicht aber mehr bares Geld. Auf die Frage, ob der Verkauf notwendig ist, hat die Finanzreferentin keine Antwort gegeben. Die Finanzreferentin hat jedoch ausgeführt, daß man mit diesem Geld viel gestalten kann. Er ist jedoch der Meinung, daß es Villach derzeit nicht notwendig hat, die Aktien in dieser Form zu verkaufen. Aus Sicht der ÖVP-Fraktion hat die Stadt Villach nach dem Verkauf der Kelag-Aktien nicht ausgesetzt, sondern ausverkauft.

Frau Gemeinderätin LAbg. Steinkellner begrüßt die namentliche Abstimmung, denn dadurch wird es möglich, daß für kommende Generationen dokumentiert ist, wer für diese Stadt verantwortungsbewußt und vorausschauend gedacht hat. Etwas ist ihr bei den Wortmeldungen des Bürgermeisterduos besonders aufgefallen. Der Bürgermeister und die Finanzreferentin sprechen immer von der Vergangenheit, beweihräuchern sich gegenseitig, loben ihre Arbeit. Was ihr jedoch fehlt, sind die Zukunftsperspektiven. Wo sind diese? Wie sichert man die Stadt? Was geschieht nach dem Verkauf? Es wird so dargestellt, als ob mit der Gründung eines Fonds für alle Zukunft alle Risiken ausgeschaltet wären. Tatsächlich wäre es möglich, daß damit die Malaise erst beginnt. In diesen Tagen feiert man den 70. Geburtstag des österreichischen Schilling. Allen Prognosen nach wird man den 80. nicht mehr erleben. Der Präsident des europäischen Währungsinstituts hält es nach einer vor zwei Tagen in Frankfurt gehaltenen Rede für wahrschein-

lich, daß zumindest ein Teil der EU-Länder bis zum Jahre 1999 die im Maastricht-Vertrag festgelegte Währungsunion verwirklicht. Dies bedeutet, daß auch Österreich - der Schilling gehört zu den stabilsten Währungen in der Union - den Ecu einführen wird. Währungsreformen haben noch nie in der Geschichte Vorteile für Sparguthaben oder veranlagte Gelder gebracht, auch wenn sie mündelsicher angelegt waren. Bei der Währungsreform zum Ecu werden sich internationale Finanzgurus leicht tun, eventuellen Abwertungsverlusten zu entgehen. Sie transferieren ihr Kapital für kurze Zeit in die USA oder nach Japan und kehren dann zurück, wenn alles gelaufen ist. In mündelsicheren Veranlagungen gebundene Gelder jedoch können nicht ad hoc und vor allem nicht ohne Genehmigung außerhalb der EU gebracht werden. Sie werden also voll in den "Genuß" von Währungsreform-Nachteilen kommen. Es wäre gegen alle wirtschaftliche Vernunft, in solchen Zeiten von einer Veranlagung in eine andere zu wechseln. Ein Verkauf von Teilen des Aktienpaketes wäre zu verantworten, hätte die Stadt bahnbrechende zukunftsweisende Quantensprungsprojekte vor. Davon ist bis dato nichts bekannt. Damit kommt sie zum taktischen Bereich. Ein Teilverkauf wäre zu rechtfertigen, wäre Villach in einer Notsituation. Auch das ist nicht der Fall.

Zum demokratiepolitischen und sozialpolitischen Aspekt: Generationen von Villachern und Kärntnern haben dieses Vermögen Kelag aufgebaut. Bei Wind und Wetter, Sturm und Schnee mußten Leitungen repariert werden, der Kraftwerksbau vorangetrieben und Leitungen verlegt werden. Es war nicht so wie heute, wo Maschinen zur Verfügung stehen, die es in den Anfangszeiten - zu Beginn dieses Jahrhunderts - nicht gab. Daher fordert die FPÖ-Fraktion ein sorgsames Umgehen mit diesen Vermögenswerten und kein Durchpeitschen sozialistischer Vorstellungen in wenigen Stunden, ohne vorher die Bevölkerung Villachs zu befragen. Man müßte dem Bürgermeister für seine einsame

Entscheidung ansonsten Verantwortungslosigkeit und Leichtsinns, ja Leichtfertigkeit vorwerfen, wofür die Bevölkerung ganz bestimmt kein Verständnis haben wird. Nur leider wird es dann zu spät sein. Ein Rückkauf wird nie mehr möglich sein.

Sie möchte die Stadt mit einer Familie vergleichen. Kein verantwortungsbewußter Familienvater würde, ohne die Familienmitglieder zu befragen, von der Familie erarbeiteten und wohl durchdacht angelegten Familienbesitz verkaufen. Der Bürgermeister will große, ja die größten, Vermögenswerte, die diese Stadt besitzt, in einer einsamen Entscheidung - und es ist eine einsame Entscheidung ohne jede vorherige Einbindung der anderen Fraktionen - verkaufen. Die FPÖ-Fraktion wurde, obwohl sie 34 % Wähleranteil in Villach hat, vom Bürgermeister nie in entscheidende Gespräche eingebunden, obwohl sie jederzeit zu Gesprächen bereit gewesen wäre. Die Mitglieder der SPÖ-Fraktion müssen sich daher nicht wundern, weshalb das politische Klima in dieser Stadt so schlecht ist. Sie möchte auch darauf aufmerksam machen, daß die vom Bürgermeister konstruierte Gegnerschaft Villach und Land Kärnten angesichts der schwierigen Situation im Lande nicht verantwortbar ist. Sie wirft dem Bürgermeister vor, daß eine so wichtige Angelegenheit ohne Debatte und ohne Diskussion in der Bevölkerung und in den politischen Gremien durchgepeitscht werden soll, was bei ihr den Verdacht weckt, daß der Bürgermeister und die Finanzreferentin - und nur diese beiden haben entschieden - demokratisches Denken vermissen lassen, denn wer überzeugt davon ist, das richtige zu tun, scheut die Diskussion und die politische Auseinandersetzung nicht.

Das Verhalten des Bürgermeisters erinnert sie fatal an gewisse gescheiterte Systeme. Selbst in diesen mußte das Politbüro befragt werden. Gäbe es mehr

Zeit zur Diskussion, hätte sich möglicherweise der Weg als richtig erwiesen, der von Fachleuten aufgezeigt wird - nämlich die Integration der Stromversorgung in die bestehenden Infrastrukturen, was letztlich zur Gründung von Stadtwerken führen könnte. In jedem Fall fordert die FPÖ-Fraktion die Durchführung einer Volksbefragung. Im Vorfeld dazu soll jeder seine Argumente deutlich machen. Eine von der gesamten Villacher Bevölkerung getragene Lösung wird dann das Ergebnis sein. Der Bürgermeister bezeichnet sich als Demokrat. Wenn er das ernst nimmt, müßte er einer Volksbefragung zustimmen.

Gemeinderat Spitzer wird sich hier im Saale und auch vor der Bevölkerung nicht zu einer Aussage darüber hinreißen lassen, wer eigentlich hier im Haus das Klima vergiftet hat. Es müßte sich jede Fraktion einen Spiegel vorhalten. Es gibt in jeder Fraktion gewisse Brunnenvergifter. Auch er ist schon aus dem Gemeinderat ausgezogen, weil ihm gewisse Wortmeldungen nicht zugesagt haben. Die heutige Sitzung ist besonders wichtig. Der Gemeinderat hat heute zu entscheiden, was mit dem Vermögen, das die vorhergehenden Generationen aufgebaut haben, geschehen soll. Es ist höchste Zeit, daß die Bürger dieser Stadt einen Nutzen aus dem Fleiß und dem Sparwillen der vorhergehenden Generation ziehen können. Die Stadt Villach hat sich seinerzeit dem Aufruf des Landes Kärnten, nach dem Krieg eine geordnete und gemeinsame Energievorsorge sicherzustellen, nicht verschlossen, sondern hat einen übersichtlichen Beitrag geleistet. Die Stadt Villach bekam für einen Zeitraum von 40 Jahren S 19.445.000,-- ausbezahlt. Wenn man das hochrechnet, wäre das pro Jahr knapp eine halbe Million. Es ist bekannt, was man mit einer halben Million Schilling heute machen könnte. Es wäre nicht einmal möglich, fünf Häuser an den Kanal anzuschließen. Der Differenzbetrag von S 18.060.000,-- auf S 32.505.000,-- wurde zur Kapitalsaufstockung der Kelag

einbehalten. Der Zweck wurde erreicht. Die Stromversorgung Kärntens kann als gesichert betrachtet werden. Die Kelag steht, wenn man die verschiedenen parteipolitischen Eingriffe in die Geschäftsführung außer Betracht läßt, als ein gesundes und modernes Stromversorgungsunternehmen da. Für die Villacher Bürger wird es nunmehr Zeit, die Früchte ihres Zusammenarbeitswillens zu ernten. Ein potentieller Käufer ist bereit, Villachs Geschäftsanteile an der Kelag zu einem fairen Preis aufzukaufen. Unter der Voraussetzung, daß dieses Geld - nämlich S 1,4 Mrd. - vernünftig angelegt wird, ist ein jährlicher Zinsertrag von S 80 bis S 100 Mio. zu erwarten. Mit diesem Geld kann die Villacher Stadtverwaltung für ihre Bürger Maßnahmen setzen, die andernfalls erst viel später oder mit einer weiteren Verschuldung erreicht hätten werden können. Obwohl Villach für künftige Maßnahmen praktisch kostenfrei Investitionsmittel zur Verfügung hat, bedeutet das aber gleichzeitig einen ständigen Abbau an Finanzschuld und dadurch eine zusätzliche Liquidität von mehreren Millionen Schilling pro Jahr. Den Einwand, daß durch den Verkauf der Kelag-Anteile die Kärntner Stromversorgung schlechter werden würde, läßt er nicht gelten. Es ist nicht Aufgabe der Stadt Villach, die Kärntner Stromversorgung sicherzustellen. Mittlerweile möchte das Land Kärnten seine Anteile ebenfalls verkaufen. Eine Volksbefragung zu dieser Angelegenheit ist ein völliger Nonsens. Die Bevölkerung muß erwarten können, daß die von Fachleuten beratenen Gemeindevertreter das beste für die Stadt wollen und tun. Das schlechteste Argument, um einen allfälligen Verkauf zu verhindern, ist, daß man durch Zuwarten einen noch höheren Erlös herausholen könnte. Schon so manches Geschäft kam nicht zustande, weil der Verkäufer gebockt hat und überreizt hat. Die vorliegenden Expertisen ergeben, daß das Verkaufsangebot fair und korrekt ist. Ein weiteres Zuwarten bringt für die Stadt Villach Millionen-Verluste an entgangenen Zinsen aus dem Verkaufserlös. Der Vollständigkeit halber weist er auch auf

die Fadenscheinigkeit der beiden Parteien, der ÖVP- und der FPÖ-Fraktion, hin, denen es auf Landesebene mit dem Verkauf der Kelag nicht schnell genug gehen kann und hier in Villach möchten dieselben Parteien die Erfüllung verschiedener sozialer und infrastruktureller Wünsche blockieren.

Aus all diesen Überlegungen und aus dem Studium der ihm vorliegenden Expertisen kommt er zu dem Schluß, daß die Stadt Villach so rasch als möglich veräußern sollte. Unter der Voraussetzung, daß der Verkaufserlös optimal angelegt wird, stimmt er aus liberaler wirtschaftspolitischer Sicht dem Verkaufsantrag zu. Gleichzeitig regt er an, daß beim jährlichen Budget klar ersichtlich gemacht werden soll, was mit dem jeweiligen Zinserlös gemacht wird. Zum Schluß möchte er der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß der Kelag-Verkauf sich für die künftige Entwicklung Villachs besser auswirken möge, als der seinerzeitige Beschluß zur Veräußerung der Anteile an der Villacher Sparkasse. Die vornehmste Aufgabe einer Gemeinde ist es, für seine Bürger und für nachfolgende Generationen eine lebenswerte und dem Fleiß der Bürger entsprechende Lebensgrundlage zu erstellen. Das Anhäufen von Geldern in irgendwelchen Beteiligungen ohne Zinserträge ist dazu kein geeignetes Mittel.

Abschließend möchte er bemerken, daß er vielleicht zur Politik noch eine andere Einstellung hat, und zwar "nicht gegeneinander, sondern miteinander". Alle Mitglieder des Gemeinderates haben ein Gelöbnis auf die Stadt abgelegt und haben vom Wähler den Auftrag, zum Wohle der Stadt zu arbeiten. Kritik ist berechtigt, Unzulänglichkeiten müssen abgestellt werden, aber man muß auch die Größe besitzen, positive Aspekte des politisch Andersdenkenden anzuerkennen. Nur so kann man erfolgreich sein.

Der Vorsitzende des Gemeinderat Luser möchte heute als verantwortungsbewußter Gemeinderat zu den Mitgliedern des Gemeinderates sprechen. Seine Entscheidung wurde nicht auf Grund roter, blauer, schwarzer oder grüner Gesichtspunkte gefällt, sondern bei ihm zählt allein das Argument. Er sagt nicht "ja" deshalb, weil ein anderer "nein" sagt oder umgekehrt. Er hat sehr bewußt und in voller Verantwortung seiner Tätigkeit Soll und Haben abgewogen und ist deutlich dazu gekommen, daß es zu einem Verkauf kommen soll, und zwar aus zwei für ihn wesentlichen Gründen. Der Beschluß des Landtages vom 8.7. ist bekannt. Dort wollte man 49 % der Landesanteile verkaufen. Das heißt, daß das Land von seinen 68 % 49 % verkauft; die Städte und das Land mit 17 % würden die Mehrheit von 51 % behalten. Er möchte nicht den Teufel an die Wand malen, möchte den Gemeinderat aber auf folgendes hinweisen. Was wäre, wenn der Verbund oder vielleicht die Bayernwerke 49 % hätten, diese dann beispielsweise an die Gemeinde Feldkirchen ein Überangebot richten würden und die Gemeinde Feldkirchen ihre 2 % verkaufen würde, was durchaus im Bereich des Möglichen liegt? Es würde die Mehrheit zum Bund oder zu den Bayernwerken übergehen und in Kärnten würde der Strompreis von anderen diktiert werden. Dieses Argument sollte ebenfalls zählen, da es eine Gefahr bedeutet. Die Stadt Villach hat in den letzten Jahren nie Dividenden bekommen und ein neuer Mehrheitsbesitzer würde es sicherlich so drehen können, daß keine Dividenden mehr abfallen. Bei einer etwaigen Kapitalerhöhung müßte die Stadt Villach entweder bezahlen oder sie würde systematisch an Prozenten verlieren.

Er möchte nun zu dem Vorschlag betreffend Stadtwerke Stellung beziehen. Er gesteht vollkommen ein, daß es ein sehr vernünftiges Ansinnen wäre, Stadtwerke in Villach zu installieren. Der Bürgermeister hat bereits anläßlich der Diskussion der Kleinen Zeitung festgestellt, daß das wahrscheinlich der beste Vorschlag wäre. Auch die

VIG-Fraktion und Stadtrat Pacher sind dieser Meinung. Man sollte jedoch realistisch bleiben. Er betrachtet die zwei grünen Gemeinderäte als wirklich anständige und nette Menschen, in diesem Punkt sind sie jedoch nicht realistisch. Auch Stadtrat Pacher ist es nicht. In der ganzen Welt werden Betriebe zusammengeschlossen, um effizienter zu sein. Hier würde man genau das Gegenteil tun. Man macht die Rechnung hier ohne den Wirt; und der Wirt ist letztlich das Land Kärnten. Wenn die Stadt Villach es schaffen würde, ihre 25 % Kelag-Anteile vom Land loszulösen, so wäre das für die restliche Kelag ein Wahnsinn. Die Kelag hatte im vorigen Jahr etwa S 100 Mio. Abgang. Ein Loslösen würde bedeuten, daß die Stadt Villach ein Viertel davon übernehmen müßte. Er gibt jedoch zu, daß man, würde man die 25 % an die Stadt Villach übertragen, Stadtwerke errichten könnte, die effizient arbeiten würden. Die Stadtwerke wären deshalb effizient, weil Villach der beste Stromabnehmer ist und weil die Arbeit der Kelag in einem dicht bebauten Gebiet wesentlich einfacher ist, als auf dem Land. Was würde jedoch mit den restlichen Kelag-Anteilen geschehen? Würde diese Kelag wirtschaftlich überhaupt tragbar sein? Es würde in weiterer Folge bedeuten, daß es eine Kelag gäbe, die nur von den 51 % des Landes Kärnten getragen wäre. Die Kelag würde wirtschaftlich nicht mehr existenzfähig sein. Das würde bedeuten, daß der Stromzahler in Arriach, in der Einöde und in Heiligenblut wesentlich mehr Stromkosten zu zahlen hat. Daher ist es bei aller Sympathie für den Vorschlag der Errichtung von Stadtwerken unrealistisch, denn kein Abgeordneter im Kärntner Landtag - und auch kein sozialdemokratischer Abgeordneter im Landtag - könnte einer solchen Auslösung der Kelag für die Stadt Villach seine Zustimmung geben. Daher ist dieses Thema seiner Meinung nach für die Stadt Villach unrealistisch. Er möchte abschließend die Bitte an alle Mitglieder des Gemeinderates richten, persönlich und nicht

nach parteipolitischen Gesichtspunkten zu entscheiden und bei der Entscheidung an Villach zu denken. Die Mitglieder des Gemeinderates sollten mit "ja" stimmen.

Gemeinderat Luser verläßt um 13.30 Uhr die Sitzung. An seiner Stelle nimmt Gemeinderat Bertel an der Sitzung teil.

Gemeinderat Mag. Raup führt aus, daß vorhin davon gesprochen wurde, die SPÖ-Fraktion würde über die Interessen der anderen Fraktionen hinwegfahren. Er möchte die Dinge doch ins rechte Lot bringen. Was der Gemeinderat heute am vermutlichen Schlußpunkt dieser Diskussion erlebt, ist tatsächlich der Kampf David gegen Goliath. Der Goliath ist jedoch nicht in Villach, sondern der Goliath ist das Land Kärnten. David ist nach 47 Jahren des Stillhaltens aufgestanden. David ist aufgestanden, um gegen Goliath anzutreten, weil ein unseliger ÖVP- und FPÖ-Beschluß des Landtages ihn vor diese Tatsachen gestellt hat. Was hat denn eigentlich die ÖVP und die FPÖ dazu bewegt, daß sie im Landtag diesen Beschluß vom 8.7.1993 gefaßt haben? Die Diskussion der Kleinen Zeitung am Mittwoch hat es an den Tag gebracht. Dort hat Landeshauptmann Dr. Zernatto zugegeben, daß er das Budget 1995 nicht mehr abdecken können wird. Es gibt Aussagen eines FPÖ-Abgeordneten des Landtages, wonach im Jahr 1997 das Land Kärnten S 1 Mrd. Schulden haben werde. Die Ursache liegt in einer explosionsartigen Ausgabenpolitik des Landes. Das Land hat als einzigen Ausweg und auf Grund des 1987 vom Bund novellierten Verstaatlichungsgesetzes die Chance bekommen, zu Geld zu kommen, indem es Anteile an der Kelag verkauft. Das ist die wahre Ursache und der Verursacher. Er möchte das Zitat von Goethes Hexenmeister hier bringen: "Herr, die Not ist groß - die Geister, die ich rief, werd' ich nun nicht los". Dieses Zitat verfolgt die Damen und Herren der FPÖ- und ÖVP-Seilschaft.

Dieser hat festgehalten, daß die Veruntreuung des Geldes und
FPÖ ist. Tatsache ist, daß Bürgermeister a.D. Serein-
nig im Jahre 1947 gesagt hat, es sei notwendig, jederzeit
vor die Bevölkerung hintreten und sagen zu können, daß die
Gemeinde alles getan hat, um sie vor Schaden zu bewahren.
Seiner Meinung nach kann man Bürgermeister Manzenreiter
diese Worte genau so in den Mund legen. Dieser hat alles
unternommen, um aus dieser Situation Schaden für die
Stadt abzuwenden. Dazu ein paar Zitate. "Selten noch lagen
Schwarz und Blau so daneben, wie beim Kelag-Verkauf",
schrieb Christoph Birò am 28.7.1993 in der Kronen Zeitung.
Der Beschluß der FPÖ erfolgte ohne Villach und die anderen
beteiligten Gemeinden. Villach hat erkannt, was jetzt pas-
sieren würde, und hat richtig und rasch und in der rich-
tigen Situation recht gehandelt. Der Bürgermeister hat so
gehandelt, wie es auch in den wirtschaftlichen Grundlagen
der Stadt steht. Die Gemeinden sind vom Gesetzgeber ver-
pflichtet, in vermögensrechtlichen Fragen nach kaufmänni-
schen Gesichtspunkten zu verfahren. Die Wirtschaftlichkeit
ist also ein Gebot. Was aus Dummheit oder Überheblichkeit
oder Schuldennot von den beiden Landtagsparteien beschlos-
sen war, drohte jedenfalls jetzt sich gegen die Syndikats-
gemeinden zu richten. Daher hat sich die Stadt entschlos-
sen, ebenfalls zum Verkauf anzutreten. Er zitiert die
Aussage des Abgeordneten Dr. Strutz von der FPÖ vom 22.9.:
"Der Verkauf durch die Städte entspricht der Veruntreuung
von Landesgeld". Das, was die Städte einmal eingebracht
haben, bezeichnet dieser bereits als Landesgeld. Das Geld
der Städte hat somit kein "Mascherl" mehr. Das, was die
Städte einmal als Vermögen eingebracht haben, ist für
Landtagsabgeordneten Dr. Strutz Eigentum des Landes, das
nach Belieben ausgegeben werden kann.

Villach forderte dann die Rücknahme des Be-
schlusses usw. Die Genesis dieser Geschichte ist bekannt.
Es wurde vorhin Bürgermeister Mock aus St. Veit zitiert.

Dieser hat festgestellt: "Die Vorgangsweise der FPÖ und ÖVP ist ungeheuerlich. ÖVP und FPÖ haben im Landtag 150.000 Steurzahler überrollt und brüsten sich, für Kärnten zu sein." Der Journalist Kofler schrieb in der Kleinen Zeitung: "Ein Moment ist sehr aufschlußreich, nämlich, daß gerade jene Parteien, die zentralistische Tendenzen ablehnen, in diesem Fall beim Verkauf von Landeseigentum an den Verbund sind. Wenn es ums Geld geht, hört also nicht nur die Gemütlichkeit auf, auch Prinzipien werden wie heiße Kartoffel fallen gelassen." Und wenn die Mitglieder des Gemeinderates der Meinung sind, daß es eine noch unabhängigere Zeitung gibt, dann zitiert er die Salzburger Nachrichten: "Der FPÖ-Obmann Haider, bekannt für seine Überraschungen, hat wieder einmal seine Meinung um 180 Grad gedreht und findet das natürlich. Der Landtagsbeschluß zum Verkauf der Kelag sollte modifiziert werden, tat er am Freitag kund. Es ist seine Idee gewesen, 49 % der Kelag dem Verbund anzubieten und mit den Milliarden Kärntens Energieschlaraffenland ausbrechen zu lassen." Auch die ÖVP kommt nicht so gut weg: "Aber wenigstens die ÖVP-Abgeordneten könnten das nächste Mal denken, bevor sie das Händchen heben." Soweit die Salzburger Nachrichten vom 31.7.1993.

Was dann geschah, ist bekannt. Es gab ein professionelles Team, das sich damit beschäftigt hat, wie die Stadt am besten aus dieser Situation und für sich Gewinn erzielen kann. Es stellt sich die Frage, was die Parteikollegen der Stadträte Ladstätter und Pacher im Land zur heutigen Stellungnahme dieser beiden Stadträte sagen. Stadtrat Ladstätter und Stadtrat Pacher vertreten heute Landesinteressen und keine Stadtinteressen. Für jene, denen seinen Ausführungen bis jetzt vielleicht zu chronologisch und geschichtlich waren, möchte er nun eine plakativere Aussage tätigen. Am heutigen Tag, an dem die Stadt Villach nach eineinhalb Jahren dank dem Verhand-

lungsgeschick des Bürgermeisters, der Finanzreferentin und des Teams eine stolze Ernte einfahren kann, glauben viele des FPÖ-ÖVP-Verbundes, die dafür weder geackert, gedüngt, gesät, gejätet noch gegossen haben, daß sie angeblich bessere Rezepte haben, wie man bessere und größere Kartoffeln erntet. Er ist der Meinung, daß von den Mitgliedern der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion so manche Unsicherheit überspielt wird - frei nach Nestroy's Posse "Der Zerissene". Die Mitglieder dieser beiden Fraktionen wurden von ihren Kollegen im Land Kärnten vor die Wahl gestellt. Wenn sich Stadtrat Pacher heute beleidigt zurückzieht, so paßt ihm diese Rolle nicht. Heute wäre vielleicht eine etwas verantwortungsvollere Haltung eines Villachers notwendig gewesen.

Er hat sich Notizen zu den einzelnen Wortmeldungen gemacht. Gemeinderat Mag. Burian stellt die Kelag als ein gesundes Unternehmen hin. Er stimmt dem zu. Warum wollen dann die FPÖ und die ÖVP im Land Kärnten 49 % an den Verbund verkaufen?

"Ein Politiker muß mehr als Kaufmann sein". Er stimmt dieser Aussage zu, aber wenn ein Politiker erkannt hat, daß der Stadt, die er vertritt, das Fell über die Ohren gezogen werden soll, dann muß er wohl reagieren. Zuerst muß man nämlich den Bär erschießen, bevor man ihm das Fell abziehen kann. Über das Fell, das man gut verwalten wird, ist allemal noch Zeit zu reden.

Es wurde davon gesprochen, daß die Stadt Villach ihre Anteile an der Kelag im Topf des Landes Kärnten behält. Dazu ist festzustellen, daß auch eine Fessel aus Gold eine Fessel ist. Vielleicht kann Stadtrat Pacher auf seine Kollegen im Land Kärnten einwirken, damit der unselige Beschluß zurückgezogen wird. Die SPÖ-Fraktion hat es vergeblich versucht. Bemerkenswert

ist auch, daß Stadtrat Pacher nach eineinhalb Jahren als Stadtwerkereferent heute mit Energievorschlägen vor die Öffentlichkeit tritt. Der Aussage, es gäbe bessere Möglichkeiten, sein Kapital anzulegen, als einfach das Geld zu lukrieren, stimmt er zu. Er ist jedoch der Meinung, daß damit die Finanzreferentin und alle Berater unterschätzt werden. Die Villacher werden das Geld nicht irgendwo unter dem Kopfpolster aufbewahren.

Frau Gemeinderätin LAbg. Steinkellner hat erklärt, daß sie einem Verkauf zustimmen würde, wenn die Stadt es notwendig hätte zu verkaufen. Frau Gemeinderätin LAbg. Steinkellner ist Geschäftsfrau. Sie sollte einmal versuchen, ihr Vermögen zu verkaufen, wenn ihr das Wasser bis zum Hals steht. Welchen Betrag würde sie dann dafür erhalten?

Frau Gemeinderätin LAbg. Steinkellner informiert, daß sie von Teilen gesprochen hat.

Gemeinderat Mag. Raup fährt fort, daß ihm aus der Diskussion der Kleinen Zeitung nachdrücklich die Frage von Wirtschaftsredakteur Winkler in Erinnerung geblieben ist. Redakteur Winkler hat Stadtrat Ladstätter gefragt, welche Einstellung dieser zum Kelag-Verkauf hat. Er hat selten gesehen, daß sich jemand so gewunden hat, wie Stadtrat Ladstätter. Die Antwort war: "Wir warten auf eine Volksbefragung. Wenn das Volk ja sagt, sind wir dafür, wenn das Volk nein sagt, sind wir dagegen". Das ist bestenfalls eine Chamäleontaktik, die man in diesem Fall jedoch nicht einschlagen kann. Auch die Tintenfischtaktik der ÖVP-Fraktion - sich zurückzuziehen und die Dunkelheit abzuwarten - ist in diesem Fall nicht der Weg, den die Stadt Villach in Zukunft gehen sollte.

den Vorsitz. Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz. Stadtrat Ing. Klamt führt aus, daß sein Vorredner in Frage gestellt hat, ob die Volksbefragung ein demokratisches Mittel sei. Seiner Meinung nach ist es sogar sehr demokratisch. Wenn die Villacher Bürger erklären, daß sie die Kelag nicht verkaufen wollen, dann haben die Mitglieder des Gemeinderates das zu respektieren. Das ist pure Demokratie. So etwas anzuzweifeln, läßt Gemeinderat Mag. Raup in einem eigenartigen Licht erscheinen. Am 6.9.1993 hat es eine Podiumsdiskussion im Kelag-Hauptgebäude in Klagenfurt gegeben. Der Bürgermeister ist am Podium gesessen, er selbst war unter den Zuhörern. Unter anderem hat der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy ausgeführt, daß die Kelag eine Perle ist. Bürgermeister Manzenreiter hat immer nur vom Gesetz des Handelns, vom Handlungsbedarf und von Gefahr in Verzug gesprochen. Er selbst hat in seiner Wortmeldung festgehalten, daß man diese Perle, die Kelag, aufnehmen müßte und daß man ihr eine neue Fassung geben müßte. Er hat damit gemeint, daß die Strukturen der Kelag in Ordnung gebracht werden müssen und daß die Kelag wettbewerbsfähig werden muß. Unterstützt war er durch einen Artikel des Professor Dr. Bodenhöfer, der am 17.11.1993 in der Kleinen Zeitung erschienen ist. Darin hat Dr. Bodenhöfer ausgeführt, daß die Strompreise in Österreich ungefähr den Durchschnittspreisen der ausgewählten deutschen Gesellschaften entsprechen, obwohl diese Gesellschaften nicht über preisgünstigen Strom, über Energie aus Wasserkraft, verfügen. Es wird immer so getan, als wären die Mitglieder der FPÖ-Fraktion Zerrissene. Diese sind keine Zerrissenen, er nimmt jedoch an, daß - um in der Literatur zu bleiben - in der SPÖ-Fraktion die Verschwender sitzen. Er zitiert nun kurz eine Presseaussendung, die er am 23.11.1993 als Umweltreferent der Stadt Villach gemacht hat: "Die Kelag-Aktien waren in

der Vergangenheit für Villach sicher keine schlechte Wertanlage. Nach Inkrafttreten des Verstaatlichungsgesetzes haben wir für die mit 40 Millionen Schilling bewerteten Villacher Elektrizitätswerke im Jahre 1952 rund 10 Millionen Schilling für den Bau des Villacher Rathauses und Aktien bekommen, die heute im Milliardenbereich gehandelt werden. Die Kelag-Aktien werden auch in Zukunft eine gute Anlage sein, wenn es gelingt, die Verwaltungsstrukturen zu straffen und an die Stromproduktion anzupassen." Weiter hat er ausgeführt, daß das feingespinnene sozialistische Netz es bis jetzt verhindert hat, daß Villach als Großaktionär der Kelag auch die entsprechenden Dividenden erhielt. Diesbezüglich weiß er, wovon er spricht. Wenn früher ein Rechnungsdirektor festgestellt hat, daß er eine Dividende haben möchte, dann hat man in der damaligen Struktur ganz einfach erklärt, daß das Geld im Betrieb belassen werden soll.

"Bevor der Villacher Bürgermeister die Kelag-Aktien abstößt, soll er sich dafür stark machen, daß Villach die ausstehenden Aktienenerträge in Naturalleistungen, sprich Gratisstrom, bekommt. Die Gefahr in Verzug ist heute nicht mehr so groß; man könnte sehr viel aushandeln. Als Umweltreferent gebe ich auch zu bedenken, daß wir als Villacher mit den Aktien und der damit verbundenen Sperrminorität ein Faustpfand für eine positive energiepolitische Entwicklung unserer Stadt aus der Hand geben." Diese Aussage stammt vom 23.11.1993. Er hat diese Aussage am 26.1.1994 sinngemäß im Gemeinderat wiederholt. Er ist stolz auf die konsequente Linie, die die FPÖ-Fraktion in diesem Jahr verfolgt hat. Er hat auch keine Angst davor, seinen Namen zu nennen, wenn er "nein" sagt, denn er sagt "nein" zum Ausverkauf der Stadt Villach. Heute besteht seiner Meinung nach Gefahr in Verzug für Villach, aber diese Gefahr geht vom Bürgermeister aus. Der Bürgermeister

und dessen Fraktion sehen anscheinend wirklich nur mehr den Geldregen, der ihnen den politischen Spielraum der Vergangenheit wiedergeben soll.

Der Bürgermeister hat der FPÖ-Fraktion unterstellt, daß diese die Stadt sturmreif schießen soll. Er persönlich hat davon noch nie etwas gehört, er ist auch nicht beteiligt und es ist das eine Diktion, die er normalerweise nicht verwendet. Wenn man jedoch bei dieser Diktion bleibt, dann ist der Beschluß, der heute herbeigeführt wird, die Selbstsprengung der Stadt Villach.

Gemeinderat Samnitz möchte einleitend ebenfalls etwas zum Klima festhalten. Das Klima war bis zu der letzten Gemeinderatswahl ein sehr gutes Klima. Es war ein Arbeitsklima zum Wohle Villachs. Es sind heute zwei Gemeinderäte anwesend, die in der letzten Gemeinderatsperiode noch tätig waren, und zwar Gemeinderat a.D. Gregorz und Gemeinderat a.D. Raimund. Beide waren Gemeinderäte, die in der Argumentation sehr hart, aber fair waren. Es kommt ihm oftmals so vor, als hätte Stadtrat Pacher unter seinem Pult eine Kreide. Wenn dieser zum Rednerpult kommt, redet er seidenweich, aber zwischendurch schlägt er einmal hinein. Stadtrat Pacher hat vorhin die sozialdemokratischen Stadträte und Gemeinderäte als Taferlklassler bezeichnet. Derartige Aussagen tragen nicht zu einer Klimaverbesserung bei. Weiters hat Stadtrat Pacher ausgeführt, daß eine Tafel her muß, auf der oben große Buchstaben sind und unten die kleinen. Das bedeutet, daß es sich um die Tafel eines Augenarztes handelt. Damit wurde ausgedrückt, daß alle, die sich heute für einen Aktienverkauf sind, kurzsichtig sind. Auch das trägt nicht zu einer Klimaverbesserung bei. Mit seinen Aussagen und mit der Vorgangsweise, wie er sich zu diesem Thema stellt, hat Stadtrat Pacher die letzte Wirtschaftskompetenz für seine Partei abgegeben. Das Klima hat sich verschlechtert. Seit

Stadtrat Pacher in leitender Funktion in die ÖVP-Fraktion gekommen ist und es eine FPÖ-ÖVP-Einheitspartei in Villach gibt, gibt es das sprichwörtliche Villacher Klima nicht mehr. Er hatte mehrmals den Eindruck, daß es den Damen und Herren dieser beiden Fraktionen nicht um Villach geht. Wenn die beiden Fraktionen heute wieder gegen Villach stimmen, muß er diese leider als ewige Nein-Sager einstufen.

Betreffend Frau Gemeinderätin LAbg. Steinkellner weiß er nie, ob diese als Gemeinderätin oder als Landtagsabgeordnete spricht, denn es schlagen vermutlich zwei Herzen in deren Brust. Frau Gemeinderätin LAbg. Steinkellner hat davon gesprochen, daß eine Volksbefragung durchgeführt werden muß. Die Mitglieder des Gemeinderates müssen selbst Verantwortung tragen. Sie sind für sechs Jahre von der Bevölkerung von Villach gewählt und sind verpflichtet, Verantwortung zu tragen. Die Mitglieder der FPÖ-Fraktion weichen jedoch jeder sachlichen Konfrontation aus und gehen auf Nebengleise. Sie sprechen immer wieder vom Klima, sind beim Austeilen sehr gut, aber beim Einstecken sehr schlecht. Daß diese FPÖ-Fraktion diesen Weg gehen wird, hat sich bereits in der letzten Periode abgezeichnet. Es hat sich abgezeichnet, als man mit den Gemeinderäten Thaler, Spitzer und Co "abgefahren" ist. Von der ÖVP-Fraktion hätte er das jedoch nicht gedacht. Villach hat ein Klimabündnis mit Canchungo. Mit den Schwarzen in Canchungo war es leichter, ein Klimabündnis einzugehen, als mit den Schwarzen in Villach.

Es sollten sich alle an den Eid erinnern, den sie geleistet haben. Bei der letzten Wahl trugen die Sozialdemokraten die Aufschrift "Für Villach - SPÖ" auf ihren Kappen. Die SPÖ-Fraktion steht heute noch dazu. Auch die anderen Fraktionen sind aufgefordert, zu und für Villach zu stehen. In Zeiten eines Stadtrates Thaler oder

eines Stadtrates Amtmann wäre eine sachliche Bearbeitung dieses Themas zum Wohle der Villacher Bevölkerung sehrwohl möglich gewesen. In dieser Zeit ist eine Autobahnumfahrung gebaut worden. In dieser Zeit war es auch möglich, gemeinsam die Draustufe zu tragen, die ebenfalls kein einfaches Thema für Villach war. Man sollte nicht Parteipolitik und Parteitaktik vor Kommunalpolitik stellen. Das Thema ist zu wichtig. Die FPÖ- und die ÖVP-Fraktion sollten die Koalition gegen Villach nicht weiter fortsetzen, denn die Villacher Bürger wollen keine Klagenfurter Verhältnisse. Er weiß, wovon er spricht, da er als Villacher in Klagenfurt ÖGB-Bezirkssekretär ist. Die Stadt Villach braucht einen Gemeinderat, der Entscheidungen trifft. Sie braucht aber auch einen Bürgermeister, der Entscheidungen trifft. Wenn ein Bürgermeister den Schneewalzer singt, ist das zu wenig.

Der Beschluß vom 8.7.1993 hat Villach eine einmalige Chance gegeben. Der Gemeinderat der Stadt Villach sollte mit einem gemeinsamen Beschluß das Vermögen, das 1947 nach Klagenfurt transferiert wurde, wieder nach Villach zurückholen. Mit einem positiven Beschluß wird die praktische Enteignung von damals rückgängig gemacht und fließt das Kapital aufgrund geschickter Verhandlungstaktik und des richtigen Zeitpunktes mit Zinsen und Zinseszinsen nach Villach zurück. In der Diskussion geht und ging es aber immer um Millionen, Milliarden, usw. Was ihn an dieser Diskussion gestört hat, war, daß der Mensch bei dieser Diskussion vernachlässigt wurde. Der Mensch darf aber in der heutigen Zeit auch nicht nur als Produktionsfaktor gesehen werden. Die SPÖ-Fraktion hat während der gesamten Zeit Verantwortung für Menschen, das heißt also für die Kelag-Bediensteten, bewiesen. Er möchte nicht unerwähnt lassen, daß die Mitarbeiter der Kelag, die ausgezeichnete Fachleute sind, wesentlich zur Erarbeitung des Vermögens

beigetragen haben. Er möchte sich daher abschließend bei allen Kelag-Mitarbeitern recht herzlich bedanken und ihnen weiterhin alles Gute wünschen.

Frau Gemeinderätin Schaumberger führt aus, daß es sich heute im wahrsten Sinne des Wortes um einen historischen Tag handelt. Es ist schade, daß dieser historische Tag nicht mit Fachargumenten begründet wird, sondern daß er von einigen dazu benützt wird, einen Eiertanz aufzuführen. Es ist ein Eiertanz, der so gelungen ist, daß kein einziges Ei dabei wirklich kaputt wird. Die Eiertanzparteien - die FPÖ und die ÖVP - haben wohl noch immer nicht begriffen, daß es heute nicht um den eigentlichen Verkaufsbeschluß geht; dieser eigentliche Verkaufsbeschluß ist im Landtag von diesen Eiertanzparteien beschlossen worden. Heute geht es nurmehr darum, einen Rettungsbeschluß zu fassen - einen Rettungsbeschluß über die Villacher Vermögenswerte.

Sie hat heute von allen gedacht, daß diese sich zu Wort melden werden, nur nicht von Frau Gemeinderätin LAbg. Steinkellner. Diese tut ihr leid, da sie zum selben Thema zwei Reden schreiben muß - heute die Verneinungsrede und im Landtag die Bejahungsrede. In der FPÖ ist das jedoch üblich - heute Gickel und morgen Gockel. Der Landtagsbeschluß ist entweder oberflächlich, dilettantisch, unverantwortlich oder alles gemeinsam. Wenn jemand verkauft, und mit dem Vorstand nicht redet, mit der Hauptversammlung nicht redet, mit dem Betriebsrat nicht redet und nicht einmal mit den Gemeinden redet, dann ist sie der Meinung, daß es alles gemeinsam ist. Sie behauptet, daß dieser Beschluß der FPÖ-ÖVP mit der Enteignung der Stadt Villach und mit all seinen wirtschaftlichen Nachteilen eigentlich nur dazu herbeigeführt worden ist, um dem Unternehmen Kelag zu schaden. LAbg. Dkfm. Scheucher hat erklärt, daß die Kelag nichts wert sei. Einer, der verkaufen

will, erklärt im selben Atemzug, daß das, was er verkaufen will, nichts wert sei. Das ist Wirtschaftskompetenz, die zum Schauern ist.

Die Stadt Villach hat heute mit dem Rettungsbeschluß nur mehr eine Möglichkeit: Entweder die Stadt Villach verkauft und das Land muß mit 51 % die Mehrheit behalten, oder das Land verkauft und die Stadt muß für das gesamte Land Kärnten die Anteile behalten. Das ist die eigentliche Entscheidung, die heute zu treffen ist. Die ÖVP-Fraktion und mit ihr der Obereiertanzer Stadtrat Pacher hat heute an einem historischen Tag noch einmal und sehr nachhaltig und hoffentlich zum letzten Mal bewiesen, daß Stadtrat Pacher wirklich keinen Funken einer Wirtschaftskompetenz hat. Wirtschaftskompetenz bedeutet nicht, die beleidigte Leberwurst zu spielen. Wirtschaftskompetenz bedeutet nicht: Ich bin so arm, mit mir hat keiner geredet. Wieviele Stadtsenatsitzungen und wieviele Gemeinderatsitzungen braucht Stadtrat Pacher noch, in denen über die Kelag gesprochen worden ist? Weshalb hält dieser, wenn er überhaupt nichts weiß und nicht eingebunden ist, dann Pressekonferenzen ab? Wirtschaftskompetenz bedeutet nicht kleinbürgerliches Parteihickhack. Wirtschaftskompetenz kann nicht sein, für billigen Stimmenfang einfach dagegen zu sein. Wirtschaftskompetenz kann auch nicht so verstanden werden, daß man erst etwas unternimmt, wenn der Hut schon brennt. Welche Wirtschaftsleute sind das? Wirtschaftskompetenz bedeutet für sie, rechtzeitig die Entscheidungen herbei- und durchzuführen. Wirtschaftskompetenz bedeutet, vorauszublicken und Entwicklungen positiv zu gestalten. Das darf die SPÖ-Fraktion heute an diesem historischen Tag für sich in Anspruch nehmen und das darf heute der Bürgermeister und die Vizebürgermeisterin in Anspruch nehmen - und ganz Österreich gratuliert ihnen dazu.

Sie stellt die Behauptung auf, daß es die SPÖ-Fraktion mit dem heutigen Beschluß über die Übertragung der Anteile zustandebringt, daß die Kelag in Zukunft aus dieser Miesmacherei, die die FPÖ und ÖVP als ihre einzige Zielsetzung haben, herausgehalten wird.

Gemeinderat Sobe ist der Meinung, daß die Vorgangsweise, die Bürgermeister Manzenreiter mit Unterstützung von Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher und des Verhandlungsteams gewählt hat, vollkommen richtig war. Es ist dies die Vorgangsweise, dem Gemeinderat heute vorzuschlagen, die Anteile an der Kelag zu verkaufen. Wenn heute von einem Verkauf der Anteile an der Kelag gesprochen wird, dann ist es nicht so, daß die Stadt Villach die Kelag verkauft, sondern sie verkauft Anteile der Stadt. Diese Maßnahme wird der Stadt Villach mehr Ertrag bringen, als die Anteile bis dato gebracht haben. Er möchte jedoch daran erinnern, weshalb es zu dieser Reaktion gekommen ist. Es gibt eine Reihe von Indikatoren, wie sich die FPÖ im Land - und jetzt auch in der Stadt - verhalten hat, um diese Entscheidung herbeizuführen. Es gibt 20 gegensätzliche Erklärungen, die heute diese Entscheidung notwendig machen. Er wird diese in einer weiteren Wortmeldung, sollte sie notwendig sein, erläutern. Es besteht heute die Möglichkeit, aus einer Wertanlage mit geringem Ertrag - S 19 Mio. in bar sind über 47 Jahre ein geringer Ertrag - eine Wertanlage mit gutem Ertrag zu machen. Wenn der Beschluß heute gefaßt wird, besteht die Möglichkeit, bereits in etwa einem halben Jahr S 50 Mio. dafür zu erreichen. Das wäre schon mehr, als die Stadt Villach in den 47 Jahren erhalten hat. Es besteht auch die Möglichkeit, ein dringendes Problem - und wäre es das Wohnungsproblem mit 50 Wohnungen - zu lösen.

Es tut ihm leid, daß Stadtrat Pacher derzeit nicht anwesend ist. Dieser telefoniert soeben im Foyer. Vielleicht ruft er Landeshauptmann Dr. Zernatto an und fragt, wie er sich wirklich verhalten soll. Das wäre eine gute Möglichkeit. Er möchte daran erinnern, daß am 29.7.1993 in der Presse zu lesen war, Stadtrat Pacher sei der Meinung, man könne dieses Geld für die Gründung von Stadtwerken verwenden. Vom 29.7.1993 bis zum 5.11.1994 hat man nichts weiteres gehört. Am 5.11.1994 in einer beinahe gemeinsamen - nur mit einer halben Stunde verschobenen - Pressekonferenz des FPÖ- und ÖVP-Pakts in Villach gibt es dann wieder eine Wortmeldung von Stadtrat Pacher in diese Richtung. Er ist der Meinung, daß Stadtrat Pacher seiner Verpflichtung als Werksreferent nicht nachkommt. Es hätte in diesen eineinhalb Jahren die Möglichkeit bestanden, ein Konzept zu erarbeiten, und es hätte die Möglichkeit bestanden, mit Landeshauptmann Dr. Zernatto zu sprechen. Stadtrat Pacher hat in seiner Wortmeldung die Meinung vertreten, daß dies die Aufgabe des Bürgermeisters gewesen wäre. Das ist jedoch sicherlich nicht richtig. Stadtrat Pacher hätte in seiner Verantwortung um sein Referat die Möglichkeit gehabt, dem Stadtsenat und dem Gemeinderat einen Vorschlag zu unterbreiten. Das ist nicht geschehen. Er erinnert in diesem Zusammenhang auch an die unrühmliche Rolle des Stadtrat Pacher betreffend das Stadtkino. Er erinnert daran, daß man im April dieses Jahres die Wirtschaftspläne der Bäder beschlossen hat, die bereits im November des Vorjahres beschlossen hätten werden sollen. Er erinnert auch an eine Aussage von Stadtrat Pacher, wonach kleinere Einheiten eine bessere Effizienz bringen würden. Stadtrat Pacher hat dabei die Unternehmungen der Stadt angesprochen. Wenn man nun die kleine Einheit Stadt-Gas mit der großen Einheit Kelag-Gas vergleicht, so erkennt man, daß der Bürger der Stadt Villach, der Stadtgas hat, gegenüber dem Bürger, der Kelaggas hat, um 24,45 % mehr

bezahlt. Das ist die Tarifpolitik eines Stadtrat Pacher und nicht die eines Bürgermeisters. Soviel zu den kleinen Einheiten, die Stadtrat Pacher angesprochen hat.

Stadtrat Pacher hat - in gekünstelter und schöner Weise wie Grimm und Busch - erzählt, daß er über die Draubrücke gegangen ist und da erst gesehen hat, daß irgendetwas im Bereich des Gases geschieht. Stadtrat Pacher fühlt sich dafür nicht verantwortlich, da der Bürgermeister daran schuld sei. Das ist die Standardrede von Stadtrat Pacher. Er muß Stadtrat Pacher jedoch vorwerfen, daß dieser sich nicht darum kümmert. Wenn dieser irgendwann einmal im Büro war, kann es nicht sein, daß es ihm nicht aufgefallen ist, daß dort irgendetwas getan wird. Also wird sich der Bürgermeister wahrscheinlich darum gekümmert haben müssen. Er denkt auch daran, daß der Bürgermeister schon § 74-Verfügungen erlassen mußte, da Stadtrat Pacher nicht im Amt war, sondern sich vermutlich irgendwo anders beschäftigt hat. Aus diesem Grund ist auch das eine oder andere von Bürgermeister Manzenreiter gemacht worden.

Stadtrat Ing. Truppe hat eingangs das Klima im Gemeinderat erwähnt und versucht, der SPÖ-Fraktion die Schuld an dem schlechten Klima zu geben. Er möchte zu der Klimafrage ebenfalls Stellung beziehen. Vielleicht besteht dann die Möglichkeit, daß auch die anderen Fraktionen Einsicht üben und sich das Klima dann verbessert. Das ist eine Sammlung von Aussprüchen der FPÖ-ÖVP-Koalition im Gemeinderat, die alle klagsreif waren.

Gemeinderat Sobe zeigt Kopien mit Aussprüchen.

Gemeinderat Sobe fährt fort, daß die Aussagen nicht nur klagsreif waren, sondern auch Klagen geführt und diese Klagen gewonnen worden sind. Der Bürgermeister hat bereits ausgeführt, daß er viel Zeit damit verbringt, in Klagenfurt beim Richter zu sitzen, da ihm die FPÖ- und die ÖVP-Fraktion mit ihren Aussagen nicht die Chance lassen, seine Ehre zu haben. Er möchte nur auf die letzten Aussagen hinweisen. "Was ein Tankwart nicht darf, darf die SPÖ mit ihrer Mehrheit allemal - Zieht den Villachern das Geld aus der Tasche." Die dunkelste Geschichte in der Stadtgeschichte ist jene: "Abhörskandal - Was wußte Manzenreiter". Er hat das Urteil dazukopiert. Das Urteil lautet: "FPÖ-Rumpold verurteilt". Eine weitere Aussage: "Villacher Abhörskandal - nur Spitze des Eisberges sichtbar". Auf der Rückseite der Kopie ist nun zu lesen: "Villacher Abhöraffäre - Widerruf". Der Widerruf wurde von Stadtrat Pacher unterschrieben. Wer sind also diejenigen, die ein schlechtes Klima in den Gemeinderat bringen? Eine der wirklichen Schattenseiten war, als man versucht hat, Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher zu diffamieren. Das ist zum Glück nicht gelungen.

Er möchte nun jedoch wieder das Thema des Klimas verlassen. Die Dinge sind ohnehin bekannt. Parteiobmann Rumpold veröffentlichte im Freiheitlichen Pressedienst am 27.8.1993: "Kelag. Die Ankündigung des Villacher Bürgermeisters Helmut Manzenreiter, daß er als Chefunterhalter für den Verkauf von 33 % der Kelag-Aktien verantwortlich sei, ließ alle Alarmglocken auf einmal läuten." Bürgermeister Manzenreiter hat es schlußendlich in ausgezeichneten Verhandlungen zustandegebracht, marktwirtschaftliche Mechanismen einzusetzen, um dieses Ergebnis zu erreichen. Parteiobmann Rumpold stellt dazu fest: "Die marktwirtschaftlichen Qualitäten von Manzenreiter ließen sich von seinen bisherigen Aktivitäten ableiten." Er weiß nicht, wie das zu verstehen ist. Parteiobmann Rumpold

meinte, er erfühle in der Bevölkerung Unbehagen darüber, daß Manzenreiter mit Volksvermögen dieser Größenordnung herumspielt. Soweit zur Frage des Klimas.

Frau Gemeinderätin LAbg. Steinkellner empfiehlt dem Gemeinderat heute, mit "nein" zu stimmen. Sie dürfte dies vermutlich deshalb empfehlen, da sie einen Parteibeschuß hat, der dahingehend lautet. Der Landtagsabgeordnete Dr. Strutz hat am 8.7. in seiner Wortmeldung ganz genau skizziert, wie es aussehen soll, wenn das Land 49 % verkauft. Es wurde davon gesprochen, daß der Bürgermeister seine Familie im Gemeinderat nicht informiert hätte. Er richtet nun die Frage an Frau Gemeinderätin LAbg. Steinkellner, zu welcher Familie sie gehört. Gehört sie zur Familie des Landtages, die dann anders abstimmen wird, oder gehört sie heute zur Familie des Villacher Gemeinderates? Das wäre einmal zu klären. Es muß auch so sein, daß es in der FPÖ Nachwuchssorgen gibt, da Frau Gemeinderätin LAbg. Steinkellner zwei Ämter bekleiden muß. Das soll jedoch nicht seine Sorge sein.

Der Bürgermeister hat vorhin ausgeführt, daß die FPÖ/ÖVP-Koalition versucht, dieses Haus sturmreif zu schießen. Dies wird von Stadtrat Ing. Klamt und Stadtrat Pacher bestritten. Er möchte den Gemeinderat in diesem Zusammenhang an eine sehr dunkle Episode im Villacher Gemeinderat erinnern, die in einem Presseorgan der FPÖ Niederschlag gefunden hat. Es handelt sich um folgende Aussage von Stadtrat Ladstätter: "Es ist nun an der Zeit, daß nicht nur die Bewohner der osteuropäischen Staaten vom Sozialismus befreit werden, sondern auch die Villacher Bevölkerung." Nun geht man zum Rednerpult und stellt alles anders dar. Man vergißt eben schnell. Zum Schluß kommend möchte er versuchen, Stadtrat Pacher noch ins Gewissen zu reden. Er hat beim Betreten des Saales festgestellt, daß heute in den hinteren Reihen auch ÖVP-Befürworter zu die-

ser Kausa sitzen. Es sitzt Kammerobmann Groß hier, der im Mitteilungsblatt eine andere Meinung vertritt. Es ist Gemeinderat a.D. Gregorz anwesend, der Aufsichtsratsmitglied bei der Kelag war und ebenfalls eine positive Haltung zu dem Verkauf der Kelag-Anteile einnimmt. Vielleicht besteht noch die Möglichkeit, daß die ÖVP-Fraktion darüber nachdenkt, daß sie auch eine Wirtschaftspartei ist und eigentlich diesen historischen Beschluß mittragen müßte. Er zitiert in diesem Zusammenhang Stadtrat Pacher: "Den Verkauf sollte man erst als letzte Möglichkeit in Betracht ziehen. Wenn jedoch keine andere Möglichkeit besteht, sollte man natürlich die Interessen der Stadt Villach wahren." Er hofft, daß Stadtrat Pacher Villach mag und daß diesen der Haß, den er derzeit ausspricht, nicht blind gemacht hat. Stadtrat Pacher sollte, wie er es gesagt hat, die Villacher Interessen wahren und mit "ja" stimmen. Das wäre eine Sache, die Stadtrat Pacher im Interesse der Stadt richtig und gut machen könnte.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

Stadtrat Haslinger führt aus, daß Gemeinderat Sobe dem Gemeinderat vorhin einen Ausspruch von Stadtrat Ladstätter erläutert hat. Frau Gemeinderätin LABg. Steinkellner hat neuerlich den Versuch unternommen, die Sozialdemokratie einem Gott sei Dank zu Grunde gegangenen System im Ostblock zuzuordnen. Damit hat diese - bewußt oder unbewußt - die Strategie der FPÖ-Fraktion in der Stadt Villach zu erkennen gegeben. Es ist dies die Strategie, nicht für die Villacher Bürger dazusein und im Sinne der Villacher Bürger zu arbeiten, sondern ausschließlich eine destruktive Oppositionspolitik zu betreiben, mit dem Ziel, alles, was von sozialistischen Mandataren in dieser Stadt vorgetragen wird, zu verhindern und damit auch zum Nachteil der Villacher Bürger zu verhindern.

Gemeinderat Mag. Burian verneinte, daß die Stadt Villach auch nach dem Verkauf ihrer Anteile an der Kelag sehrwohl auf die weitere Gestaltung Einfluß nehmen könne. Unabhängig davon, daß es ein Bundesverfassungsgesetz gibt, das den Verkauf von mehr als 50 % der Aktien aus Energieversorgungsunternehmen verbietet - also die Übertragung in den Privatbesitz -, ist für ihn ein wesentliches Argument jenes, daß es in der Europäischen Union um die Jahrtausendwende zu einer Liberalisierung des Strompreises kommen wird. Er verweist darauf, daß die Bayernwerke beispielsweise etwas mehr als 11 Millionen Bürger mit Strom versorgen und daß das rheinländisch-westfälische Energieunternehmen etwa 18 Millionen Bürger mit Strom versorgt. Es wird sich daher nicht mehr die Frage stellen, wer im Besitze eines Kraftwerkes sein wird, sondern wer im Besitze von Leitungsrechten sein wird. Unleugbar ist, daß es weiterhin Atomkraftwerke geben wird. Der Ausstieg aus der Atomenergie wird beispielsweise von den Franzosen vehement abgelehnt. Gemeinderat Mag. Burian hat in seinen Ausführungen erklärt, daß dieser ein kleines kommunales Unternehmen anstrebt. Er kann sich den Ausführungen betreffend Alternativenenergie und erneuerbare Energie durchaus anschließen, doch ist er der Meinung, daß man in der Frage des Strompreises sicher nicht mehr mitreden können wird.

Nun zu den Ausführungen des Stadtrat Pacher. Stadtrat Pacher hat damit begonnen, daß es für ihn eine Stunde der Taferlklassler sei. Stadtrat Pacher hat von einer Tafel mit großen Buchstaben oben und kleinen Buchstaben unten gesprochen. Als kompetenter Wirtschaftsfachmann, wie dieser sich ständig bezeichnet, hat Stadtrat Pacher jedoch wirklich nur die oberste Reihe dieser Tafel gesehen, denn eine größere Kurzsichtigkeit kann man nicht mehr haben. Er würde Stadtrat Pacher empfehlen, sei-

ne Brille abzulegen, um wieder normal Wirtschaftskompetenz zeigen zu können. Stadtrat Pacher hat auch ausgeführt, die Sozialdemokratie sei vom Villacher Wähler bei der letzten Wahl angeschossen worden. Was Stadtrat Pacher damit gemeint hat, ist nicht nachvollziehbar. Sollte dieser jedoch damit die Stimmenverluste angesprochen haben, so sind diese unbestritten. Stadtrat Pacher wird jedoch für sich in Kauf nehmen können, als Parteiobmann der ÖVP derjenige zu sein, der die Villacher ÖVP aus einer doch relativ starken Partei in eine Partei geführt hat, die in Zukunft unbedeutend für die Stadt Villach sein wird.

Stadtrat Pacher hat dann abgeschwenkt, ist auf das Bodenhöfer-Gutachten eingegangen, hat den Handlungsbedarf bestätigt und festgestellt, daß es auch andere Möglichkeiten und Visionen gibt. Er möchte nun einen kurzen Ausschnitt aus diesem Bodenhöfer-Gutachten wiedergeben: "Der Verkauf von Anteilen des Mehrheitseigentümers. Die Option des Stillhaltens ist für die Stadt Villach nach dem Mehrheitsbeschluß des Kärntner Landtages vom 8.7.1993 zum Verkauf einer 49 %-Beteiligung an die Verbundgesellschaft mit einem hohen Risiko verbunden. Der mit den an der Kelag beteiligten Gemeinden nicht abgestimmte Beschluß des Landtages bezieht sich auf einen Verkauf nur des Aktienbesitzes des Landes Kärnten unter der Maßgabe, daß eine Kärnten-Mehrheit von 51 % vom Land und Gemeinden zusammengenommen erhalten bleiben soll. Der Kärntner Landtag hat mit diesem Beschluß implizit über den Aktienbesitz der beteiligten Gemeinden mitverfügt. Die Bedingung für den Verkauf von Landesanteilen schließt ein faktisches Verkaufsverbot für die beteiligten Gemeinden mit ein." Stadtrat Pacher hat trotzdem noch von weiteren Visionen gesprochen. Anschließend hat dieser von der Geschichte Anfang der 80er Jahre gesprochen und auch davon, daß er damals einen Verkauf der Anteile der Stadt Villach an der Kelag zum Nominale verhindert hätte. Die SPÖ-Fraktion war damals

vehement gegen den Verkauf dieser Aktienanteile zum Nominale, was letztlich auch zu einem Beschluß geführt hat. Stadtrat Pacher hat weiters ausgeführt, daß aufgrund des Handlungsbedarfes einige Akzente zu setzen sind, und hat unter anderem ausgeführt, daß es zwar keine Erweiterung der Kelag mehr geben wird, daß es aber zu Qualitätssprünge kommen wird. Stadtrat Pacher hat erstmals im Juni 1994 die Möglichkeit der Gründung eigener Stadtwerke für Villach angesprochen. Stadtrat Pacher ist jedoch nicht erst seit Juni 1994 Referent der städtischen Unternehmungen, sondern schon weit länger. Dieser hätte als der zuständige Referent für die Unternehmungen schon längst, spätestens aber mit dem Beschluß des Kärntner Landtages vom 8.7.1993, tätig werden müssen, um ein Konzept dafür auszuarbeiten, wie die Villacher Unternehmen eingebunden werden könnten. Das ist jedoch nicht geschehen. Stadtrat Pacher hat lediglich die Frage gestellt, was der Bürgermeister in diesen 15 Monaten getan hat. An diesem Beispiel ist erkennbar, wie weit die Verantwortung des Stadtrat Pacher reicht, in seiner Funktion als Unternehmensreferent selbst tätig und vielleicht auch kreativ zu werden.

Stadtrat Pacher hat stolz aufgezeigt, daß der Gewinn bei den Villacher Unternehmungen von einem Gewinn in Höhe von S 11 Mio. im Jahr 1982 auf einen Gewinn von S 127 Mio. angewachsen ist. Es freut ihn, daß Stadtrat Pacher die großartigen Leistungen der sozialdemokratischen Referenten in diesem Unternehmensbereich endlich einmal anerkannt hat. In der Zeit, als der Unternehmensbereich von sozialdemokratische Referenten geführt wurde, gab es eine eindeutige und fortlaufende Skandalisierung. Es wurde ständig davon gesprochen, wie schlecht in diesen Bereichen gearbeitet wird. Die Zahlen, die Stadtrat Pacher heute genannt hat, beweisen das Gegenteil.

Stadtrat Pacher hat vom Gewinn aus Strom gesprochen. Er muß nun noch einmal die Frage stellen, weshalb Stadtrat Pacher nichts unternommen hat, um Villacher Stadtwerke gründen zu können und somit auch im Strompreiskarussell mitsprechen zu können? Stadtrat Pacher ist diese Antwort schuldig geblieben und versucht, die Verantwortung anderen zuzuschieben, die damit eigentlich nicht befaßt sein sollten. Stadtrat Pacher hat in Schalmeientönen von den sozialen Aufgaben der Unternehmen gesprochen. Selbstverständlich hat jedes Unternehmen gegenüber seinen Mitarbeitern soziale Verpflichtungen. Es ist jedoch unerhört, wenn Stadtrat Pacher erklärt, die Villacher Sozialdemokratie entwickle sich zu einer kapitalistischen Partei und die ÖVP-Fraktion hingegen zu einer sozialmarktwirtschaftlich orientierten Partei. Er möchte nicht so weit in die Vergangenheit zurückgehen und den Manchesterliberalismus zitieren, der seiner Meinung nach alles aussagt. Daß sich Österreich wieder auf dem Weg des Manchesterliberalismus befindet, bestätigen die Aussagen des obersten Chefs von Stadtrat Pacher, Wirtschaftskammerpräsident Ing. Maderthaner, der davon spricht, daß der Krankenstand in den ersten Tagen selber bezahlt werden müßte, daß Urlaubseinschränkungen erfolgen müßten, daß Feiertage gestrichen werden müßten und daß vor allem eine flexiblere Arbeitszeit eingeführt werden muß; dies jedoch, ohne ein entsprechendes Arbeitszeitgesetz zu haben. Ing. Maderthaner spricht davon, daß eine längere, über acht Stunden dauernde, Arbeitszeit erforderlich ist. Das sind Forderungen, die im 18. Jahrhundert zu dem Manchesterliberalismus geführt haben. Es wird heute wie damals die Sozialdemokratie sein, die sich dagegen mit aller Vehemenz zur Wehr setzen wird, um das wieder eintreten zu lassen, was sich die Sozialdemokratie in hundert Jahren erkämpft hat.

Auf den Magistrat der Stadt Villach bezogen möchte er festhalten, daß es im Gemeinderat ständig Angriffe gegen bestbeleumundete Beamte gibt, die eine große Wirtschaftskompetenz haben. Die ÖVP-Fraktion hat davon gesprochen, daß es zuviele Beamte im Haus gibt. Stadtrat Ing. Truppe hat noch vor wenigen Jahren erklärt, daß mindestens 25 % der Beamten entlassen werden müßten. Die ÖVP-Fraktion hat einen Lohnstopp für öffentliche Bedienstete gefordert. Auch die Pensionsversicherung soll geändert werden. Das sind die Forderungen der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion.

Betreffend die Frage des Minderheitseigentümers vermeinte Stadtrat Pacher, auf das Land verweisen zu müssen. Dieser hat die Stadt-SPÖ mit der Landes-SPÖ in Einklag gebracht. Es hat immer ein Gesprächsklima zwischen der Stadt und dem Land gegeben. Alle Schritte, die diesbezüglich unternommen worden sind, sind im Einvernehmen mit der Landes-SPÖ gesetzt worden. Hier irgendetwas hineinarargumentieren zu wollen, entbehrt jeder Grundlage. Gemeinderat Sobe hat bereits über die Gasleitungen gesprochen, die Stadtrat Pacher auf der Drauberme gestört haben. Stadtrat Pacher ist der Referent der städtischen Unternehmungen und hätte es in der Hand, selbst Gasleitungen verlegen zu lassen. Weshalb geschieht dies nicht? Offenbar hat dieser aufgrund seiner vielfältigen öffentlichen Funktionen nicht die Zeit, um für die Stadt Villach im Sinne der Villacher Bürger tätig zu werden. Abschließend erklärte Stadtrat Pacher, die Stadt Villach sei reich und der Kelag-Verkauf nicht notwendig. Er möchte nun noch einmal auf den Beschluß vom 8.7.1993 verweisen. Wenn die Stadt Villach nicht verkauft und versucht, ihre Anteile bestens anzulegen, dann würde das Land verkaufen und die Stadt Villach müßte mit ihren Anteilen die 51 % halten, ohne in Zukunft als Minderheitseigentümer weiter gefragt zu werden.

Die Stadt Villach erbt heute, war ihr 1947 gegen ihren Willen genommen wurde. Er bittet die Mitglieder des Gemeinderates, im Interesse der Bevölkerung der Stadt Villach dem Antrag des Bürgermeisters die Zustimmung zu geben.

Gemeinderat Malle stellt fest, daß er versuchen wird, nach der Polemik seiner Vorredner wieder etwas mehr Sachlichkeit in die Diskussion zu bringen. Der Vorstandsdirektor der Verbundgesellschaft, Dr. Schröfelbauer, hat mit dem Wirtschaftsfachexperten Winkler, der auch die Diskussion der Kleinen Zeitung geleitet hat, eine sogenannte Rechnung aufgestellt. Hieraus ergeben sich einige Aussagen, die allen zu denken geben müßten. Dr. Schröfelbauer hat festgestellt: "Wir kaufen ja nicht nur die Kraftwerke, sondern wir kaufen auch die ganze Kelag dazu." Man soll ihm einmal eine Firma zeigen, die zum Wiederbeschaffungswert gekauft wird. Die Kelag hat in den letzten Jahren hohe Verluste geschrieben; Ohne die wäre der Verkauf nicht notwendig geworden. Weiters wurde ausgeführt: "Die Kelag ist nun einmal negativ. Wer trägt so einer Firma schon das Geld hin?" Im selben Atemzug sagt der Vorstandsdirektor des Verbundes: "Wenn wir ihn trotzdem zahlen, diesen hohen Preis von S 1,8 Mrd. für die Anteile der Syndikatsgemeinden, dann machen wir das deswegen, weil wir uns einen Synergieeffekt erwarten und weil der Kauf für uns eine strategische Wahl ist." Diese Strategie gipfelt darin, daß derselbe Vorstandsdirektor erklärt, daß es beabsichtigt ist, diese Verbundgesellschaft zu privatisieren. Wenn er das Wort "privatisieren" hört, denkt er an die Gefahr, daß, wenn diese Verbundgesellschaft einmal in privaten Händen ist und die Stadt Villach ihre Anteile an diese Verbundgesellschaft verkauft, die Verbundgesellschaft in Zukunft den Strompreis diktieren kann und die Stadt Villach keine Möglichkeit hat, dagegen ein Veto einzulegen, denn es wird keine paritätische Kommission mehr

geben, die über diesen Strompreiserhöhungsantrag letztendlich entscheiden wird. Die Bürger werden dann teure Kilowattstunden zu bezahlen haben.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher hat in ihren Ausführungen davon gesprochen, wie dieses Geld veranlagt wird. Das einzige, was diese diesbezüglich zu Gehör bringen konnte, war das Wort "Veranlagung". Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher hat von Risikominierung gesprochen und davon, daß S 3 Mrd. in das Land Kärnten fließen werden. Sie hat davon gesprochen, daß S 1,5 Mrd. in die Stadt Villach fließen werden, hat jedoch mit keinem Wort erwähnt, was mit diesem Geld letztendlich geschehen soll. Sie hat dies bewußt getan, denn sie hält es nicht für notwendig, der Bevölkerung und den anderen Fraktionen des Gemeinderates klaren Wein einzuschenken. Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher hat davon gesprochen, daß in den - wie sie der Bürgermeister bezeichnet - Oppositionsparteien nur Neidkomplexe vorhanden sind. Die anderen Fraktionen wurden von ihr als Anti-Villacher bezeichnet. Dagegen möchte er sich verwehren. Durch den Verkauf der VISPA sind S 300 Mio. in die Gemeinde Villach geflossen. Von diesen S 300 Mio. sind nur mehr etwa S 100 Mio. vorhanden. Es regt sich in ihm daher der Gedanke, daß auch diese S 1,45 Mrd. in den nächsten Jahren schön locker verplempert werden.

Gemeinderat Spitzer ist ein Rechenfehler unterlaufen. Wenn man das Geld auf die "hohe Kante" legt, erhält man sicherlich Zinsen. Wieviel von den Zinsen muß man jedoch aufgrund der Inflationsrate wieder zurückführen, um das Grundkapital zu halten? Das ist ebenfalls noch nie erwähnt worden. Man kann nicht von einem Ertrag in Höhe von S 100 Mio. sprechen, wenn letztendlich nur mehr ungefähr die Hälfte davon übrig bleibt, um - wie Gemeinderat Sobe festgestellt hat - davon 50 Wohnungen zu bauen.

Die Aussage von Gemeinderat Samnitz könnte er ebenfalls mit einem lyrischen Satz zitieren: Viel Lärm um Nichts.

Stadtrat Pfeiler hat die Meinung vertreten, daß die Handlungsweise des Bürgermeisters und des Verhandlungsteams exzellentes Krisenmanagement gewesen ist. Er richtet nun die Frage an den Bürgermeister, ob Villach in einer Krise steckt.

Über das Klima möchte er nichts mehr sagen. Die SPÖ-Fraktion hat dem Gemeinderat selbst bewiesen, mit wieviel Polemik und mit wieviel ungerechtfertigten Beschuldigungen das Klima im Gemeinderat vergiftet wird. Als Wetterprognose für heute und für den gesamten Gemeinderat möchte er festhalten: "Aufgelockert bewölkt, in der Folge aus Richtung der sozialdemokratischen Fraktion Klimavergiftung und besonders im Gemeinderat Regen mit Hagelschauer".

Gemeinderat Pinteritsch verläßt um 14.50 Uhr die Sitzung. An seiner Stelle nimmt Gemeinderat Terwul, der noch nicht angelobt ist, an der Sitzung teil.

MD Dr. Kathollnig spricht die Gelöbnisformel vor.

Gemeinderat Terwul leistet als neues Mitglied des Gemeinderates das Gelöbnis gemäß § 21 Abs. 3 des Villacher Stadtrechtes.

Gemeinderat Dr. Löerbauer bedauert feststellen zu müssen, daß man betreffend die Frage des Klimas im Gemeinderat nicht in die Vergangenheit zurückgehen muß, da man aus der Vergangenheit offensichtlich nichts gelernt

hat. Wenn man die heutige Sitzung mitverfolgt hat, so gibt es genügend Ansatzpunkte um zu wissen, weshalb es ein derart schlechtes Klima gibt. Er gehört nicht zu denjenigen, die den Spiegel nur den anderen vorhalten wollen, sondern ist durchaus bereit, sich selbst und seiner Fraktion ebenfalls den Spiegel vorzuhalten. Es wäre sinnvoll, in Zukunft wieder etwas geschickter, menschlicher und einfühlsamer miteinander umzugehen, denn gleichgültig, wie eine Abstimmung ausgeht, und gleichgültig zu welcher Frage - letztendlich leben die Mitglieder des Gemeinderates in dieser Stadt und sollten vermehrt in die Zukunft denken.

Er möchte als sachlichen Ausgangspunkt seines kurzen Beitrages den Aufsichtsratsvorsitzenden der Kelag, Dr. Safron, zitieren: "Der wahre Wert der Kelag ..." - stellt Dr. Safron in einem Schreiben an alle Kärntner Haushalte fest - "... für das Land und seine Menschen wird von Fachleuten auf mehr als S 30 Mrd. geschätzt. Diese unvorstellbar hohe Summe resultiert aus der Tatsache, daß ein Wiederaufbau der Kelag, einmal abgesehen von der Unmöglichkeit eines solchen Vorhabens, heute etwa soviel kosten würde. Schon in 10 oder 15 Jahren wird sich dieser wahre Wert noch multiplizieren, denn dann wird die erneuerbare Energie aus Wasserkraft konkurrenzlos sein. Weil das unbestritten ist, wächst natürlich auch das Interesse an den Kelag-Aktien ganz gewaltig." Nun kommt er von der Wortmeldung des Dr. Safron direkt zu Gemeinderat Mag. Raup, der gemeint hat, man soll das Fell des Bären nicht verteilen, bevor er erlegt wurde. Diese Aussage ist zu unterstreichen. Wenn man jedoch die Versprechungen und Zusagen betreffend das Kelag-Geld, die in den Medien genannt wurden, zusammenzählt, ist die Hälfte des Betrages bereits verteilt. Gemeinderat Mag. Raup sollte daher seine Aussage an seine Parteifreunde richten. Für jeden einzelnen Gemeinderat ist der Geldbetrag eine Dimension, bei der man sich überhaupt nichts vorstellen kann. Es kann vermut-

lich niemand in diesem Gemeinderat den Anspruch erheben, zu wissen, welche positiven Möglichkeiten in einer so großen Summe enthalten sind. Er möchte in diesem Zusammenhang die Finanzreferentin zitieren. Am 29.10. hat es ein Fest der Kleinen Zeitung gegeben, über das berichtet wurde. Ein Journalist schrieb in diesem Zusammenhang: "Finanzreferentin Vizebürgermeisterin Mag. Kircher-Kohl besorgt zu ihrem Bürgermeister Manzenreiter: Hast Du wohl kein Geld ausgegeben, Helmut?" Und dann der erklärende Nachsatz: "Ich habe ihm gesagt, Du kannst in Geld schwimmen, aber ausgegeben wird noch nichts." Darauf der Bürgermeister zufrieden über den Kelag-Deal: "Ja, ja, kaum hat man Geld, ist man in den Schlagzeilen und wird anbettelt." Man kann also mit diesem Thema offensichtlich wirklich nicht richtig umgehen. Er schlägt daher vor, verstärkt miteinander zu sprechen. Man sollte durchaus in eine Konklave gehen und so lange miteinander sprechen, bis man einen großen, breiten Konsens zustandebringt.

Gemeinderat Ing. Woschitz führt aus, daß dies für ihn - ihm Gegensatz zu den Oppositionsparteien - doch ein großer Tag für Villach ist. Wenn man die Wortmeldungen und Argumente der Oppositionsparteien verfolgt, so möchte man meinen, daß eine menschliche Eigenschaft voll durchschlägt, und zwar der Neid, und daß der Neid stärker ist, als alle Vernunft; Der Neid auf die Idee des Bürgermeisters. Im Verkauf zählt im hohen Maße nur die Idee, die man verkauft, und das zur rechten Zeit. Das ist eine alte Verkäuferweisheit. Der Bürgermeister hat zur rechten Zeit die für Villach richtige Entscheidung getroffen. Daß die Vorgangsweise richtig war, haben alle Parteien bescheinigt. Die Oppositionsparteien vermitteln den Villacher Bürgern das Gefühl, nur deshalb gegen den Verkauf zu sein, weil es nicht ihre Idee ist, sondern die Idee der SPÖ-Fraktion. Die Mitglieder der Oppositionspartei sollten sich mit dem Gedanken anfreunden, daß den

Wert und die Wertigkeit einer Sache - im konkreten Fall die Kelag-Anteile - der Käufer und Interessent, der Markt, bestimmt. Daß die Vorgangsweise zum angebotenen hervorragenden Ergebnis geführt hat, wurde bereits festgehalten. Daß die Wertsäule zum richtigen Zeitpunkt aufgebaut wurde, ist ebenfalls klar. Man kann sich in den Markt hineinkalkulieren, man kann sich aber im Gegensatz dazu, wenn entscheidende Voraussetzungen fehlen, auch aus dem Markt wieder schnell hinaus kalkulieren. Das hätte er den Villacher Bürgern nicht gewünscht. Er wäre neugierig, was auf die mehrheitsfähige Partei zugekommen wäre, wenn diese gezögert hätte und der Verkauf zu spät erfolgt wäre. Man hätte der SPÖ-Fraktion vorgeworfen, daß diese sorglos mit dem Geld der Villacher umgeht und den Villachern das Geld aus der Tasche zieht. Das wäre wohl noch die mildeste Kritik gewesen.

Was spricht für den Verkauf der Kelag-Anteile? In erster Linie spricht dafür, daß das Geld auch für die kommende Generation bestens angelegt wird und daß die Zinsen für notwendige Maßnahmen entsprechend dem Wohle aller Villacher eingesetzt und verwendet werden. Es ist ein Mini-Marshall-Plan der neuen, modernen, innovativen Art für Villach. Als Villacher, aber auch als Gemeinderat dieser Stadt, gratuliert er dem Verhandlungsteam mit dem Bürgermeister und der Vizebürgermeisterin an der Spitze zum hervorragenden Ergebnis, das dabei erzielt wurde, und vorallem zur richtigen Entscheidung.

Frau Gemeinderätin Rettl führt aus, daß sie nun fünf Stunden auf ein Ereignis gewartet hat, und zwar auf die angekündigte Festsitzung für alle Villacher. Es war ein vergebliches Warten, denn das ist keine Festsitzung. Der Bürger hat das auch deutlich zum Ausdruck gebracht, indem er nicht erschienen ist. Es ist zu einem Begräbnis erster Klasse für die Demokratie geworden. Die

Mitglieder der SPÖ-Fraktion haben es auch geschafft, mit ihren Wortmeldungen diese Festsitzung zu einem Washtag ausarten zu lassen. Sie kann sich nicht daran erinnern, daß in einer der letzten Gemeinderatssitzungen der letzten Jahre soviel Dreckwäsche gewaschen worden ist. Sie möchte sich daran nicht beteiligen und möchte sich bei den Damen und Herren der linken Reichshälfte bedanken. Sie möchte sich bei diesen für die Veranstaltung vom letzten Mittwoch bedanken, bei der man endlich ein paar Meinungen hören durfte. Allerdings durfte man nicht mitdiskutieren; es war nicht erwünscht. Der erste Redner war verhängnisvollerweise ein Freiheitlicher, den die Mitglieder der SPÖ-Fraktion in ihrer äußerst demokratischen Auffassung von politischer Kultur niedergepiffen, niedergebuht und niedergebrüllt haben. Die Presse hat geschrieben, daß es "die Villacher" waren. Es waren nicht die Villacher; es waren die Villacher Sozialisten mit ihrem angeheuerten Ausbuhteam. Sie hat genau beobachtet, woher es kam. Es kam aus den Reihen der SPÖ. Sie hat schon befürchtet, daß Frau Gemeinderätin Schaumberger ihre wohl vorbereitete Rede umsonst mitgenommen hat, aber sie durfte sie doch halten.

Es ist dies auch das Begräbnis der Demokratie, da der Bürgermeister eine Volksbefragung ablehnt, da dieser sich vor einem Wahlkampftheater fürchtet. Sie kann dem Bürgermeister versichern, daß es kein Wahlkampftheater geben wird. Es kann keines geben, denn die Wahlen sind erst im Jahr 1997. Davor können sich die Mitglieder der SPÖ-Fraktion bestenfalls fürchten, denn dann ist für die Stadtsozialisten wirklich Gefahr in Verzug.

Zum tollen Verkaufspreis, zum Traumpreis, der in geschickten zähen Verhandlungen von dem "Dreamteam" erreicht wurde, ist folgendes festzuhalten. Wie sie den Reden der Mitglieder der SPÖ-Fraktion entnommen hat, sind diese Wirtschaftsexperten. Sie hat diesbezüglich leider

andere Erfahrungen. Sie verkauft in ihrem Geschäft Waren. Sobald ein Käufer merken würde, daß sie die Waren dringend verkaufen muß, würde er dem Verkäufer das Weiße aus den Augen holen und von einem Traumpreis könnte nicht mehr die Rede sein.

Frau Gemeinderätin Schaumberger richtet in einem Zwischenruf die Frage an Frau Gemeinderätin Rettl, ob diese Verkäuferin oder Unternehmerin ist.

Frau Gemeinderätin Rettl informiert, daß sie Verkäuferin und Frau eines Unternehmers ist. Sie steht zwar hin und wieder im Geschäft - "nur" von morgens bis abends -, gesteht Frau Gemeinderätin Schaumber aber "sicherlich" mehr Wirtschaftskompetenzen zu. Sie vertritt die Meinung, daß es schlecht ist, unter Zwang verkaufen zu müssen. Die Experten, die der SPÖ-Fraktion nicht gefallen, haben den Anteilen der Kelag einen wesentlich höheren Wert zugesprochen. Aus diesem Grund besteht die FPÖ-Fraktion auf einer Volksbefragung. Es ist nicht mehr so wie früher, als das Volk denken ließ. Mittlerweile denkt es selber.

Gemeinderat Ing. Eder weiß als Unternehmer und Wirtschaftler, wie schwer es ist, ein Projekt durchzuziehen. Besonders schwer wird es jedoch, wenn man noch zusätzlich die Verhindererfraktionen FPÖ und ÖVP berücksichtigen muß. Die ARGE FPÖ und ÖVP hat erkannt, daß im Kelagprojekt die Leistungsfraktion, die SPÖ-Villach, durch kluge Vorgangsweise, durch mutige Entscheidungen, durch professionelle Aufbereitung und wirtschaftliches Denken einen Erfolg für alle Villacherinnen und Villacher erzielen wird. Die Gegenreaktion und der Schwenk zum Klima im Villacher Gemeinderat sind nur ein Scheinargument, ein Ablenkungsmanöver, ein Mitleidseffekt; mehr nicht. Zum Klima selbst möchte er nur erinnern an persönliche und wirtschaftliche Angriffe auf Vizebürgermeisterin Mag. Mo-

nika Kohl-Kircher, Telefonaffäre, persönliche Angriffe, Attacken auf Bürgermeister Manzenreiter und vieles mehr. Als Mitglied der Leistungsfraktion der SPÖ Villach ist er stolz, daß dieser Erfolg gelungen ist. Es ist ein großer Erfolg gegen die ewige Nein-Sager- und die Verhinderungsfraktion. Die Villacherinnen und Villacher wissen nun endlich, wer etwas leistet, nämlich die Leistungsfraktion, die SPÖ Villach, Bürgermeister Manzenreiter und sein Team. Sie wissen auch, wer nichts leistet, nämlich die ARGE Ladstätter-Pacher, die Verhinderungsfraktion.

Gemeinderat Mag. Maurer möchte ebenfalls mit einem Dank beginnen, jedoch mit einem Dank, der zum Klima beiträgt. Er möchte sich bei Frau Gemeinderätin Rettl für das bedanken, was diese ihm heute in der Früh beim Kaffee vor der Sitzung kundgetan hat. Sie sah ihn sprechend mit einem deutschen Gast auf der Straße stehen und hat ihm später mitgeteilt, sie hätte sich überlegt, ob sie ihn über den Haufen fahren soll oder ob er gar in selbstmörderischer Absicht dort gestanden wäre. Er hofft, daß diese Aussage scherzhalber gemeint war. Frau Gemeinderätin Rettl hat dazu gelächelt. Das zeigt nur, welches Klima hier vorhanden ist. Er hat die Aussage als Scherz verstanden. Trotzdem gibt es zu denken; vor allem dann, wenn nun über das Klima gesprochen wird.

Gemeinderat Malle muß, wenn er etwas zitiert, vielleicht doch den gesamten Artikel zitieren. In dem Artikel von 16.11., in dem der Verbunddirektor Dr. Herbert Schröfelbauer zitiert ist, ist auf die Frage "Wie kam der Verbund auf den Preis?" die Antwort zu lesen: "Wir orientieren uns am Gutachten der Süd-Ost-Treuhand, die den Wert der Kelag zwischen S 3,2 Mrd. Ertragswert und S 8 Mrd. Liquidwert schätzt. Daraus resultierte unser erstes Angebot für die 32 % der Städte, welches S 1,25 Mrd. betrug. Wir mußten aber feststellen, daß die Bayern

deutlich mehr boten. Deshalb haben wir mit den S 1,9 Mrd. einen höheren strategischen Preis geboten, um die Bayern draußen zu halten. Wir zahlen also einen Marktpreis." Er hat heute die Aussage von Stadtrat Ladstätter vermisst, wonach dieser mit dem Preis, der zu nieder sei, nicht einverstanden sei. Er vermisst Angebote, die die FPÖ im Land eingebracht hat. Vielleicht hätte die Stadt Villach auf die Vorschläge der FPÖ eingehen sollen, wonach Klagenfurt die Kelag-Anteile der Städte kaufen soll. Selbstverständlich wäre der Preis in diesem Fall niedriger gewesen. "Die Klagenfurter Stadtwerke verfügen über genügend Reserven. Sie könnten mehrere hundert Millionen Schilling springen lassen.", zeigte sich Stadtwerkereferent Reinhart Gaugg, Klagenfurts Vizebürgermeister und geschäftsführender FPÖ-Landesparteiohmann, kauflustig. Über die Reserven hat dieser nicht gesprochen oder wie hoch der Kaufpreis tatsächlich sein soll. Wäre das vielleicht der Villacher FPÖ lieber gewesen? Die Verhandlungstaktik und der Zickzackkurs, den die FPÖ und auch die ÖVP diesbezüglich eingeschlagen haben, sind wirklich dramatisch und eigentlich ein Verrat an Villachs Interessen. Zeitweise fragt er sich wirklich, ob diese Fraktionen wissen, was sie tun.

Zu dem Vorschlag, über eigene Stadtwerke zu sprechen, ist festzuhalten, daß es 15 Monate Zeit gegeben hat, um Verhandlungen zu führen. Es hat Gemeinderat Mag. Burian niemand daran gehindert, mit Stadtrat Pacher Kontakte aufzunehmen. Es hat Stadtrat Pacher niemand daran gehindert, mit Landeshauptmann Dr. Zernatto und mit der FPÖ Schritte zu unternehmen und ein Konzept zu erarbeiten. Er vermisst das. Es gibt nichts außer den beiden Lippenbekenntnissen - eine voriges Jahr im Juli und die zweite dieses Jahr Anfang November. Lippenbekenntnisse und Absichtserklärungen allein sind für den Teil, den Stadtrat Pacher eigentlich abdecken sollte, etwas zu wenig, denn dieser wird auch von der Stadt Villach und

den Gemeindebürgern dafür bezahlt, daß er Aktionen setzt. Es liegt im Referatsbereich von Stadtrat Pacher, dies zu unternehmen. Stadtrat Pacher hat das verabsäumt. Dieser hat sich zurückgesetzt und gewartet. Drei Tage vor der heutigen Sitzung wird dann wieder der Versuch unternommen, vom Thema abzulenken und von Stadtwerken zu sprechen. Diese Möglichkeit liegt im Bereich von Stadtrat Pacher, der auch diesbezügliche Kontakte hätte herstellen können. Er vermißt das alles. Stadtrat Pacher sollte vernünftig und logisch darüber nachdenken, was er hier und heute abzustimmen hat. Dieser sollte für Villach und für die Interessen der Villacher Bevölkerung stimmen. Zeitweise scheint es so, als ob es der FPÖ-Fraktion wesentlich lieber wäre, wenn das alles beim Land bleiben würde. Es gibt eine Interessenspaltung der Frau Gemeinderätin LAbg. Steinkellner, die zwei Funktionen hat. Dasselbe gilt auch für Stadtrat Pacher. Stadtrat Haslinger hat zwei Funktionen; er kennt jedoch einen, der mehrere Funktionen hat, und zwar Stadtrat Pacher. Wahrscheinlich hat dieser zu wenig Zeit, um für die Stadt Villach zu arbeiten.

Stadtrat Ladstätter führt aus, daß er die gesamte Diskussion sehr aufmerksam verfolgt hat. Er möchte dem Clubsekretär der SPÖ-Fraktion dazu gratulieren, daß dieser auch etwas vom Bundesparteiobermann der FPÖ angenommen und heute im Gemeinderat mit diesen Plakaten gearbeitet hat. Was ihn jedoch nun vor das Mikrofon gebracht hat, war die Aussage des Gemeinderat Mag. Maurer, wonach Frau Gemeinderätin Rettl heute in der Früh etwas getan hätte, was beinahe eine gefährliche Drohung wäre. Er würde bitten, diese Frage sofort aufzuklären, denn er möchte nicht, daß einer tüchtigen Gemeinderätin der FPÖ-Fraktion etwas unterstellt wird.

Bürgermeisterin: Frau Gemeinderätin Rettl ist der Meinung, daß die Aussage von Gemeinderat Mag. Maurer dessen mangelnden Humor zeigt. Zur Aufklärung möchte sie festhalten, daß es sich um keinen Mordversuch gehandelt hat; auch in ihrem Hinterkopf nicht. Sie ist in die Stadt gefahren und Gemeinderat Mag. Maurer ist mit einem Herrn mitten auf der Straße gestanden, am Gehweg. Sie hat gewartet, bis Gemeinderat Mag. Maurer weggeht. Im Kaffeehaus hat sie diesen dann im Scherz gefragt, ob er in selbstmörderischer Absicht mitten auf der Straße gestanden sei. Sie hat jedoch nicht darüber nachgedacht, ob sie Gemeinderat Mag. Maurer überfahren soll, sondern hat darüber nachgedacht, ob dieser den Wunsch hätte, überfahren zu werden. Daß es sich dabei um einen Scherz gehandelt hat, hätte Gemeinderat Mag. Maurer trotz Humorlosigkeit erkennen müssen. Wenn dieser den Vorgang als Beispiel für Klimavergiftung einbringen will, liegt er völlig falsch. Sie hofft, daß Gemeinderat Mag. Maurer die Annahme, sie hätte ihn überfahren wollen, zurücknimmt. Diese Aussage ist die Unterstellung einer Mordabsicht oder einer Verletzungsabsicht und das läßt sie nicht auf sich sitzen. Gemeinderat Ebner ist neben ihr gestanden und kann ihre Aussage bestätigen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte abschließend zu diesem Thema festhalten, daß es offensichtlich zwei sehr unterschiedliche Arten von Humor und Humorverständnis gibt.

Gemeinderat Mag. Raup ist der Meinung, daß die großen Reden und Richtungen bereits vorgegeben sind. Es handelt sich nun nur mehr um einzelne Wortmeldungen, die seiner Meinung nach einer kurzen aber treffenden Antwort bedürfen. Stadtrat Ing. Klamt hat gemeint, er müsse den Verkauf dieser Aktien vergleichen mit einer Perle, die eine neue Fassung erhält. Er hofft, daß sich Stadtrat Ing. Klamt nicht an den Spruch erinnert hat, den ein

brauner Führer einmal getan hat, bevor er nach Österreich einmarschiert ist: "Ich will dieser Perle eine neue Fassung geben." Das Ziel, daß die Mitglieder der FPÖ-Fraktion heute politisch vorgeben, ist bestenfalls vergleichbar mit dem Wilden und seiner Maschine: "Ich weiß zwar nicht, wo ich hinfahre, dafür bin ich umso schneller dort." Wenn ständig davon gesprochen wird, daß ein Volksentscheid der Villacher darüber entscheiden soll, dann möchte er die Mitglieder des Gemeinderates darauf aufmerksam machen, daß diese gewählte Gemeinderäte sind und ein Ziel vorzugeben haben, das den Villachern angenehm und sympathisch ist. Wer ständig dem Publikum nachläuft, wird immer nur den Rücken des Publikums sehen. Die Volkspartei tritt heute plötzlich als Kommunalisierer auf. Es ist dies eine Rolle, die völlig neu ist, denn wenn man in den Bund sieht, erkennt man, daß man dort ständig dabei ist, Teile aus dem Staat zu privatisieren. Die FPÖ- und die ÖVP-Fraktion haben sich wie die Katze um den heißen Brei um das Thema Privatisierung herumgedrängt und sprechen heute vom Kommunalisieren.

Zu Gemeinderat Malle gerichtet stellt er fest, daß es sich bei dem Satz "Viel Lärm um Nichts" um keinen lyrischen Satz handelt. Es ist dies eine Komödie von Shakespeare. Vielleicht macht Gemeinderat Malle diesen Lärm um Nichts. Die Klimavergiftung bedarf eines Klimas. Klima findet immer statt zwischen Zyklone und Antizyklone. Es gibt also ein Hoch und ein Tief. Die FPÖ- und die ÖVP-Fraktion haben für das Tief und für den Regen gesorgt und nicht für den Washtag.

Stadtrat Pacher ist schon längst dabei, das Geld auszugeben und das Fell zu verteilen. Dieser weiß ganz genau, was er mit einem Teil machen wird. Stadtrat Pacher wird um S 300 Mio. das Kongreßhaus - einen Prunkbau - hinstellen. Wie wird Frau Gemeinderä-

tin LAbg. Steinkellner im Land Kärnten abstimmen, wenn das Land Kärnten plötzlich für den Verkauf von 49 % ist? Wird diese sich dann als Abgeordnete des Landes betätigen und brav mit der FPÖ- und ÖVP-Fraktion abstimmen, oder wird sie sich als Villacher Gemeinderätin erweisen? Was die SPÖ-Fraktion will, ist eine freie Verfügbarkeit des Kapitals. Was mit dem Geld geschieht und wie es angelegt wird, bleibt der Stadt und der Stadtregierung überlassen.

Nun zu Frau Gemeinderätin Rettl und zu dem Jungpolitiker und Landeshauptmannstellvertreter der FPÖ. Landeshauptmannstellvertreter Mag. Grasser ist zu spät gekommen und hat sich dann vorgedrängt. Es waren bei der Diskussion Gemeinderäte der sozialdemokratischen Fraktion, aber auch viele honorige Bürger, Kelagbedienstete und andere Interessierte anwesend. Diese hatten kein Verständnis für die Art und Weise des Vordrängens und dafür, daß man sich mit Ellbogentechnik zum Mikrofon hantelt. Er muß zugeben, daß dabei wahrscheinlich auch eine geschickte Regieführung eine Rolle gespielt hat. Der Landeshauptmannstellvertreter hat sich - um wieder etwas poetisch zu bleiben - als treuer Diener seines Herrn erwiesen. Er hat diesen bewundert, mit welcher Eiseskälte er den Villachern einreden wollte, daß sie Verständnis haben sollten für die Vorschläge der FPÖ und ÖVP und daß diese sich als gute Kärntner erweisen sollen. Ihm persönlich ist das Hemd näher als der Rock.

Gemeinderat Ebner ist der Meinung, daß es langsam an der Zeit ist, dieses unwürdige Schauspiel, das nur mehr der Selbstverherrlichung Einzelner dient, zu Ende zu bringen. Nichts desto trotz hat er einige sachliche Fragen, auf die er irgendwann einmal eine Antwort bekommen möchte. Über die Sinnhaftigkeit des Verkaufs oder Nichtverkaufs wurde heute viel geredet und zur Sinnhaftigkeit dieser Aktion maßt er sich nicht an, in irgendeiner Weise

eine Fachmeinung abzugeben. Er kann nur aus seinem Bauch heraus für sich selbst entscheiden, was richtig oder was falsch wäre. Wenn der Bürgermeister in den letzten Monaten mit einer derart großen Energie verhandelt hat, dann wäre es auch interessant zu wissen, ob es auch Gespräche über andere Möglichkeiten als über die Möglichkeit des Verkaufs gegeben hat. Warum hat eine sozialistisch dominierte Stadtorganisation und Stadtpartei 46 Jahre im Dornröschenschlaf verharret und wacht jetzt plötzlich auf, nur weil zwei Parteien im Landtag einen Antrag eingebracht haben? Hätten diese beiden Parteien - und allen voran Dr. Jörg Haider - diesen Antrag nicht eingebracht, wäre der Dornröschenschlaf vermutlich weit über das Jahr 2000 hinaus weitergegangen. Wenn wirklich Gefahr in Verzug vorhanden ist, dann wirklich nur für die SPÖ-Fraktion, denn nach der nächsten Wahl wird diese Fraktion vermutlich nicht mehr die Möglichkeit haben, über 50 % der Villacher Bürger hinwegzufahren, wie es heute geschehen wird. Wenn der Gemeinderat sofort zu Beginn der Sitzung abgestimmt hätte, hätte man dasselbe Ergebnis erzielt. Man hätte sich fünf Stunden wertvolle Zeit gespart, denn keine der Gruppen läßt sich von der anderen überzeugen. 1947 mußten die Anteile der Schütt und Arriachs abgegeben werden und die Stadt Villach erhielt S 10 Mio. Wo ist dieses Geld geblieben? Es wurde in den Rathausneubau investiert. Das ist in Ordnung. Was ist jedoch den Menschen geblieben, die heute die Nachfolge haben? Diese haben im Grunde nichts mehr davon.

Er gibt auch Gemeinderat Mag. Burian und Gemeinderat Dr. Löberbauer vollkommen Recht, wenn diese festhalten, daß der Wert der Kelag-Anteile in absehbarer Zeit enorm steigen wird, da die Wasserkraft ein sogenanntes Perpetuum Mobile darstellt. Die erneuerbare Energie wird immer wieder vorhanden sein. So etwas zu verkaufen, ist ganz normaler geschäftlicher Wahnsinn. Nicht nur die

Kelag-Aktien als Stromaktien gehen verloren, sondern damit auch die Wasserrechte. Von den vielen Millionen Schilling profitiert die Stadt Villach. Der einzelne Bürger wird jedoch nichts davon haben. Es ist eher anzunehmen, daß diese Millionen, genauso wie die Sparkassenmillionen, in gewissen Projekten versickern werden und daß diese Millionen dann weg sein werden. In den letzten zwanzig oder dreißig Jahren war die SPÖ-Fraktion nicht in der Lage, in irgendeiner Art und Weise positiv zu bilanzieren. Das zieht sich von Altbundeskanzler Dr. Kreisky bis zu Bürgermeister Manzenreiter. Der Beweis dafür ist der, daß es wohl Unterlagen, Auflagen, gesetzliche Beschlüsse usw. darüber gibt, wie man Schulden macht und wie man Schulden zurückzahlt, aber es gibt keine einzige Aufzeichnung darüber, wie man beispielsweise mit einem plötzlichen Vermögen fertig wird, das einem irgendwo zukommt. Man hat keine Ahnung, wie man es veranlassen soll. Man ist angewiesen auf hochbezahlte Meinungen.

Zum historischen Augenblick ist festzustellen, daß der Verkauf von Alaska an Amerika damals auch ein historischer Augenblick gewesen ist. Heute tut es den Russen leid, weil Alaska viel mehr wert ist, als man damals angenommen hat. Ein historischer Augenblick wäre es, wenn der Bürgermeister sich dazu aufraffen könnte, die Bürger entscheiden zu lassen. Wenn dieser es als den falschen Weg ansieht, die Bürger zu befragen, stempelt er die anderen damit als Idioten ab. Der Bürgermeister sollte sich ein Herz nehmen und die Bürger dazu auffordern, darüber nachzudenken. Es sollte keine einseitige, sondern eine objektive Aufklärung stattfinden. Erst wenn der Bürgermeister der Demokratie auf diese Art und Weise eine Chance gegeben hat, darf er von einem historischen Augenblick sprechen.

Frau Gemeinderätin Lausegger führt aus, daß sie sich nun fünfeinhalb Stunden Redezeit verschiedenster Gemeinderatskolleginnen und -kollegen angehört hat. Man spürt eine starke rhetorische Mehrheit. Es artet heute jedoch beinahe zu einem Redewettbewerb der Sozialdemokraten aus, wenn ungeliebte oder geliebte Pflichtübungen im Gemeinderat abgehalten werden. Man könnte sich vielleicht in Zukunft im Kulturausschuß Gedanken darüber machen, ob man einen Preis ausschreiben sollte - vielleicht die Rose vom Parkhotel - und den verleiht man dann dem, der die längste Redezeit hat. Vielleicht könnte man auch inhaltliche Schwerpunkte mitberücksichtigen, aber das ist schließlich nicht so wichtig. Sie hat versucht, nach diesen fünfeinhalb Stunden ein Konzept zu finden, da sie auch als Lehrerin hauptsächlich damit zu tun hat anzuschauen, zuzuhören und auch zu beurteilen. Ihr ist nun einiges klar geworden und sie möchte dazu Stellung nehmen.

Ihr sind die Tränen gekommen, als Bürgermeister Manzenreiter in seiner ersten Wortmeldung davon gesprochen hat, wie schlecht die anderen Fraktionen ihn, seine Leute und deren Leistung bewerten. Bürgermeister Manzenreiter läßt beispielsweise Stadtrat Pacher wegen seiner Vermögensverhältnisse ständig medial "klopfen". Sie möchte dazu feststellen - und ist sich auch der Zustimmung der SPÖ-Fraktion gewiß -, daß alle Mitglieder des Gemeinderates in gewissem Sinne Multifunktionäre sind. Die meisten Funktionen, die die kleinen Gemeinderäte zusätzlich haben, sind unbezahlt und deshalb unbeneidet. Wenn es sich dann um größere Funktionen handelt, die auch bezahlt werden, weil sie vielleicht wirklich mit Verantwortung zu tun haben, dann kommt plötzlich die große Neidgesellschaft der Reihe nach angetanzt und findet Kritik notwendig. Dies nur zur Klarstellung, denn sie weiß, daß auch in den Reihen der SPÖ-Fraktion Personen fleißig arbeiten müssen und nicht nur Zeit, sondern auch Geld investieren. Der

Bürgermeister hat sich heute auf die Vermögensverhältnisse bezogen. Es wird immer wieder der alte Dreck betreffend die Vermögensverhältnisse und die Betriebsbeteiligung der Finanzreferentin aufgerührt. Für sie persönlich zählt jedoch nur die Leistung von Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher und nicht die Frage, wieviel diese, deren Mann oder ein anderes Mitglied der Familie verdient. Die Reaktion der SPÖ-Fraktion war damals sofort, die Clubgeldvereinbarung, die zu Beginn dieser Regierungsperiode in Villach festgelegt wurde, zu ändern - und zwar wieder einmal zugunsten der SPÖ Villach. Sie war darüber verwundert, da sich die SPÖ-Fraktion aufgrund ihrer Mehrheit in Villach ohnehin der ständigen Zuarbeit der Beamten sicher sein kann. Die SPÖ-Fraktion benötigt zusätzlich mehr Clubgeld auf Kosten der kleineren Fraktionen. Es sollte jedoch einen Sockelbetrag geben, der gerecht auf alle drei im Stadtsenat vertretenen Parteien aufgeteilt wird.

Sie möchte noch einige andere Beispiele anführen, ohne in der Vergangenheit rühren zu wollen. Es ist die Vorgangsweise der SPÖ-Fraktion, die sie sehr stört. Bringen andere Fraktionen eine Situationsbeschreibung zu Mißständen an, werden sie zuerst "geklopft". Sie erinnert sich noch an die Frage der EDV-Hauptschule. Es hat einen monatelangen Kampf gegeben, bis man erkannt hat, daß es in diesem Bereich eine Marktlücke gibt, die aufzufüllen ist. Plötzlich war es dann ein SPÖ-Projekt.

Die ÖVP-Fraktion hat im Jänner dieses Jahres einen Dringlichkeitsantrag zur Sanierung des Turnsaa-les der Sporthauptschule eingebracht. Der Dringlichkeitsantrag ist selbstverständlich abgelehnt worden. In der Gemeinderatssitzung hat man zwei Stunden darüber diskutiert und der Bürgermeister hat "Skandal" gerufen. Gemeinderat Sobe hat sogar erklärt, er werde prüfen, ob an ihrer Aussage nicht irgendetwas klagsreif wäre. Letztendlich

ist die Frage wochen- und monatelang im Raum gestanden, wer von den Lehrern oder sonstigen Zuständigen mit einer Disziplinarmaßnahme zu rechnen hat. Das beschreibt das Klima im Gemeinderat. Es ist nun bekannt, daß mit dem Turnsaalneubau im Frühjahr 1995 begonnen wird. Es war die Dringlichkeit also sehrwohl gegeben. Wir ernst der Bürgermeister demokratische Grund- und Spielregeln nimmt, kann man der heutigen Vorgangsweise wieder entnehmen. Nicht Kommunikation, sondern Konfrontation ist der Stil. Wenn man die Wahlen im letzten Jahr bundesweit zurückverfolgt, dann hat es einen ganz neuen Trend gegeben. Es zeigte sich österreichweit, daß Persönlichkeitswahlen den Erfolg bringen. Bürgermeisterwahlen sind Persönlichkeitswahlen. Dies bedeutet, daß der Bürgermeister Integrationsfigur zwischen und für die Fraktionen sein sollte.

Sie möchte nun nicht das Niveau hinunterziehen, für sie handelt es sich jedoch um esoterische Grundprinzipien. Dazu gehört das Polaritätsgesetz. Polarität ist wie das Pendel einer Uhr. Es schlägt in die eine Seite aus und schlägt dann aber wieder in die andere Seite aus. Genauso erlebt sie die Stimmung und das Klima im Gemeinderat. Einerseits übt man seitens der SPÖ-Fraktion eine totale Machtausübung aus, andererseits besteht jedoch eine extreme Wehleidigkeit und ein Beziehungswahn. Das ist jedoch nicht als Beschimpfung zu verstehen, sondern es handelt sich um einen psychologischen Terminus. Es besteht ein Beziehungswahn in dem Sinn, daß man alles Negative und alles, was kritisiert wird, auf sich persönlich bezieht und dann wieder wehleidig oder beleidigt davonzieht und mit den anderen nichts mehr zu tun haben will. Man kann jedoch nicht dem einen vorwerfen, daß er einen schmutzig macht, aber selber macht man dasselbe und dann soll es in Ordnung sein. Sie persönlich ist der Meinung, daß Ausdrücke wie "Krisenmanagement" eigentlich eine Anmaßung sind. Die SPÖ-Fraktion hat eine hauchdünne Mehrheit, und

zwar nur mandatsmäßig. Trotzdem maßt sie sich an, die Verantwortung für den Kelag-Aktienverkauf allein zu übernehmen. Es handelt sich dabei nicht um das Privatvermögen irgendwelcher Leute, die im Gemeinderat für eine Zeit lang - für etwa 6 Jahre - sitzen. Die Aktien haben auch keine Leistungsgrundlage seitens der SPÖ-Fraktion. Es ist somit nicht das Geld der SPÖ-Fraktion; trotzdem hat diese es bereits - wie man den Medienmitteilungen entnehmen konnte - zur Hälfte verteilt. Die Zusagen wurden schon längst gegeben. Alle Mitglieder des Gemeinderates sind die Treuhänder für dieses Geld, sollten die Kelag-Aktien wirklich verkauft werden. Es ist trotzdem offensichtlich eine alleinige Mehrheitsentscheidung, die dann über die Weiterverwendung dieses Ertrages entscheiden wird. Die Finanzreferentin hat keine Befugnis dazu, das Geld zu verteilen, bevor überhaupt darüber diskutiert und abgestimmt wurde. Es ist das eine Anmaßung. Es ist ihrer Meinung nach schlimm, wenn man bereits Wochen vorher in den Zeitungen liest, was mit dem Geld geschehen soll. Die Dinge, die in der Zeitung zu lesen waren, sind Pflichten der Stadt Villach - auch ohne diesen Ertrag aus den Kelag-Aktien. Die Misere am Wohnungsmarkt in Villach ist bekannt. Es sind mindestens 2500 Personen, die eine Wohnung brauchen, und 50 Wohnungen werden versprochen. Ist das so toll? Man hat somit hunderte Millionen bereits zugeteilt, zugesagt und verteilt und wirft den anderen Fraktionen Faulheit vor.

Wo ist eigentlich der ehrliche und offene Projektentwurf? Es fehlt ihr dieser Entwurf. Darüber ist heute noch nicht gesprochen worden. Man verkauft nicht einfach, um dann auf dem Geldsack zu sitzen, denn Dagobert Duck ist ja eigentlich ein Geizkragen, ein Sparefroh. Dagobert Duck ist kein Verschwender und Prasser. Es stellt sich allerdings die Frage, ob es in diesem totalitären oder absoluten Stil der Alleinentscheidung der SPÖ-Mehrheit in Villach weitergehen wird. Als Prinzip bei Aktien

und Anlagen gilt: Wenn der Preis am höchsten ist, stößt man die Aktien ab. Der Zeitpunkt für den Verkauf wäre so gesehen sicherlich ideal. Allerdings verkauft man sein Vermögen nicht, wenn es krisensicher angelegt ist, um es dann umzuschichten und woanders krisensicher und mündelsicher anzulegen.

Sie muß auch ihre Bedenken äußern. Es ist weltweit, europaweit, bundesländerweit, landesweit mit Einsparungen zu rechnen. Dies bedeutet, daß es überall an Geld fehlt. Sie fürchtet sich vor dem schwarzen Montag, an dem plötzlich nichts mehr von dem Geld übrig ist. Auf die italienischen Verhältnisse übertragen ist festzustellen, daß der Bürgermeister von Udine in den letzten Monaten ziemliche Nachteile gehabt hätte, wenn er ein Unternehmen wie die Kelag verkauft hätte. Sie kommt noch einmal zurück auf die Verwendung des Geldes. Sie hat gehört, daß 50 Wohnungen, das Kongreßhaus usw. gebaut werden sollen. Die SPÖ-Fraktion ist mit diesen Schlagworten hinausgegangen und hat politisches Kleingeld eingesammelt. Höchste Priorität hätte jedoch ihrer Meinung nach die Ansiedlung von umweltfreundlichen Industriebetrieben, von gewerblichen Mittelbetrieben. Man muß sich darum kümmern, daß die Villacher Bürger sichere Arbeitsplätze haben. Die Menschen fürchten sich am meisten vor Atomunfällen, vor Krankheit und als dritter Punkt wurde die Angst um den Arbeitsplatz ermittelt. Es fehlt ihr eine mittelfristige Strategie, wie man Betriebe nach Villach bekommt und wie man sie fördert, um Langzeitarbeitsplätze in Villach sicherzustellen. Dafür müßte man unbedingt, wenn es zum Verkauf kommt, einen gewissen Prozentsatz abzweigen. Eine Umweltrentabilitätsrechnung wäre dafür zu erstellen. Die Förderung von Tourismusprojekten wäre voranzutreiben. Aus den Medien kann man erfahren, daß man sich in dieser Hinsicht bei den Förderungen in den nächsten Jahren zurückhalten wird. Hier müßte viel geschehen. Das wäre eine Aufgabenstellung.

Die Finanzreferentin müßte einen Katalog vorlegen können, was mit dem Geld geschehen soll. Gemeinderat Mag. Raup hat davon gesprochen, daß es sich um die freie Verfügbarkeit des Kapitals handelt. Das war eigentlich eine ganz klare Aussage. Gemeinderat Mag. Raup hat von "Viel Lärm um Nichts" gesprochen. Sie muß mit Shakespeare sagen, daß es vergebliche Liebesmühe ist, die ÖVP-Fraktion unter diesen Umständen umzustimmen. Stadtrat Haslinger möchte sie historischen Nachhilfeunterricht geben. Dieser ist offensichtlich in der sozialdemokratischen Geschichte nicht ganz bewandert. Den Manchesterliberalismus hat es im 19. und nicht im 18. Jahrhundert gegeben.

Das gewaltige Showtalent von Frau Gemeinderätin Schaumberger läßt darauf schließen, daß diese nicht, wie Bürgermeister Manzenreiter, im Fernsehen auftreten wird, sondern sie gibt dieser sogar gute Chancen, im Burgtheater ein Engagement zu bekommen. Frau Gemeinderätin Schaumberger muß lediglich versuchen, mit Direktor Peymann ins Gespräch zu kommen. Sie möchte jedoch noch einmal zur Frage des Klimas zurückkommen. Es wird immer behauptet, die - von Bürgermeister Manzenreiter aus gesehen - rechte Hälfte verschlechtert das Klima. Sie hat sich einige Diktionen aufgeschrieben, wie "Eiertanz", "Obereiertänzer", "beleidigte Leberwurst", "kleinbürgerliches Parteihickhack", "um Gottes Willen, was sind das für Wirtschaftsleute". Sie kann wirklich nur fragen, wer die Reden von Frau Gemeinderätin Schaumberger geschrieben hat. Diese gibt sich immer als Sauberfrau aus.

Gemeinderat Mag. Raup sieht die Verkaufsabsichten des Landes als Ausflucht aus der Schuldenwirtschaft des Landes. Das ist ein starkes Stück. Nach 43 Jahren SPÖ-Wirtschaft sollen alle Fehler in fünf Jahren wieder in Ordnung gebracht werden.

Landlagerschluß...
Land Kärnten All das waren markante Dinge, die ihr aufgefallen sind. Stadtrat Pfeiler ist all das nicht aufgefallen. Sie weiß nicht, was dieser während der Sitzung macht. Vielleicht ist dieser bereits derart einseitig, einäugig und einohrig, daß er nur noch die eine Seite negativ bewertet und die andere Seite hat den Freipaß, alles sagen zu dürfen, aber vor allem auch alles tun zu dürfen. In diesem Sinne möchte sie noch einmal an die SPÖ-Fraktion appellieren, einen Projektkatalog vorzulegen - und das zum heutigen Tag -, was mit diesem Geld geplant ist. Betreffend das Geld aus der Z-VISPA-Fusion gibt es bis heute keine Transparenz, was mit dem Kapital geschieht.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte sich kurz fassen und wirklich nur auf einige Punkte, die sie als Finanzreferentin betroffen haben, eingehen. Das Bodenhöfer-Gutachten wurde von mehreren Fraktionen zitiert. Es wurde behauptet, die SPÖ-Fraktion hätte nur einen Teil aus dem Bodenhöfer-Gutachten für die heutige Beschlußfassung herangezogen. Es ist nie behauptet worden, daß dort nur eine Variante aufgezeigt wurde, aber es hat auch mit Professor Dr. Bodenhöfer bis heute laufend Gespräche gegeben, die eindeutig belegen, daß aus dieser Fülle von Optionen - und das Gutachten ist inzwischen ein gutes halbes Jahr alt -, die noch vor einigen Monaten vorhanden gewesen wären, aufgrund der Situation im Land Kärnten heute nur mehr eine Option für die Stadt Villach übrig bleibt. Dazu steht sie und das ist auch die Meinung von Dr. Bodenhöfer zum heutigen Datum. Dr. Bodenhöfer hat sogar seinen Kollegen, Univ.Prof. Kofler, ersucht, an der Erarbeitung des Fonds für die Stadt Villach mitzuwirken, da sämtliche Wirtschaftsleute an der Universität überzeugt davon sind, daß die Stadt Villach nur diese eine richtige Möglichkeit hat. Das Land Kärnten hat, während dieses Gutachten besteht und auch veröffentlicht wurde, weder den

Landtagsbeschluß revidiert, noch einen neuen gefaßt. Das Land Kärnten hat in diesen Monaten auch nicht von seinem Vorkaufsrecht, das bereits schriftlich vom Bürgermeister angeboten wurde, Gebrauch gemacht, sondern selbst immer wieder betont, beim Verkauf zu bleiben. Das Land Kärnten hat in diesen Monaten auch keine wie immer geartete Dividendengarantie oder Dividendenzusage an die Stadt Villach abgegeben. Sie wollte dies nur festhalten, um drei der möglichen Optionen, die noch vor einigen Monaten vorhanden gewesen wären, die aber das Land Kärnten nicht wahrgenommen hat, zu erwähnen. Heute steht die Stadt Villach davor, vor allem die Veranlagung des Verkaufserlöses sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar zu erarbeiten. Landeshauptmann Dr. Zernatto hat bereits öffentlich erklärt, was das Land Kärnten mit dem Geld tun wird - nämlich zum Teil teure Darlehen zurückzahlen. Im Land Kärnten hat sich der Schuldenstand in den letzten Jahren - seit 1989 - verdoppelt. In den Jahren davor wurden vom sozialdemokratischen Landesfinanzreferenten sehr konsequent Schulden abgebaut. Das Land Kärnten war noch 1989 im Bundesländervergleich an oberer Stelle und seit 1989 hat sich der Schuldenstand verdoppelt. Deshalb ist es auch heute notwendig, die Gelder, die das Land Kärnten vielleicht einnehmen wird, sofort in den Abbau teurer Darlehen zu stecken.

Es ist heute sehr Widersprüchliches von ihr verlangt worden. Einerseits wurde die Auskunft darüber gefordert, was mit dem Geld geschehen wird. Gemeinderat Malle hat es sogar konkretisiert und hat gefragt, wo die Projekte sind. Frau Gemeinderätin Lausegger hat ebenfalls nach dem Projektkatalog gefragt. Dies bedeutet, daß diese Personen offensichtlich heute wirklich schon das Geld verteilen wollen, obwohl das Geld erst in Monaten auf dem Konto sein wird. Man will heute von ihr hören, für welche Projekte das Geld verwendet werden soll. Sie würde als Finanzreferentin heute den Verkaufsantrag mit dem Bürger-

meister nie stellen, wenn man dieses Geld, das das Kapital der Zukunft für Villach ist, heute auch gleich verteilen wollte. Sie würde es nicht tun, da sie es nicht verantworten könnte. Sie vertritt - das steht auch im Amtsvertrag und ist Teil der Beschlußfassung - die Meinung, daß der mehrheitliche Teil dieses Geldes in einen sehr langfristigen Fonds und in eine sinnvolle Veranlagung gebracht werden soll und daß frühestens dann, wenn das Geld wirklich am Konto ist, darüber zu beschließen sein wird - das wird im Gemeinderat zu erfolgen haben -, wie das Geld und vor allem die Zinsen verwendet werden sollen. Auch sie ist der Meinung, daß jeder Schilling aus dem Kelag-Aktienverkauf mit einem K-Pickerl versehen werden soll. Es sollen nämlich die Villacher Bürger durchaus wissen, was in den nächsten Jahren allein durch die Zinsen, die die SPÖ-Fraktion für sie nach Villach gebracht hat, möglich werden wird. Betreffend die Z-Mittel ist damals genau festgehalten worden, wofür die Mittel verwendet werden sollen. Es ist nie und von niemandem gesagt worden, daß die Z-Mittel langfristig erhalten bleiben sollen. Der Gemeinderat hat damals beschlossen, daß dieses Geld eine beschleunigte Stadtentwicklung, Umweltinvestitionen, Wirtschaftsförderung usw. ermöglichen soll. Damals ist die Verwendung mitbeschlossen worden und ist auch so erfolgt. Heute dreht man den Spieß um und regt sich darüber auf, daß angeblich kein Geld mehr da sein soll, was nicht stimmt, und daß das Geld für sinnlose Projekte ausgegeben wurde. Drei Beispiele dafür, wie sinnlos die Projekte sind: Man ist offensichtlich dagegen, daß der Silbersee für alle Villacher aus Z-Mitteln gekauft wurde. Man ist offensichtlich dagegen, daß S 30 Mio. in dieser Periode aus Z-Mitteln und sonst keinem Schilling in den Tourismus gesteckt werden. Und man ist offensichtlich dagegen, daß Grundstücke für den sozialen Wohnbau und für Betriebsansiedelungen nur aus Z-Mitteln angekauft wurden, die heute schon ein Mehrfaches

von dem wert sind, als sie es zum Zeitpunkt des Kaufes waren. Diese Doppelbödigkeit sollte aufgezeigt werden und sollte jedem einzelnen vor Beschlußfassung bewußt sein.

Es ist heute von Stadtrat Pacher gesagt worden, daß die Situation der Unternehmungen äußerst positiv ist und daß die Unternehmungen ständig Gewinne machen. Sie fragt sich nun, weshalb sie in diesem Fall bei jedem Budget kämpfen muß, weil Stadtrat Pacher kommt und dringend Kapitalzufuhr für seine Unternehmungen verlangt. Es stellt sich auch die Frage, ob der Gemeinderat nächste Woche in der Budgetsitzung überhaupt beschließen soll, daß aus Steuermitteln etwa S 2 Mio. Stadtrat Pacher für Investitionen seiner Unternehmungen gegeben werden sollen. Diese Frage stellt sich ernsthaft, wenn diese Unternehmungen offensichtlich so gute Gewinne machen. Es stellt sich auch die Frage, wann die Stadt Villach den ersten Schilling aus diesen Gewinnen für Sozialmaßnahmen in dieser Stadt oder für andere Dinge im Interesse der Bürger bekommen wird.

Der letzte Punkt ist die Frage der Stadtwerke. Es ist von Stadtrat Pacher und auch von Gemeinderat Mag. Burian festgehalten worden, daß die Stadt Villach und der Bürgermeister aufgrund des Landtagsbeschlusses durchaus Handlungsbedarf gehabt haben. Das ist somit einhellig zur Kenntnis genommen worden. Wenn die Stadt Villach Handlungsbedarf hat, dann wird es offensichtlich sofort so gemeint, daß nur der Bürgermeister und nur die SPÖ Handlungsbedarf haben. Es gibt, wie es heute schon gesagt wurde, offensichtlich eine Leistungsfraktion in Villach, die für alles zuständig ist, und es gibt eine Fraktion der Zuschauer. Sie möchte das dezidiert zurückweisen. Die Stadt Villach kann es sich nicht erlauben, bezahlte gewählte Funktionäre zu haben - im Stadtsenat, aber auch im Gemeinderat -, die monatelang zuschauen, keinen Kommentar

abgeben und dann, kurz bevor ein Ergebnis in einem Bereich vorliegt, für den sie eigentlich selbst mitverantwortlich wären, mit dem Finger auf die anderen zeigen, die monatelang gearbeitet haben, und erklären, daß sie mit der Vorgangsweise nicht einverstanden sind und daß sie das Ergebnis nicht mittragen können. Die Stadt Villach wird sich in Zukunft diese Form der Arbeitsteilung nicht mehr leisten. Im Gemeinderat, speziell aber auch im Stadtsenat, soll jeder einzelne seine Verantwortung und seine Arbeit wahrnehmen.

Gemeinderat Mag. Haider ist der Meinung, daß dieser Tagesordnungspunkt mindestens zweimal im Gemeinderat auf der Tagesordnung sein muß, damit man seine Verantwortung wahrnehmen kann. Das ist nicht der Fall gewesen. Die Diskussion zum Kelagverkauf wurde schlecht moderiert, sodaß eine Diskussion auf Gemeinderatsebene schwer oder überhaupt nicht möglich war. Die Kritik, daß man die Vorschläge betreffend die Stadtwerke erst relativ spät vorgebracht hat, ist seiner Meinung nach berechtigt. Auch die VIG-Fraktion hat die Frage der Stadtwerke erst relativ spät lanciert. Das hängt auch damit zusammen, daß die VIG-Fraktion sehr lange darüber nachgedacht hat. Eigentlich hat die VIG-Fraktion gedacht, daß der Bürgermeister die Anteile ohnehin nicht verkaufen wird. Hätte die Diskussion betreffend die Stadtwerke ein oder zwei Monate früher stattgefunden, wäre dies sicherlich besser gewesen. Der erste, der die Frage der Stadtwerke aufs Tapet gebracht hat, war Stadtrat Pacher. Es wurde dann zwar nicht mehr davon gesprochen, aber diese Idee ist den Mitgliedern der VIG-Fraktion nicht aus dem Kopf gegangen. Er ist der Meinung, daß die Diskussion spät, aber nicht zu spät stattfindet. Es könnten durchaus noch Verhandlungen mit dem Land und dem Verbund in diese Richtung stattfinden. Er kann sich nicht vorstellen, daß die politischen Verhältnisse zwischen Stadt Villach und Land Kärnten der-

art schlimm sind, daß es diesbezüglich nicht zu einem Konsens kommen kann. Wie es hier geschildert wurde, wären es politische Verhältnisse wie zwischen Serben und Kroaten. Es gibt überhaupt kein Vertrauen und Abmachungen werden gebrochen. Er weigert sich, diese Darstellung zu glauben.

Die VIG-Fraktion lehnt den Verkauf der Kellag-Anteile ab, da sie der Meinung ist, daß die Zukunft in einer dezentralen Energieversorgung liegt und nicht in der Zentralisierung. Es sind zwei Tendenzen in der Energiepolitik in Europa feststellbar: Richtung Kommune, Richtung Stadtwerke einerseits und Richtung großer Monopole andererseits. Die VIG-Fraktion ist der Meinung, daß der erstere Weg, also Richtung Stadtwerke und Kommunalisierung, der bessere und der richtigere ist. Der Schritt, der nun gesetzt wird, ist der Schritt in die Gegenrichtung. Selbstverständlich ist auch die VIG-Fraktion der Meinung, daß Handlungsbedarf bestanden hat und daß die Stadt Villach aufgrund des Landtagsbeschlusses unter Druck gekommen ist. Er hat jedoch den Eindruck, daß der Wunsch zu verkaufen viel größer war, als der Wunsch, nach anderen Möglichkeiten zu suchen. Die Diskussion, wie sie heute abgelaufen ist, hat bei ihm ein komisches Gefühl hinterlassen, und zwar bezüglich der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion. Der Beschluß, der dazu geführt hat, daß der Gemeinderat der Stadt Villach sich heute mit dem Verkauf beschäftigt, wurde im Landtag von der FPÖ und der ÖVP gefaßt. Es war das eigentlich ein schlechter Beschluß. Das kann man auch den Wortmeldungen der Mitglieder der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion entnehmen. Diese kritisieren es jedoch nicht. Wenn Gemeinderat Ebner davon spricht, daß es ein Wahnsinn ist, die Wasserkraft zu verkaufen, da es sich dabei um ein Perpetuum Mobile handelt, dann ist dazu festzustellen, daß diesen Wahnsinn die Fraktion des Gemeinderat Ebner eingeleitet hat. Daß man die Wasserkraft verkaufen will, wurde im Landtag beschlossen. Diese Vorgangsweise ist seiner

Meinung nach unehrlich. Denselben Vorwurf macht er auch der ÖVP. Es wundert ihn, daß es Mandatare gibt, die kein Problem haben, damit umzugehen. Er hätte große Probleme damit.

Er ist der Meinung, daß es Stadtrat Pacher mit den Stadtwerken sehr ehrlich meint und daß das wirklich eine Strategie ist, die dieser stark befürwortet. Von der FPÖ hat er oft den Eindruck, daß das einzige, was die FPÖ-Politiker in die Politik treibt, der Haß auf die Sozialisten ist und sonst nichts. Er glaubt, daß das zu wenig ist. Von der Kritik der Frau Vizebürgermeisterin, wonach es eine Leistungsfraktion und eine andere Fraktion gibt, fühlt er sich nicht so sehr betroffen, da die VIG-Fraktion durchaus versucht, ihren Beitrag im Gemeinderat zu leisten. Was den Kelag-Verkauf anlangt ist festzuhalten, daß eine kleine Fraktion wie die Villacher Grünen in diese Diskussion überhaupt nicht richtig eingebunden wird. Wenn man die VIG-Fraktion stärker einbindet, würde sie auch einen stärkeren Beitrag leisten können.

Gemeinderat Ing. Andronik wird sich ausschließlich mit dem Amtsvortrag beschäftigen, da er sich auf die Mitteilungen des Mitteilungsblattes, die gefiltert gekommen sind, und auch auf die Kleine-Zeitung-Veranstaltung nicht verlassen wird. Er wird den Antrag deshalb ablehnen, weil er nicht - wie es im Amtsvortrag auf Seite 2 steht - der Meinung ist, daß es am 30. Juli zu einem Gespräch in der Verbundgesellschaft gekommen ist. Es hat sich darum gehandelt, daß der Verbund die Kelag-Aktien der Syndikatsgemeinden erwerben wollte. Dies bedeutet, daß sich die Syndikatsgemeinden an den Verbund gewandt haben. Einvernehmlich wurde dort festgelegt - einvernehmlich mit dem Verbund, mit einem eventuell potentiellen Verkäufer -, daß die Bewertung der Kelag an die Süd-Ost-Treuhand vergeben wird. Dies bedeutet, daß eigentlich der Verkäufer ein

Wirtschaftsbewertungsbüro vorgeschlagen hat. Daß dabei nur S 3,8 Mrd. das Ergebnis waren, ist für ihn nicht einsehbar, zumal auch der Aufsichtsratsvorsitzende festgestellt hat - dieser Mann wurde von der SPÖ nominiert -, daß die Kelag einen Wert von S 30 Mrd. hat. Aus der heutigen Diskussion konnte man auch erkennen, daß der Wert in Zukunft noch steigen wird. Der Wert ist somit der erste Punkt, den er nicht zur Kenntnis nimmt.

Man hat zwar einen Käufermarkt sondiert, hatte aber gleichzeitig als erste Prämisse den Verbund. Man hat eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt und es haben sich eine Reihe von Anbietern gemeldet. Es wurde jedoch nirgendwo festgehalten, daß sich der Verbund oder die Bayernwerke aufgrund der Zeitungsinserate gemeldet haben. Auf Seite vier des Gutachtens wird insbesondere resümierend festgestellt, daß unter dem Aspekt der konzernrechtlichen Eingangskontrolle keine grundlegenden Bedenken gegen die Veräußerung der vinkulierten Kelag-Aktien an den potentiellen Neuaktionär Verbundgesellschaft bestehen. Obwohl man noch gar keine Ausschreibung durchgeführt hat, hat man bereits als potentiellen Aktionär den Verbund ins Auge gefaßt. Das ist für ihn ebenfalls ein Grund dafür, den vorliegenden Antrag abzulehnen. Der Käufermarkt hat bewiesen, daß man zumindest drei Anbieter hat.

Der nächste Punkt ist die Darstellung, man hätte "nur" S 19 Mio. an Dividende erhalten. Es ist bekannt, daß die Sozialisten im Lande und auch in der Stadt Villach - und die Stadt Villach war 25 %-Eigentümer - immer an maßgeblicher Stelle in der Kelag verankert waren. Die Villacher Politiker, die aufgrund eines Wahlergebnisses der Stadt Villach in den Landtag entsandt wurden, haben nur S 19 Mio. aus der Kelag lukriert. Es ist dies somit eindeutig ein Versäumnis der SPÖ. 40 Jahre lang hat die Stadt Villach als 25 %-Eigentümer zugeesehen, daß keine

Dividenden aus der Kelag nach Villach geflossen sind; mit Ausnahme der 50 % Stromkosten. Durch diese 50 %ige Stromkostenreduzierung hat sich die Stadt Villach in den letzten 46 Jahren rund S 0,5 Mrd. erspart, die aber alle anderen Kärntner Strombezieher gezahlt haben. Auch das muß man zur Kenntnis nehmen.

Auf Seite 7 des Amtsvortrages wird festgehalten, daß durch das Zusammentreffen einer Reihe günstiger Umstände und das umsichtige und kompetente Verkaufsmangement ein Preis erzielt worden ist, der in dieser Höhe noch vor wenigen Monaten nicht erwartet werden durfte. Er ist der Meinung, daß die S 1,44 Mrd. zu wenig sind.

Der erste Punkt der Antragsformulierung zeigt ihm, daß mit großer Eile an dem Antrag gearbeitet worden ist. Es bringt dieser erste Punkt nicht klar zum Ausdruck, was die Stadt will. Er möchte es vorlesen: "Die Stadt Villach stimmt dem Verkauf von 39.991 Aktien mit einem Kaufpreis von S 36.150,-- je Aktie, daher insgesamt S 1,4 Mrd., gemäß den Bedingungen des beigeschlossenen Vertrages an die österreichische Elektrizitäts AG (Verbundgesellschaft) oder eine Gesellschaft, an der die Verbundgesellschaft zu 100 % beteiligt ist." Was stimmt der Gemeinderat? Stimmt er ab, stimmt er zu oder stimmt er dagegen? Es fehlt ein Beistrich und ein ganz wesentliches Wort - nämlich "zu". Man will nämlich, daß dem Verkauf zugestimmt wird. Das geht jedoch aus dem Antrag nicht hervor. Es sind dies eindeutig Systemfehler in der Verwaltung. Es haben vier Personen den Amtsvortrag unterschrieben: der Magistratsdirektor, der Finanzdirektor, die Finanzreferentin und der Bürgermeister. Man ist nicht einmal in der Lage, einen ordentlichen Amtsvortrag vorzulegen.

~~einer Gruppe~~ Im Punkt 2.) des Antrages ist eindeutig festgelegt, daß die Finanzreferentin beauftragt wird, die Zwischenveranlagung durchzuführen. Die Finanzreferentin hat betont, daß der Beschluß in den anderen Gemeinden einstimmig gefaßt wurde. In St. Veit gibt es ebenfalls einen "Sozial"-Demokraten. Dort hat der Bürgermeister aber vorher Gespräche mit den Fraktionen geführt und hat dann gemeinsam den Amtsvortrag erstellt. Das ist in Villach nicht geschehen. Im Beschluß von St. Veit ist eindeutig festgehalten: "Die Veranlagung kann nur mit 2/3-Mehrheit im Gemeinderat erfolgen." Das ist in Villach nicht der Fall. Der Villacher Bürgermeister hat statt dem Herzen eine Registrierkasse. Mit dem heutigen Beschluß wird der Bürgermeister seine Registrierkasse zum klingeln bringen.

Stadtrat Pacher führt aus, daß er heute bereits einige Male gefragt wurde, weshalb er zu dem Thema Stadtwerke Villach nichts beigetragen hat. Grundsätzlich muß er feststellen, daß dies in die Agenden des Bürgermeisters fällt. Es gehört nicht zu den Aufgaben eines Referenten, derartige Transaktionen durchzuführen. Ihm würde auch das Geld dazu fehlen. Er hat sich intern mit dieser Materie beschäftigt und hat die Auswirkungen geprüft. Er hat verschiedene Modelle angesehen; Sollte es eine Aktiengesellschaft sein oder schafft man einen Querverbund innerhalb der städtischen Unternehmungen? Faktum ist jedoch, daß er nicht einmal das Eigenkapital erhält, um beispielsweise das Gaswerk jetzt ordentlich führen zu können. Er muß das Geld am Markt aufnehmen. Das ist auch der Unterschied zur Kelag. Die Kelag führt Kapital zu und kann damit entsprechende Ausbaumaßnahmen durchführen. Er hat diesen Vorschlag auch dem Bürgermeister unterbreitet. Dieser war der Meinung, ein Unternehmen sollte die Investitionen von sich aus durchführen. Jeder Kaufmann weiß, daß man eine gewisse Eigenkapitalbasis haben muß. Erst dann kann man etwas derartiges dynamisch und auf

einer entsprechenden kaufmännischen Basis durchführen. Diese Basis wurde ihm nicht eingeräumt. Er ist daher der Meinung, daß man überhaupt nicht die Absicht hat, daß es dort zu einer ordentlichen Geschäftsgebarung und zu einer ordentlichen Entwicklung kommen soll. Man unternimmt alles, was zu einem Mißlingen und zu einer schwierigen Führung dieser Unternehmungen beiträgt. Er spürt seitens des Bürgermeister nicht, daß dieser ihn in seinen Bemühungen, die städtischen Unternehmungen zum Wohle der Villacher Bürger zu führen, unterstützt. Auch die Entwicklung in der letzten Zeit stimmt ihn mißtrauisch. Der Bürgermeister hat ein Jahr lang gearbeitet. Es wurde davon gesprochen, daß es im Dezember eine Sondersitzung des Gemeinderates geben wird. Auch Gemeinderat Mag. Burian hat ihm gegenüber bestätigt, daß immer davon gesprochen wurde, daß vor der Budgetsitzung eine derartige Gemeinderatssitzung nicht stattfinden würde. Plötzlich ging alles sehr schnell. Man hat den anderen Fraktionen nicht signalisiert, daß man in dieser Frage Gespräche führen wird. Diese an den Tag gelegte Dynamik stimmt ihn nachdenklich. Welche Beweggründe haben dazu geführt, daß man nun bis zum Jahresende alles abgeschlossen haben will? Um eine bessere Verhandlungsposition innerhalb der Gemeinde zu haben, hätte man sich länger Zeit lassen können. Er hat das Gefühl, daß man die Verhandlungen bis zum Jahresende hinausgezögert hat und daß man dann die internen Fristen auch noch verkürzt hat. Diesen Eindruck haben seine und anscheinend auch andere Fraktionen.

Stadtrat Ladstätter möchte das Stimmungsbild wiedergeben, daß sich den Fraktionen in den letzten Tagen und Wochen geboten hat. In einer der letzten Stadtsenatsitzungen wurde die Frage gestellt, wann die Gemeinderatssitzung in Sachen Kelag stattfinden wird. Die Auskunft war, daß diese Sitzung sicherlich nicht vor dem 15. Dezember stattfinden wird. Es wurde erklärt, daß mit

den anderen Fraktionen gesprochen worden sei. Er möchte dazu festhalten, daß es seitens des Bürgermeisters keine Gespräche mit den Fraktionen gegeben hat. Es wird nun so dargestellt, als hätte es am 21.10. eine Besprechung mit allen Fraktionsobmännern gegeben, bei der auch ein Gutachten präsentiert worden ist. Es ist dort zu keinem Gespräch gekommen. Am 27.10. hat die Schweizer Bankgesellschaft den Wert der Kelag präsentiert. Auch hier kann man nicht davon sprechen, daß es sich dabei um ein Parteiengespräch gehandelt hat. An diesem Termin haben die Fraktionen die Unterlagen bekommen, die sie dann erst prüfen ließen. Es ist heute sehr viel diskutiert worden. Seit mindestens zwei Stunden wurde nicht mehr über die Kelag gesprochen. Es wurden alle Dinge hervorgeholt, die man sich gegenseitig vorwirft. Vielleicht ist es gut, daß sich nun jeder ein bißchen freigesprochen hat und daß es dann vielleicht wieder etwas sachlicher zugeht. Er persönlich schätzt die Situation ganz realistisch ein und kommt noch einmal auf die Frist zu sprechen, die die Syndikatsgemeinden untereinander vereinbart haben. Die Syndikatsgemeinden müssen bis zum 20.11.1994 die Beschlüsse über die Bühne bringen. Von diesen Fristen wurden die Fraktionsobmänner nicht informiert.

Er steht auch nicht an hier festzuhalten, daß der Bürgermeister taktisch sehr geschickt vorgegangen ist, da dieser den Termin gekannt hat. Er findet sich eigentlich mit der Tatsache ab, daß es heute zu der Beschlußfassung kommt. Das Stimmverhalten der FPÖ-Fraktion ist bekannt. Er scheut sich auch nicht vor einer namentlichen Abstimmung, sondern begrüßt dies sogar. Er ist davon überzeugt, daß die Stadt Villach mit dem Verkauf ein Vermögen aus der Hand gibt, das sie nie wieder beschaffen kann. Er kann sich auch den Argumenten der Villacher Grünen anschließen, wonach man die Wasserkraft nicht verkaufen sollte. Auch mit der Möglichkeit von Stadtwerken kann

er sich anfreunden, da man derzeit wieder zu kleineren Einheiten zurückkommt. Er ist der Meinung, daß die Stadt Villach eine Chance für die nächsten Jahre vertan hat. Genauso, wie man nun in den Gemeinderatsprotokollen von 1952 nachlesen kann, daß die Fraktionsobleute ihre Stimmen erhoben haben, wird man vielleicht in einigen Jahren nachlesen, was die Mitglieder des Gemeinderates heute gesagt haben.

Den Beschluß der Landesregierung und des Landtages hat der Bürgermeister dieser Stadt geschickt aufgenommen und hat in den letzten 15 Monaten den Wert der Kelagaktien für die Syndikatsgemeinden erarbeitet. Nach Rücksprache mit den Beratern der FPÖ-Fraktion ist er zu dem Schluß gekommen, daß diese Bewertung zu nieder ausgefallen ist. Er muß sich heute mit der Tatsache abfinden, daß es zu einer demokratischen Abstimmung kommt. Die sozialistische Stadtregierung wird den Verkauf dieser Aktien zu verantworten haben.

Bürgermeister Manzenreiter führt aus, daß allein die Tatsache, daß die Stadt Spittal erst am 23. und die Stadt Wolfsberg am 27. den Beschluß fassen werden, zeigt, daß es nie eine Vereinbarung gegeben hat, die Beschlüsse bis 20. über die Bühne zu bringen. Was die Bürgermeister aller Städte - es sind nicht nur Sozialdemokraten - bewegt hat, war, daß in der letzten Regierungssitzung wieder Versuche unternommen wurden, zum Schaden der Städte Einfluß zu nehmen. Man ist sehr nachdenklich geworden, als in der letzten Regierungssitzung von FPÖ-Seite ein weiteres Mal versucht wurde, zum Schaden der Städte Anträge zu stellen und diese auch beschließen zu lassen. Man sollte in dieser Situation nicht vergessen, daß im gesamten Strombereich Österreichs die Städte als Verhandler das kleinste Rädchen waren, denn diese haben eine Minderheitsbeteiligung von 32 % an einem Unternehmen in Händen

gehabt, das derzeit keine Dividende abwirft. Es hatte der Mehrheitseigentümer eine klare Beschlußfassung, 49 % zu verkaufen. Es ist nicht so, daß die Städte in dieser Frage von sich aus aktiv geworden sind, sondern sie haben einen für sie nachteiligen Beschluß umgewandelt in einen für sie zum Vorteil gereichenden. Warum hat es das in den letzten Jahren nicht gegeben? Bis 1987 war es nicht möglich, einen Käufer zu bekommen, weil nur an österreichische Gebietskörperschaften verkauft werden konnte. 1987 ist das Zweite Verstaatlichungsgesetz geändert worden und es war plötzlich auch ein Käufermarkt im Ausland zu erreichen. Er war damals kurz Bürgermeister und ist mit der Kelag und dem Mehrheitseigentümer in Verbindung getreten. Man hat den Städten damals gesagt, daß sie stillhalten sollen, denn die Kelag werde börsereif gemacht und dann bestehe für sie die Möglichkeit, entweder zu verkaufen oder Dividende zu bekommen. 1989 haben sich die politischen Verhältnisse im Land geändert und seit 1989 gab es eine Kelagpolitik, die auf eine Vernichtung der Kelag ausgerichtet war. Seit 1989 gibt es auch eine Politik, die mit den Städten in Konfrontation ist. Man mußte aus den Zeitungen von diesem Beschluß erfahren. Es ist nun ein unzulässiger Versuch, diesen Beschluß ebenfalls dem Villacher Bürgermeister in der Frage des Klimas "umzuhängen". Das wird sicherlich nicht gelingen. Die Geschichte ist in den letzten 15 Monaten bereits in der Öffentlichkeit geschrieben worden.

Nun zur Frage der Schuldenpolitik. Man entdeckt nun plötzlich das, was schon lange bekannt war - nämlich, daß in Villach seit vielen Jahren eine Budgetpolitik der Konsolidierung durchgeführt wird. Die Stadt Villach wird daher als eine der wenigen Städte Österreichs - alle anderen haben Katastrophenstimmung - nächste Woche ein gutes Budget beschließen können. Das Land Kärnten hat in der Zeit ab 1989 - nachdem man vorher durch viele Jahre zu einem der besten Länder geworden ist, was die Verschul-

dung betrifft, und Schuldenabbau betrieben hat - in den ersten zwei Jahren nach der Wahl die Budgets des Finanzreferenten so verändert, daß sie zu einer Schuldenexplosion führten. Es war nicht nur eine Schuldenexplosion für Investitionen, sondern auch für nachhaltige weitere Schuldenentwicklungen. Das ist auch der Unterschied zwischen der Stadt Villach und anderen. Es wurde in den letzten Jahren in Villach eine Budgetpolitik betrieben, die die Stadt Villach heute in die Lage versetzt, von konsolidierten und guten Verhältnissen auszugehen.

Es möchte Gemeinderat Mag. Burian in einer Frage dialektisch eine Antwort zu geben. Dieser hat die Meinung vertreten, daß der Streit zwischen ÖVP-FPÖ einerseits und SPÖ andererseits im Land Kärnten daran schuld ist, daß es nun zu diesem Beschluß kommt. Am 8. Juli und auch danach hat es eine klare Positionierung gegeben. ÖVP und FPÖ waren im Land für den Verkauf und die SPÖ war gegen den Verkauf. Wären die ÖVP und die FPÖ damals nicht diesen Weg gegangen und wären sie der SPÖ gefolgt, dann würde die heutige Sitzung nicht stattfinden, sondern man hätte vielleicht die Möglichkeit, Verhandlungen über eine Dividende oder andere Möglichkeiten zu führen. Der Landeshauptmann von Kärnten war damals Dr. Zernatto. Dieser hat alle Beteiligten - alle drei Landtagsparteien, den Villacher Bürgermeister als Vertreter der Syndikatsstädte, die Kelag und die Klagenfurter Stadtwerke - auf einen Tisch gebracht. Es ist dem Landeshauptmann in zwei Stunden gelungen, ein relativ gutes Ergebnis in der Form zu erreichen, daß man miteinander sprechen konnte. Er weiß nicht, ob die Mitglieder des Gemeinderates dann das Interview des damals geschäftsführenden Parteibosses der FPÖ, Vizebürgermeister Gaugg, gehört haben, daß anschließend an diese Besprechung geführt wurde. Es waren Schimpforgien und Beleidigungen gegen die Städte und es war eine neuerliche Kampfansage gegen die Städte. Es hat Versuche von allen

Seiten gegeben, wieder eine Gesprächsbasis herbeizuführen, aber diese Versuche sind nicht von den Städten zerstört worden, sondern diese Versuche sind von einer Partei, nämlich der Freiheitlichen Partei dieses Landes, zerstört worden. Es hat auch in der weiteren Zeit keine vertrauensbildenden Maßnahmen gegeben, die irgendetwas verändert haben.

Es ist heute ein paar Mal gesagt worden, man sollte verkaufen, aber nicht alles verkaufen. Im Aktiengesetz gibt es ein paar marginale Größen: 100 % Besitz für das ganze Unternehmen, mit 51 % kann man sehr viel allein entscheiden, mit 25 % und etwas mehr hat man Verhinderungsrechte. Es wird immer davon gesprochen, daß die Stadt Villach bei der Kelag mitreden konnte. Sperrminorität bedeutet ausschließlich Verhinderungsrechte und nicht Gestaltungsrechte. Mit 5 % hat man die Berechtigung, Anträge zu stellen. Wenn die Stadt Villach nun einen Teil verkauft, würde sie auf dem anderen Teil sitzen bleiben und sich auch der geringen Rechte, die sie hat - der Verhinderungsrechte durch die Sperrminorität -, begeben. Es wird in Zukunft in Österreich auch darüber diskutiert werden, ob mehr als 51 % an den Energieversorgungsunternehmen, die Gebietskörperschaften gehören, verkauft werden können und auch ins Ausland verkauft werden können. Der Verbund hat 49 % verkauft, das von der Österreichischen Volkspartei zumindest etwas beeinflusste Niederösterreich hat bereits 49 % an der EVN privatisiert und auch das Burgenland hat dies getan. Er ist der Meinung, daß man diesen Weg bis 49 % gehen kann. Er wäre ein entschiedener Gegner dessen, dies über 49 % hinaus zu tun. Tatsache ist aber, daß Landeshauptmann Dr. Zernatto bei der Diskussion der Kleinen Zeitung am Mittwoch festgestellt hat, man sollte früher oder später einmal darüber nachdenken dürfen, über 49 % - also die Mehrheit - an Energieversorgungsunternehmen zu verkaufen. Innerhalb der EU geht man den Weg,

daß die Leitungsrechte öffentlich bleiben müssen, damit jeder transportieren kann, daß aber die Produktion und der Handel mit Strom auch privat möglich sein sollte, um Konkurrenz zuzulassen. Er persönlich ist der Meinung, daß Kärnten trotzdem bei 51 % Mehrheit als Eigentümer bleiben sollte. Es wird heute die Finanzreferentin beauftragt, dem Gemeinderat Konzepte vorzulegen. Auch das wird wieder mit guter fachlicher Begleitung geschehen. Der Gemeinderat beschließt heute den Ausstieg aus einer Beteiligung, mit der man in den letzten Jahren seitens des Mehrheitseigentümers nicht sehr sorgsam umgegangen ist. Die Stadt Villach versucht auch, den Wünschen des Rechnungshofes betreffend diese Beteiligung zu entsprechen und aus der Beteiligung etwas zu lukrieren. Der Ausstieg aus dem Unternehmen hat dazu geführt, daß in vielen strategischen Spielen immer wieder die Frage gestellt wurde, ob das Risiko, die Beteiligung zu behalten, größer ist, als das Risiko, die Beteiligung zu verkaufen.

Es hat in diesen 15 Monaten viele Gespräche gegeben. Eines davon war die Frage an das Land, ob man sich nicht vorstellen könnte, der Stadt Villach eine Garantiedividende zu geben. In diesem Fall hätten die Syndikatsstädte die Verhandlungen abgebrochen. Wenn es nicht möglich ist, daß das Land sich zu einer Unternehmenspolitik und Unternehmenskultur bekennt, bei der auch Dividende gezahlt werden kann, dann sind die Befürchtungen der Städte sehrwohl begründet. Die Städte haben keine Garantien bekommen. Im Sommer fand ein Gespräch mit dem Vertreter des Landes statt, bei dem festgehalten wurde, daß man in der Frage des Verkaufs einen gemeinsamen Weg gehen sollte. Das Land Kärnten hat lange Zeit die Meinung vertreten, daß ein Börsengang vorzubereiten wäre. Im Sommer ist in der Kärntner Landespolitik ein Wandel im Denken erfolgt und es hat sich die Position des Landes jener der Städte angenähert. Man war nun der Meinung, daß für das Unternehmen Ke-

lag eine Finanzbeteiligung über die Börse an und für sich nicht das beste wäre, sondern daß es viel besser wäre, den Markt auszuloten und neben einem finanziellen Ertrag auch noch eine strategische Frage mitlösen zu können. Das ist nun ebenfalls ins Rollen gekommen. Die Anerkennung der Position der Städte hat diese ab dem Sommer zu einem gleichberechtigten Partner gemacht. Er hat diesbezüglich ein großes Harmoniebedürfnis. Wenn jedoch das Harmoniebedürfnis mit einem Verhandlungspartner zu Lasten der Stadt Villach geht, hätte er sich zu Recht Vorwürfe machen können, daß das in dieser Form nicht zulässig ist.

Er möchte nun zur Frage der Stadtwerke Stellung beziehen. Er möchte nicht auf alle Aussagen eingehen, da dies wieder vieler Richtigstellungen bedürfte. Im Grunde genommen zählen Taten und nicht Worte und zählen auch Einschätzungen. Es gibt im Land Kärnten einen Beschluß aller drei Landtagsparteien, mit Klagenfurt nach Auslaufen der Stromverträge in Kürze Gespräche aufzunehmen, um am Stromsektor die Sonderstellung Klagenfurts einzuschränken. Es sind eigene Arbeitskreise gegründet worden, an denen Vertreter der ÖDK, der Kelag und der Klagenfurter Stadtwerke teilnehmen. Wenn man davon ausgeht, daß die Stadtwerke Klagenfurt in ihrer Existenz aus ihrem Privilegienbereich herausgeholt werden sollen - zum Wohle des gesamten Landes Kärnten -, dann ist es eine realpolitische Einschätzung, daß die Chance Villachs, eigene Stadtwerke zu gründen, eine relativ geringe ist. In einer Zeit, in der man schwierige Verhandlungen führt, gehört es auch dazu, den Weg weiterzuverfolgen, der chancenreich ist, und nicht den, der in die Irre führt. Es war am Mittwoch der Landeshauptmann auch nicht bereit, in dieser Frage etwas zu sagen. Am Landeshauptmann und am Landtag würde es liegen, diese Frage zu entscheiden.

Stadtrat Pacher hat die SPÖ als Kapitalistenpartei und die ÖVP als Marktwirtschaftspartei bezeichnet. Die Kelag hat Leistungen erbracht; Das muß sie für die Villacher auch tun. Auch wenn der Gemeinderat heute den Verkaufsbeschluß faßt, gehört die Kelag noch immer den Villachern, da sie allen Landesbürgern gehört. Die Villacher waren zweimal beteiligt. Es ist nicht so, daß die Stadt Villach nun plötzlich von der Stromversorgung durch die Kelag ausgeschlossen ist und eigene Stadtwerke braucht. Die Villacher Bürger sind auch Kärntner Bürger und können damit alle Leistungen, die die Kelag für dieses Land zu erbringen hat, auch für sich in Anspruch nehmen. Die Villacher Bürger waren jedoch zweimal Eigentümer und haben nur einmal daraus Vorteile gezogen.

Die Mitarbeiterbindung an der Kelag wurde bereits erwähnt. Wenn er die Aussagen einiger Personen betreffend die Kelagmitarbeiter in der Vergangenheit ansieht, dann scheint es doch etwas problematisch zu sein, wenn man heute plötzlich die Kelagmitarbeiter entdeckt.

Herr Tschemernjak war von Beginn an für den Verkauf. Er persönlich weiß, daß Herr Tschemernjak dies auch Stadtrat Pacher mitgeteilt hat. Es wurde vorhin festgestellt, Herr Tschemernjak habe über Druck gesprochen, den man fürchten muß. Herr Tschemernjak hat festgehalten, daß von denen, die er befragt hat, eine große Anzahl für den Verkauf war. Herr Tschemernjak hat erklärt, daß auch er dafür ist und daß er hofft, daß er dadurch keinem Druck ausgesetzt wird. Wenn Herr Tschemernjak dafür ist und auch die SPÖ dafür ist - von welcher Seite soll Herr Tschemernjak dann unter Druck gesetzt werden? Derartige Aussagen umzudrehen, hält er für relativ problematisch.

Mit dem Beschluß vom 8. Juli des vergangenen Jahres wurde durch den Kärntner Landtag - oder eine Mehrheit im Kärntner Landtag - eine Lawine losgetreten. Der, der sie losgetreten hat, war heute nur seitens der SPÖ-Fraktion negativ im Gespräch. Der Schifahrer - und als dieser hat er sich in den letzten 15 Monaten gefühlt -, der in dieser Lawine beinahe mit seiner Stadt umgekommen wäre, der aber dann noch herausgefahren ist zu einer Situation, in der man nun die Möglichkeit hat, in einer Hütte Platz zu nehmen und es sich vielleicht in Zukunft etwas wärmer zu machen, steht von vielen Kreisen dieses Gemeinderates heute für eine erfolgreiche Arbeit am Pranger. Die Stadt Villach ist aus dieser Lawine herausgefahren - hin zu einer rettenden Hütte. Wenn es jetzt in der Hütte mit allen Villacherinnen und Villachern etwas wärmer wird, dann soll es allen recht sein. Die Mitglieder des Gemeinderates sind bei der Abstimmung herzlich eingeladen, mit in dieser Hütte zu sitzen.

Bez. 2

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher stellt fest, daß einige Anträge zur Geschäftsbehandlung vorliegen, die vor dem Hauptantrag zu erledigen sind. Sie hat mit Gemeinderat Mag. Burian zwischenzeitlich geklärt, daß einer seiner Anträge zur Geschäftsbehandlung sich mit der Diskussion und Abstimmung zum Punkt Tagesordnung erübrigt hat. Sie läßt diesen Antrag zur Geschäftsordnung daher jetzt beiseite. Es liegen zwei weitere mündliche Anträge zur Geschäftsbehandlung vor. Das erste ist ein mündlicher Antrag des Gemeinderat Mag. Burian betreffend eine geheime Abstimmung. Dazu möchte sie feststellen, daß das laut der Geschäftsordnung nicht möglich ist, da die Geschäftsordnung klar festhält, daß in allen Fragen, die in irgendeiner Form Amtshaftung für Organe nach sich ziehen könnten, eine geheime Abstimmung nicht zulässig ist. Die geheime Abstimmung ist nach Rückfrage bei Herrn Magistratsdirektor in dieser Frage nicht zulässig.

Ein zweiter mündlicher Antrag wurde von Bürgermeister Manzenreiter gestellt. Es ist dies ein Antrag auf namentliche Abstimmung.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

dem Antrag auf namentliche Abstimmung die Zustimmung zu erteilen.

Gemeinderat Schlosser meldet sich zur Geschäftsordnung und stellt fest, daß im Gemeinderat bereits einmal geheim abgestimmt wurde, und zwar in der Frage der Olympiade.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher ersucht Gemeinderat Schlosser, das Villacher Stadtrecht und die Geschäftsordnung für den Gemeinderat genau zu lesen. Gemeinderat Schlosser wird darin den Passus finden, daß in der Frage Olympia diese Form der Amtshaftung nicht zur Diskussion gestanden ist. In der heutigen Gemeinderatssitzung, in der es um ein großes Vermögen geht, das der Gemeinderat treuhänderisch für die Bürger mit diesem Beschluß konkret verwaltet, ist die Frage der Amtshaftung nicht auszuschließen und deshalb ist eine geheime Abstimmung unzulässig.

Stadtrat Ladstätter meldet sich zur Geschäftsordnung und bittet den Magistratsdirektor, die Sachlage aus dessen Sicht als Beamter aufzuklären.

MD Dr. Kathollnig informiert, daß sich die Aussage von Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher deutlich aus der Bestimmung des § 16 Abs. 5 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat ergibt, wonach bei vermögensrechtlichen Entscheidungen bei einer nachprüfbaren Kontrolle zur allfälligen Feststellung einer Verantwortung transparent sein muß, wer für oder gegen einen Antrag gestimmt hat.

Gemeinderat Ing. Andronik meldet sich zur Geschäftsordnung und ersucht um Vorlesung der drei Punkte, über die abgestimmt werden soll.

Bürgermeister Manzenreiter hält fest, daß er bei der Verlesung des Antrages zu Beginn der Sitzung den Antrag gestellt hat, dem Verkauf zuzustimmen.

Der Gemeinderat faßt sodann

durch namentliche Abstimmung wie folgt:

Bürgermeister Helmut Manzenreiter	JA
1. Vizebürgermeisterin Mag. Monika Kohl-Kircher	JA
GR Harald Sobe	JA
Stadtrat Walter Ladstätter	NEIN
Stadtrat Franz Pacher	NEIN
Stadtrat Richard Pfeiler	JA
Stadtrat Dieter Haslinger	JA
Stadtrat Ing. Gerd Klamt	NEIN
Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe	NEIN
GR Prof. Mag. Werner Raup	JA
GR Wolfgang Bertel	JA

GR Paul Terwul	JA
GR Kurt Schneider	JA
GR Lorenz Samnitz	JA
GR Hilde Schaumberger	JA
GR Gerhard Kofler	JA
GR Adolf Kopeinig	JA
GR Arch. Ing. Horst Eder	JA
GR Helmut Treiber	JA
GR Ing. Karl Woschitz	JA
GR Direktor Helmut Raup	JA
GR Dir. Mag. Dr. Josef Koschitz	JA
GR Günther Stastny	JA
GR Mag. Heinz Maurer	JA
GR Gertrude Vais	JA
GR Ludwig Oitzinger	JA
GR Monika Obergantschnig	JA
GR Rudolf Unterköfler	JA
GR Johann Ebner	NEIN
GR Waltraud Rettl	NEIN
GR LAbg. Sigrid Steinkellner	NEIN
GR Ing. Siegfried Andronik	NEIN
GR Roland Zellot	NEIN
GR Major Otto Skedl	NEIN
GR Herwig Zussner	NEIN
GR Eleonore Schmoliner	NEIN
GR Dr. Josef Löberbauer	NEIN
GR Kom.-Rat Dkfm. Dr. Gerhard Ertl	NEIN
GR Friederike Lausegger	NEIN
GR Dipl.-Ing. Andreas Kubec	NEIN
GR Heimo Schlosser	NEIN
GR Günter Malle	NEIN
GR Mag. Herwig Burian	NEIN
GR Mag. Hans Haider	NEIN
GR Josef Spitzer	JA

somit mit 25 "Ja"- gegen 20 "Nein"-Stimmen,
also mehrheitlich, folgenden

B e s c h l u ß :

- 1.) Die Stadt Villach stimmt dem Verkauf von 39.991 Aktien mit einem Kaufpreis von S 36.150,-- je Aktie, daher insgesamt S 1.445.674.650,--, gemäß den Bedingungen des beigeschlossenen Vertrages an die Österreichische Elektrizitätswirtschafts AG (Verbundgesellschaft) oder an eine Gesellschaft, an der die Verbundgesellschaft zu 100 % beteiligt ist, zu.
- 2.) Die mit 1.1.1995 einlangenden Mittel sind einer bestmöglichen Zwischenveranlagung zuzuführen und eine Ausschreibung über eine langfristige Veranlagung durch das Finanzreferat durchzuführen.
- 3.) Sollte der Kaufvertrag wider Erwarten vom Aufsichtsrat der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts Aktiengesellschaft nicht genehmigt und in der Folge nicht bis zum 15.12.1994 vom Käufer rechtswirksam unterfertigt werden, so wird der Bürgermeister beauftragt und ermächtigt, unverzüglich Verkaufsverhandlungen mit der Bayernwerke AG, München, aufzunehmen und alles zu unternehmen, um in diesem Zusammenhang die Interessen der Stadt bestmöglich zu wahren.

Die SPÖ-Mandatare gratulieren Bürgermeister Manzenreiter zum erfolgreichen Verhandlungsergebnis, indem sie diesem rote Rosen überreichen.

Pkt. 3.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher stellt fest, daß fünf Dringlichkeitsanträge vorliegen, die inhaltlich in zwei Blöcke gegliedert werden können. Es liegen zwei Anträge betreffend eine Volksbefragung vor und es gibt drei Anträge, die sich mit der Gründung von Villacher Stadtwerken beschäftigen. Es ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit zur Zuerkennung der Dringlichkeit notwendig.

- a) Dringlichkeitsantrag der ÖVP- und der VIG-Fraktion; Volksbefragung betreffend Kelag-Anteile

folg. 3

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher bringt den Dringlichkeitsantrag der ÖVP- und VIG-Fraktion vom 18.11.1994 zur Kenntnis.

Stadtrat Pacher führt aus, daß zur Frage einer Volksbefragung noch relativ wenig gesprochen worden ist. Wenn der größte Stadtbesitz der Stadt Villach veräußert wird, dann sollte der Bürger dazu befragt werden. Es gibt einen Passus im Villacher Stadtrecht, wo unterschieden wird zwischen beweglichem und unbeweglichem Vermögen. Für die Veräußerung von unbeweglichem Vermögen der Stadt Villach ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig. Er will damit jedoch nicht sagen, daß es sich bei den Kelag-Anteilen um unbewegliches Vermögen handelt. Rechtlich ist es so, daß Aktienkapital zum beweglichen Vermögen zählt. Es ist dies jedoch auch eine Frage des Gefühls. Als Politiker hat man nicht nur über Recht und Unrecht zu entscheiden, sondern es gibt Dinge, bei denen man vom Gefühl her entscheiden muß. Vom Besitzstand her, von der Wichtigkeit für die Stadt her, würde er dieses Vermögen sogar als unbewegliches Vermögen bezeichnen. Es ist dies

ein Vermögen, daß man nicht so einfach verkaufen kann. Es würde sich daher die Frage stellen, ob man diesen Beschluß nicht mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit fassen müßte. Die Entscheidung war knapp. 20 der 45 Gemeinderäte haben Bedenken gegen den Verkauf. 25 Gemeinderäte sind für den Verkauf. Dieser Gemeinderat wurde vor beinahe vier Jahren gewählt. In der Zwischenzeit hat sich einiges getan. Die Dinge haben sich verschoben. Er ist daher der Meinung, daß es heute eine ausgesprochen kritische Entscheidung war.

Er ist der Meinung, daß man den Villacher Bürger dazu befragen sollte. Der Bürgermeister kann sich nicht darauf ausreden, daß man zeitlich unter Druck steht. Der Bürgermeister hätte sich der Wichtigkeit bewußt sein müssen und hätte entweder schneller verhandeln oder den Zeitraum so festlegen müssen, daß für eine Volksbefragung noch Zeit geblieben wäre. Es ist die Volksbefragung ein wichtiges demokratisches Element. Es handelt sich bei dem Beschluß um die Umwandlung von materiellem Vermögen in Geld. Die ÖVP-Fraktion sieht den Anteil von 25 % an der Kärntner Landesgesellschaft als einen sehr wichtigen Teil eines materiellen Vermögens. Aus diesem Grund wurde der Antrag gestellt, über die Veräußerung des Vermögens eine Volksbefragung durchzuführen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte den Passus aus dem Villacher Stadtrecht, auf den sich Stadtrat Pacher bezogen hat, vorlesen. "§ 90 Abs. 3: Für einen Beschluß, mit dem unbewegliches Vermögen veräußert oder belastet wird, ist die Anwesenheit von mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Gemeinderates erforderlich, sofern der Wert dieses Vermögens eine Million übersteigt." Es ist hier nicht die Rede von einer Zwei-Drittel-Zustimmung. Das sind die kleinen Feinheiten, die

aber einen großen Unterschied bedeuten. Es ist ausschließlich die Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Villacher Gemeinderates erforderlich.

Stadtrat Ladstätter führt aus, daß ein Kraftwerk oder ein Leitungsmast unbewegliches Gut wäre. Die Aktien sind jedoch das bewegliche Gut. Für ihn war diese persönliche Abstimmung heute im Gemeinderat ein ganz wichtiges Signal in die Richtung, daß man eindeutig sieht, daß es hier in dieser Stadt in gewissen Sachfragen eine geschlossene Front gibt. Die FPÖ-Fraktion hat ihre Bedenken klar geäußert. Der Gemeinderat wird später auch noch über die Stadtwerke sprechen. Auch diese Stadtwerke finden die Zustimmung der FPÖ-Fraktion, da sie der Meinung ist, daß man den Erlös aus dem Verkauf der Kelag-Anteile wieder irgendwo anlegen müßte. Am besten legt man in Energie an. Die beiden Gemeinderäte Mag. Burian und Mag. Haider haben sehr viel Arbeit und Geist investiert. Allein das Kraftwerk Schütt im Besitz einer Stadt wäre ein energiepolitisches Faustpfand. Diese Chance sollte man aus Villacher Sicht nicht vertun. Man sollte kleinere Einheiten schaffen - Stadtwerke mit Gas, mit Wasser und mit Strom.

Nun zum Dringlichkeitsantrag betreffend eine Gemeindevolksbefragung. Die Mitglieder der FPÖ-Fraktion hatten in der letzten Zeit mit sehr vielen Bürgern Kontakt. Er ist der Meinung, daß es sehr wichtig und eine demokratiepolitisch entscheidende Maßnahme wäre, die Villacher Bevölkerung in diesen Meinungsbildungsprozeß miteinzuschalten, denn besonders die letzte Woche hat gezeigt, daß die Villacher Bevölkerung in vielen Dingen einseitig informiert wurde. Er denkt dabei nur an das Mitteilungsblatt der Stadt Villach. Wenn man unterwegs ist, kann man feststellen, daß die Stimmung für den Verkauf der Kelag-Aktien nicht gut ist.

Dr. Dringlichkeit Stadtrat Pacher meldet sich zur Geschäftsordnung und zitiert den § 18 Pkt. 6.): "Veräußerung oder Belastung von unbeweglichem Vermögen. Sofern der Wert dieses Vermögens S 1 Mio. übersteigt, ist nach § 18 eine qualifizierte Beschlußfassung notwendig."

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimme der VLT-Fraktion),

dem Antrag der ÖVP- und der VIG-Fraktion die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der
FPÖ-, ÖVP- und der VIG-Fraktion),

den Antrag der ÖVP- und der VIG-Fraktion, vor Verkauf der Kelag-Anteile der Stadt Villach an die Verbundgesellschaft oder andere Interessenten eine Volksbefragung nach §§ 57, 58 und 59 des Villacher Stadtrechtes durchzuführen, abzu-
lehnen.

- b) Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion
betreffend Volksbefragung zum Verkauf
der Kelag-Anteile

Blg. 4

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
bringt den Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion vom
19.11.1994 zur Kenntnis.

Stadtrat Ing. Klamt ist der Meinung, daß
der Beschluß über den Verkauf der Kelag-Anteile für die
Zukunft dieser Stadt entscheidend sein wird. Diese wichti-
ge Weichenstellung kann nicht alleine von einigen Politi-
kern getroffen werden. Es müssen die Bürger miteingebunden
werden. In diesem Sinne ersucht er, dem Antrag die Dring-
lichkeit zuzuerkennen.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

dem Antrag der FPÖ-Fraktion die Dringlichkeit zuzuer-
kennen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der
FPÖ-, ÖVP- und der VIG-Fraktion),

den Antrag der FPÖ-Fraktion, vor Verkauf der Kelag-Anteile der Stadt Villach an die Verbundgesellschaft oder andere Interessenten eine Volksbefragung nach §§ 57, 58 und 59 des Villacher Stadtrechtes durchzuführen, abzulehnen.

c) Dringlichkeitsantrag der ÖVP- und
der VIG-Fraktion betreffend Grün-
dung von Villacher Stadtwerken

folg. 5

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
bringt den Dringlichkeitsantrag der ÖVP- und VIG-Fraktion vom 17.11.1994 zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

e i n s t i m m i g ,

dem Antrag der ÖVP- und der VIG-Fraktion die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher macht darauf aufmerksam, daß der Satz "die Villacher Kelag-Anteile auszusondern zur Gründung eigener Stadtwerke" durch den vorhergehenden Beschluß, den die Mehrheit des Gemeinderates gefaßt hat, de facto nicht durchführbar ist. Es ist eine Zustimmung zu diesem Antrag aufgrund der bisher gefaßten Beschlüsse des Villacher Gemeinderates eigentlich nicht möglich.

Stadtrat Pacher bittet um eine Aufklärung durch den Magistratsdirektor, ob es rechtlich nicht so ist, daß es sich um einen Gemeinderatsbeschluß handelt, wenn nun beschlossen wird, daß die Kelag-Anteile ausgesondert werden sollen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher ist der Meinung, daß dieser Beschluß inhaltlich wenig Sinn ergeben würde, da der Gemeinderat beschlossen hat, die Anteile zu verkaufen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der
FPÖ-, ÖVP- und der VIG-Fraktion),

folgenden Antrag der ÖVP- und der VIG-Fraktion abzulehnen:

"Im Zusammenhang mit der Absicht des Landes, einen Teil der Kelag-Anteile zu verkaufen, sollen umgehend mit dem Land Verhandlungen aufgenommen werden, den Villacher Kelag-Anteil so auszusondern, daß die Gründung eigener Stadtwerke für die Bereiche Stromversorgung, Gasversorgung, Fernwärme und sonstiger geeigneter Betriebszweige ermöglicht werden.

Mit diesem Schritt sollen die seinerzeit in die Kelag eingebrachten Stadtwerke neu gegründet werden und die energiepolitische Versorgung der Stadt Villach in die Entscheidung der Villacher Bürger rückgeführt werden.

Damit könnte langfristig ein energiewirtschaftlich und ökologisch eigenständiger Weg Villachs gesichert werden."

d) Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion
betreffend Gründung von Villacher
Stadtwerken

Blg. 6 Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
bringt den Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion vom
19.11.1994 zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit (gegen die Stimme der VLT-Fraktion),

dem Antrag der FPÖ-Fraktion die Dringlichkeit zuzuerkennen.

g) Dring Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

Fraktionen: FPÖ, ÖVP, SPÖ, VIG

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der
FPÖ-, ÖVP- und der VIG-Fraktion),

folgenden Antrag der FPÖ-Fraktion abzulehnen:

"Im Zusammenhang mit der Absicht des Landes, einen Teil der Kelag-Anteile zu verkaufen, sollen umgehend mit dem Land Verhandlungen aufgenommen werden, den Villacher Kelag-Anteil so auszusondern, daß die Gründung eigener Stadtwerke für die Bereiche Stromversorgung, Gasversorgung, Fernwärme und sonstiger geeigneter Betriebszweige ermöglicht werden.

Mit diesem Schritt sollen die seinerzeit in die Kelag eingebrachten Stadtwerke neu gegründet werden und die energiepolitische Versorgung der Stadt Villach in die Entscheidung der Villacher Bürger rückgeführt werden.

Damit könnte langfristig ein energiewirtschaftlich und ökologisch eigenständiger Weg Villachs gesichert werden."

- e) Dringlichkeitsantrag der ÖVP- und der VIG-Fraktion; Gründung von Villacher Energiebetrieben
-

folg. 7

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher bringt den Dringlichkeitsantrag der ÖVP- und VIG-Fraktion vom 19.11.1994 zur Kenntnis.

Gemeinderat Mag. Burian hat die Hoffnung, daß es möglich ist, einen Konsens zu finden. Es sind jetzt bereits drei Fraktionen der Meinung, daß Stadtwerke ein sinnvoller Schritt wären. Der Bürgermeister hat schon bei der Diskussion am Mittwoch erklärt, daß er diese Maßnahme prinzipiell begrüßen würde, daß er aber die Chancen für eine Realisierung auf dem Stromsektor für nicht allzu groß hält. Der vorliegende Antrag wurde so formuliert, daß ein Konsens möglich ist. Es ist darin nichts über den Verkauf der Kelag-Anteile festgehalten. Er ist der Meinung, daß man an dem Projekt "Stadtwerke auf dem Energiesektor" trotz des nun beschlossenen Kelag-Verkaufs arbeiten kann. So ist der Antrag auch formuliert. Es gibt einige Kräfte in der SPÖ-Fraktion, die die Meinung vertreten, es gäbe Schwierigkeiten finanzieller Natur. Er vertritt jedoch die Meinung, daß es angesichts des Treibhauseffekts und angesichts von Tschernobyl gleichgültig ist, ob der Strom um 10 Groschen teurer ist oder nicht. Das sollte nicht das entscheidende sein. Die Strompreisdiskussion läuft ohnehin in die falsche Richtung. Dazu will er jetzt jedoch nichts sagen. Es wäre dies ein eigener Punkt.

Er ist der Meinung, daß man eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben könnte, bei der geprüft werden soll, unter welchen Bedingungen Stadtwerke sinnvoll wären und ob sie sich realisieren lassen. Er hat mit vielen Leuten über dieses Problem gesprochen. Er hat mit dem Direktor der Stadtwerke Linz, mit dem Direktor der

Stadtwerke Salzburg und mit dem Energiebeauftragten von Graz gesprochen. Er hat mit der Energieverwertungsagentur und mit vielen Leuten in Deutschland gesprochen. Alle, die über den Bereich der Energiepolitik, wie sie derzeit in Diskussion ist, Bescheid wissen, sagen eigentlich, daß es in diese Richtung gehen sollte. Es kann sicherlich Realisierungsschwierigkeiten geben; es ist das kein einfaches Projekt. Es müßte einen breiten Konsens geben, um an einem solchen Projekt arbeiten zu können. Es ist das jedoch ein Projekt, das sich lohnt und das Zukunft hat. Man sollte es versuchen. Der Antrag ist auf einer relativ allgemeinen Basis formuliert. Es würde sich der Gemeinderat in den europaweiten Trend einordnen und hat noch immer die Chance, zu prüfen, ob es wirklich realisierbar ist. Der Gemeinderat soll nicht beschließen, daß es kommen muß, sondern man sollte den Beschluß fassen, daß die Möglichkeiten geprüft werden sollen. Aus diesem Grund bittet er um eine größtmögliche Zustimmung.

Bürgermeister Manzenreiter führt aus, daß er bereits berichtet hat, daß er mit Beamten dieser Stadt in der Frage der Wärmeversorgung dieser Stadt aktiv geworden ist, was Stadtwerke im Wärmebereich betrifft. Aktenkundig dürfte das bei der Kelag seit fünf oder sechs Monaten sein. In diesem Bereich könnte man aus seiner Sicht bald zu einem Ergebnis kommen. Er hält es jedoch vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation für nicht möglich, die Stromversorgung aus der Kelag herauszulösen. Es wäre seiner Meinung nach ein unverantwortliches Spiel, diesem Antrag zuzustimmen, gleichzeitig aber vorher den Verkauf beschlossen zu haben; dies in der Einschätzung, daß das andere nicht realisierbar ist, gar nicht denkbar ist. Der Antrag würde bedeuten, daß es in Klagenfurt weiterhin Stadtwerke gäbe, die von allen Strombeziehern Kärntens subventioniert werden, und daß Villach dieselbe Situation hätte. Dies wäre für das übrige Kärnten ein großes

Problem, denn die teure Versorgung würde dann beim Land liegen und die beiden Ballungszentren wären ausgenommen. Das müßte nicht die Sorge der Stadt Villach sein. Die gesamten Intentionen der Kärntner Landespolitik gehen jedoch in eine völlig andere Richtung. Er kann zustimmen, mit der Kelag Verhandlungen in Richtung "Wärmebetrieb Villach" zu führen, ist jedoch der Meinung, daß die Ansicht, der Stromsektor könnte herausgenommen werden, völlig unrealistisch ist.

Gemeinderat Mag. Haider ist der Meinung, daß es sich hier um ein Mißverständnis handelt. Wenn in dem Antrag festgehalten ist "unter Einbeziehung des Stromsektors", dann bedeutet das nicht die Herauslösung des Kelag-Anteiles. Das ist nicht mehr möglich, da die Anteile verkauft werden. Es ist dies eine Willenserklärung auf Jahre, daß die Stadt Villach Stadtwerke auf dem Wärmesektor errichten will. Es gibt jedoch Wärmekraftwerke, die gleichzeitig über die Kraft-Wärme-Kopplung Strom erzeugen. Wenn Villach ein kleines Blockheizkraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung errichtet - - also sowohl Wärme, als auch Strom -, dann braucht man das Netz. Insofern müßte man auch prüfen, inwiefern man dann den Strom einspeisen kann. Aus diesem Grund verwendet man auch den Stromsektor. Das bedeutet nicht ein Herauslösen, sondern es ist ein Teil des Stromsektors. Nur so kann es gemeint sein. Alles andere wäre im Widerspruch zum ersten Gemeinderatsbeschuß und daher Unsinn.

Genauso ist es mit der Photovoltaik. Die Photovoltaik wird sicherlich einmal - vielleicht nicht morgen, aber übermorgen - eine große Rolle spielen. Dies bedeutet, daß dann Strom über Photovoltaik eingespeist werden wird. Vielleicht geschieht dies durch Stadtwerke. Vielleicht geschieht dies durch die Kelag oder den Verbund. Er ist jedoch der Meinung, daß eher kleinere Berei-

che etwas derartiges durchführen werden. Man muß dann auch mit dem Netz arbeiten können. Dies bedeutet wieder teilweise den Stromsektor. Es ist für ihn klar, daß Villach in Zukunft hauptsächlich Stadtwerke auf dem Wärmesektor haben wird. Es wird jedoch auch die Wärmeproduktion in Zukunft vermutlich immer mit einer Stromproduktion verbunden sein. Wie es derzeit aussieht, ist es möglich, daß in zehn Jahren die Kraft-Wärme-Kopplung auf dem Wärmesektor eine große Zukunft haben könnte.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

dem Antrag der ÖVP- und der VIG-Fraktion die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Der Gemeinderat beschließt

VIG- und der ÖVP-Fraktion

e i n s t i m m i g,

folgendem Antrag der ÖVP- und der VIG-Fraktion die Zustimmung zu erteilen:

"RESOLUTION

Der Gemeinderat der Stadt Villach bekennt sich zu einer zukunftsweisenden, möglichst umweltschonenden Energiepolitik. Die Stadt Villach wird in diesem Rahmen alle ihr zustehenden Möglichkeiten nutzen, um einen Energiedienstleistungsbetrieb unter Einbeziehung des Stromsektors aufzubauen. Auf diese Weise sollen ein sparsamer Energieeinsatz und eine ressourcenschonende, lokal möglichst angepaßte Energieauswahl erreicht werden."

f) Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, ÖVP-,
VIG- und der VLT-Fraktion betreffend
Kapital aus dem Verkauf der Kelag-
Aktien; 2/3-Mehrheitsbeschluß des
Gemeinderates

folg. 8

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
bringt den Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, ÖVP-, VIG- und
der VLT-Fraktion vom 19.11.1994 zur Kenntnis.

Sie ist der Meinung, daß man diesen Antrag
erst mitbehandeln sollte, wenn genaue Zahlen einer mögli-
chen Verzinsung etc. auf dem Tisch liegen. Sie als Finanz-
referentin wurde mit einem Beschluß beauftragt, für die
Veranlagung der Mittel ein Konzept zu erstellen und dieses
Konzept wieder in den Gemeinderat zu bringen. Es ergibt
ihrer Meinung nach wenig Sinn, heute, ohne die konkreten
Zahlen zu kennen, diesen Antrag als Dringlichkeitsantrag
zu beschließen.

Stadtrat Ladstätter stellt fest, daß dieser
Dringlichkeitsantrag von den Gemeinderäten der FPÖ-, der
ÖVP-, der VIG-Fraktion und der VLT-Fraktion gestellt wur-
de. Dies bedeutet, daß 21 Gemeinderäte des Gemeinderates
der Stadt Villach der Auffassung sind, daß alles, was
mit dem Geld der Kelag-Aktien in dieser Stadt geschieht,
an einen 2/3-Mehrheitsbeschluß zu binden ist. Andernfalls
würde es wieder geschehen, daß es in den nächsten Jahren
bei allen Projekten das Abstimmungsverhalten 21 zu 24
gibt. Die vier Fraktionen haben sich etwas dabei gedacht,
als sie den Antrag gestellt haben. Diese Möglichkeit würde
sich vermutlich über das Jahr 1997 hinaus bewegen, in dem
es sicherlich Veränderungen in dieser Stadt geben wird. Es
wäre demokratiepolitisch ein fairer Zug, wenn man diesem
Antrag vorerst einmahl die Dringlichkeit zuerkennt. Alles
andere wird sich zeigen. Durch den vorliegenden Beschluß

wäre ein demokratischer Kontrollmechanismus eingebaut. Sicherlich wird man nun versuchen, Auswege über die Geschäftsordnung zu finden. Es ist jedoch zu beachten, daß ein gleichlautender Beschluß in St. Veit gefaßt wurde.

Stadtrat Pacher ist der Meinung, daß dieser Antrag eine Nagelprobe bedeutet. In St. Veit hat die SPÖ eine starke Mehrheit. Aus der Position der Stärke heraus hätte der Bürgermeister den anderen Fraktionen ein Mitspracherecht verweigern können. Dort ist man sich bewußt gewesen, daß es wichtig wäre, bei Entscheidungen über derart wichtige Vermögensteile einen möglichst breiten Konsens herzustellen. Es gibt einen Passus im Villacher Stadtrecht, in dem festgehalten wird, daß für bestimmte Beschlüsse eine 2/3-Mehrheit notwendig ist. Es ist nun eine Nagelprobe für die SPÖ-Fraktion, inwieweit diese bereit ist, diesen großen Vermögensteil so abzusichern, daß eine relativ große Mehrheit erst in der Lage ist, darüber zu verfügen. Nun wird man natürlich davon sprechen, daß jene Fraktionen, die gegen den Verkauf gestimmt haben, nun plötzlich mitreden wollen. Diese Fraktionen wollen nicht mitreden, denn sie haben keine 2/3-Mehrheit. Sie können nicht über das Geld verfügen. Heute wird über die Verwendung der Mittel nicht mehr gesprochen. Darüber wird man erst in Zukunft sprechen.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß Stadtrat Pacher bereits geahnt hat, in welche Richtung es gehen wird. Es wurde eine heftige Diskussion über die Für und Wider eines Verkaufes geführt und es hat dabei klare Positionen gegeben. Wenn es um die Verwendung der Mittel geht, möchte man plötzlich wieder mitentscheiden. Das ist zumindest am heutigen Tag etwas makaber. Man wird dem Gemeinderat entsprechende Konzepte betreffend die Mittelverwendung vorlegen. In den Gemeinderatsprotokollen der letzten Jahren ist nachzulesen, was in Villach weitergegangen

wäre, wenn man für alle Investitionen eine 2/3-Mehrheit benötigt hätte. Es hätte - was die ÖVP-Fraktion betrifft - zwei Jahre lang kein Budget gegeben. Die Demokratie geht von mehr als 50 % aus. In der Frage des Gesamtvermögens muß es in Zukunft zu einer Lösung kommen. Diese Lösung wird vorgeschlagen werden. Den Gemeinderat jedoch in seiner Willensbildung für die Zukunft auszuschalten, hält er aus heutiger Sicht nicht für möglich. Den Gemeinderat in seiner Möglichkeit, über Mittel zu verfügen, auszuschalten, hält er ebenfalls nicht für möglich. Die SPÖ-Fraktion wird diesem Antrag nicht die Dringlichkeit zuerkennen. Der Antrag wird jedoch der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt und kehrt in den Gemeinderat zurück. Die SPÖ-Fraktion ist der Meinung, daß man heute nicht über die Mittelverwendung in dieser Form beschließen kann. Die SPÖ-Fraktion, der Bürgermeister, die Finanzreferentin werden dem Gemeinderat entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte die Aussage des Bürgermeisters unterstreichen, wonach der Gemeinderat "ausgeschalten" wird. Es ist aufgrund der Gesetzeslage nicht möglich, über die Periode hinaus solche Vereinbarungen abseits des geltenden Rechts zu treffen. Auch die Stadt St. Veit, die hier zitiert wurde, konnte in dieser Selbstbindung nur für diese Periode des Gemeinderates sprechen. Wenn man über derart entscheidende Dinge spricht, sollte man wissen, was überhaupt realistisch möglich ist.

Gemeinderat Spitzer erklärt, daß er diesen Dringlichkeitsantrag ebenfalls unterschrieben hat, da er die Meinung vertritt, daß nicht eine Mehrheitsfraktion über etwas beschließen können sollte, was eigentlich dem gesamten Volk gehört. Er hat dabei aber auch an die Zeit nach 1997 gedacht, in der es vielleicht eine andere

Mehrheitsbildung gibt. Nun hat er erfahren, daß dieser Beschluß in der nächsten Gemeinderatsperiode hinfällig sein soll. Ist das richtig?

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher informiert, daß dies der Fall ist, wenn nicht das Stadtrecht oder die Geschäftsordnung zum Stadtrecht geändert wird.

Gemeinderat Spitzer möchte nun niemanden anschwärzen. Er hat nun ebenfalls den Antrag unterschrieben, wonach 2/3 der Gemeinderäte über die Verwendung der Mittel beschließen sollten. Er war neben der SPÖ-Fraktion der einzige, der einem Verkauf zugestimmt hat. Es steht ihm daher auch zu, über die Verwendung der Mittel mitzureden. Auch er ist der Meinung, daß jemand, der kein Geld hat, auch kein Geld verteilen soll. Er hat den Antrag jedoch unterschrieben, damit wirklich kein Fehler geschehen kann. Es sollten 2/3 der Gemeinderäte darüber entscheiden können, was mit dem Volksvermögen der Villacher geschieht.

Stadtrat Ing. Klamt führt aus, daß der Bürgermeister festgestellt hat, daß dieser es makaber findet, wenn heute ein solcher Antrag eingebracht wird. Er persönlich findet es auch heute in keiner Weise makaber, denn die FPÖ-, die ÖVP- und die VIG-Fraktion haben den Beschluß nicht verhindern können, wonach die Kelag-Anteile verkauft werden. Im Mitteilungsblatt der Stadt Villach war zu lesen: "Wir wollen die Substanz erhalten", "Unser oberstes Veranlagungsziel ist die Sicherstellung des Vermögens für die Bevölkerung", "keine Risikogeschäfte usw. wollen wir eingehen". Wenn all das der Wahrheit entspricht, kann es doch kein Problem sein, eine 2/3-Mehrheit für diese Beschlüsse zu erreichen. Er ersucht auch die SPÖ-Fraktion,

einer möglichst raschen Behandlung dieses Antrages zuzustimmen. Es ist das eine positive Selbstbindung des Gemeinderates für die Villacher Bevölkerung.

Gemeinderat Ing. Andronik führt aus, daß er in seiner ersten Wortmeldung auf diese 2/3-Mehrheit hingewiesen hat, die in der Stadt St. Veit sehrwohl möglich war. Der Bürgermeister war dort - entgegen dem Bürgermeister in Villach - bereit, vorher Gespräche zu führen. Im Zuge dessen haben die anderen Fraktionen auch den Wunsch deponiert, daß bei Veranlagung dieses Vermögens ein Beschluß mit 2/3-Mehrheit im Gemeinderat zu erfolgen hat. Man war sich in St. Veit auch der Möglichkeit bewußt, daß es nach den Gemeinderatswahlen 1997 anders aussehen kann. In Villach ist man jedoch nicht bereit, diesen Beschluß betreffend eine 2/3-Mehrheit mitzutragen.

Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß der Beschluß in St. Veit ebenfalls nur für diese Periode gilt.

Stadtrat Pfeiler möchte kurz seine Position dazu festhalten. Er kann diesem Antrag nicht die Zustimmung geben. Gründe dafür sind auch der Verlauf der heutigen Sitzung und vor allem die leidvolle Erfahrung der letzten drei Jahre, die die SPÖ-Fraktion im Gemeinderat machen mußte. Es gibt im Gemeinderat ganz eindeutig auch eine Koalition der Verhinderer, die vieles, was für die Stadt gut ist, verhindern will. Die SPÖ-Fraktion hat in große Teile der FPÖ-Fraktion und in Teile der ÖVP-Fraktion in dieser Frage kein Vertrauen, wenn es darum geht, die widmungsgemäße und für Villach positive Zweckverwendung dieser Mittel sicherzustellen. Man würde auch gegenüber dem Verkaufsbeschluß untreu werden, denn in diesem Verkaufsbeschluß wurde die weitere Vorgangsweise bereits festgehalten. Man wird dem Gemeinderat entsprechende

Vorschläge unterbreiten, wie dieses Geld zweckmäßig und mündelsicher veranlagt wird. Die Geschäftsordnung kennt in allen Bereichen eine einfache Mehrheit. Auch die S 1,5 Mrd. des Ordentlichen und Außerordentlichen Haushaltes werden nach dem Prinzip der einfachen Mehrheit beschlossen. Das ist Wählerwille, der zumindest bis 1997 gilt. Dazu steht die SPÖ-Fraktion.

Stadtrat Pacher führt aus, daß aus den bisherigen Äußerungen zu entnehmen war, daß die SPÖ-Fraktion der Meinung ist, die 20 Abgeordneten, die dem Verkauf nicht zugestimmt haben, hätten auch in Zukunft kein Recht mehr, an Beschlüssen betreffend dieses Geld teilzunehmen. Das kann doch nicht möglich sein. Beim Verkauf der VISPA-Anteile hat er den geflügelten Satz geprägt "Der Tresor wird von hinten wieder aufgeschweißt". Das war, als ein Teil des Vermögens der VISPA, nämlich S 50 Mio., ausgesondert wurde und der Verfügungsgewalt des Gemeinderates entzogen wurde. S 50 Mio. - mehr als 10 % - sind damals ausgesondert worden. Aus diesem Grund ist die Dringlichkeit des vorliegenden Antrages gegeben. Man wird nun feststellen, ob die SPÖ-Fraktion der Meinung ist, daß nur sie allein mit ihrer Mehrheit über dieses Vermögen verfügen kann.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher ist der Meinung, daß Stadtrat Pacher überhaupt nicht verstanden hat, worum es bei diesem Fonds und bei diesem Kuratorium geht. Es sollen nicht S 50 Mio. - wie im Fall der Z-VISPA-Fusion -, sondern der Großteil des gesamten Vermögens einem Fonds anvertraut werden. Es wurde von ihr mehrmals betont, daß ein Fachleutekuratorium eingerichtet wird. Entweder hat Stadtrat Pacher überhaupt nicht zugehört, oder dieser verdreht nun die Dinge so, wie er sie

braucht. Der Gemeinderat hat heute beschlossen, daß das gesamte Geld der Kelag-Anteile in einem Fonds mit einem Kuratorium verwaltet werden soll.

Bürgermeister Manzenreiter ist der Meinung, daß nun Tatsachen einfach umgedreht werden. Es hat niemand davon gesprochen, daß man das Geld der Verfügungsgewalt des Gemeinderates entziehen will. Es wurde erklärt, daß dem Antrag nicht die Dringlichkeit zuerkannt wird und daß dieser der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt wird. Es wird dem Gemeinderat ein Vorschlag über die Anlage und Verwendung dieser Mittel vorgelegt werden. Damit wird der Antrag, der heute gestellt wurde, geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Der Beschluß in St. Veit wurde für diese Funktionsperiode gefaßt. Die Aussagen betreffend den Z-Fonds sind überhaupt der Gipfel der Frechheit. Besonders seitens der ÖVP-Fraktion wurde damals gefordert, daß diese Mittel der Wirtschaft zugute kommen sollen. Es ist damals ein Fonds von S 50 Mio. gegründet worden, der von Personen aus der Wirtschaft verwaltet wird. Die Verwendung der Mittel wird im Gemeinderat auch noch endgültig beschlossen. Daß diese Tatsache nun dahingehend umgedreht wird, daß der Gemeinderat damit entmündigt wurde, zeigt die Gesprächsschwierigkeiten, die es manchmal gibt.

Stadtrat Ladstätter stellt fest, daß die Aussagen des Bürgermeisters für die FPÖ-Fraktion verständlich sind. Wenn dieser Dringlichkeitsantrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt wird und dann im Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt wird, so ist das der demokratische Weg, den man geht.

In der Beschlußfassung des Amtsvortrages von St. Veit ist enthalten, daß diese Vereinbarung mit der 2/3-Mehrheit für die laufende Gemeinderatsperiode vereinbart wurde. Er ersucht, diesen Beschluß im Gemeinderat demnächst vorzulegen. Es gibt nun ein berechtigtes Unbehagen seitens der FPÖ-Fraktion, da man das Gefühl erhält, daß man ausgegrenzt wird. Bei derart großen Geldmengen will die FPÖ-Fraktion ihrer Kontrollfunktion bzw. ihrer kantigen Oppositionspolitik nachkommen. Er persönlich ist der Meinung, daß das Thema Kelag nun abgehandelt ist. Die FPÖ-Fraktion hat ihre Position zum Kelag-Verkauf klar dargestellt. Das Leben muß weitergehen. In den nächsten Jahren wird sich der Gemeinderat vermutlich in vielen Sitzungen mit diesem Kelag-Geldmittelfluß beschäftigen müssen. Aus der Tatsache, daß einige Fraktionen heute gegen den Verkauf der Kelag-Anteile waren, kann man natürlich nicht den Schluß ziehen, daß diese Fraktionen bei all diesen Dingen nicht mehr mitsprechen können. Er sieht das Thema Kelag als abgehakt. Der vorliegende Antrag wird im Stadtssenat und im Gemeinderat behandelt und ausführlich diskutiert werden. Vielleicht kommt es dann doch noch zu einem einstimmigen Beschluß.

Frau Gemeinderätin Lausegger möchte ihrer Empörung darüber Ausdruck verleihen, daß die SPÖ-Fraktion heute offensichtlich ihr wahres Gesicht gezeigt hat. Gemeinderat Mag. Raup hat über die Verfügbarkeit des Kapitals gesprochen. Jetzt erst erkennt man jedoch das Demokratieverständnis der SPÖ-Fraktion. Die SPÖ-Fraktion müßte eigentlich dem Antrag betreffend die 2/3-Mehrheit zustimmen, wenn sie wirklich sinnvolle Dinge mit diesem Geld vorhat. Die SPÖ-Fraktion ist dazu nicht bereit, beklagt sich aber ständig darüber, daß das Klima in Villach so vergiftet ist. Die SPÖ-Fraktion ist maßgeblich daran beteiligt, daß es zu diesen Spannungen kommt und daß es zu diesem schlechten Klima kommt. Es ist zwar bekannt,

daß die Anteile verkauft werden. Offensichtlich weiß man jedoch nicht einmal, was wirklich mitverkauft wird. Es wurde bis heute kein Projekt-Konzept vorgelegt. Es ist bis heute nicht bekannt, wie das Geld angelegt wird. Die SPÖ-Fraktion hat zwar die Mandatsmehrheit, hat jedoch stimmenmäßig nicht mehr die absolute Mehrheit. Bei der letzten Nationalratswahl erreichte die SPÖ-Fraktion 43 %. Auch wenn andere Fraktionen dem Verkauf der Kelag-Aktien nicht zugestimmt haben, bedeutet das nicht, daß der Bürgermeister diesen das Recht absprechen kann, in Zukunft Entscheidungen für die Villacher Bürger verantwortungsbewußt mitzutragen. Die Gemeinderäte sind frei gewählte Mandatare, die das Vertrauen des Villacher Bürgers genießen. Wenn der Bürgermeister der FPÖ-, der ÖVP- und der VIG-Fraktion das Mitspracherecht absprechen will, dann bedeutet das, daß dieser über mindestens ein Drittel bis zur Hälfte der Villacher Bürger einfach hinweggeht, um seine persönlichen Entscheidungen zu treffen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher stellt klar, daß offensichtlich einige Personen im Gemeinderat sitzen, die zuerst mit "nein" gestimmt haben, im Grunde genommen aber sehr froh sind, daß dieser Verkauf stattfindet, und eigentlich darauf gewartet haben, darüber zu sprechen, was mit dem Geld gemacht werden kann. Es sind dies durchaus auch Personen, die Frau Gemeinderätin Laussegger mit diesem einen Drittel bis zur Hälfte gemeint hat. Es wird schon lange darüber gesprochen, daß die Fraktionen zwar gegen den Verkauf stimmen werden, bei der Geldverteilung jedoch sicher wieder dabei sein werden.

Frau Gemeinderätin Laussegger ist der Meinung, daß bei dem Demokratieverständnis der SPÖ-Fraktion dafür keine Gefahr besteht.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher führt aus, daß das Demokratieverständnis zum Glück im Villacher Stadtrecht und in der Geschäftsordnung sehr genau geregelt ist. Es werden sich hoffentlich auch in Zukunft alle sehr genau an diese Spielregeln halten.

Frau Gemeinderätin Rettl stellt fest, daß die FPÖ-Fraktion auch in zwei Jahren noch zu dieser 2/3-Mehrheit stehen wird. Dann wird sie aber eventuell die SPÖ-Fraktion brauchen. Das hat nichts mit Mitreden-wollen und Dagegen-sein zu tun, sondern die FPÖ-Fraktion nimmt diese demokratische Abstimmung zum Verkauf der Aktien zur Kenntnis. Wenn Stadtrat Pfeiler jedoch erklärt, daß er kein Vertrauen zur FPÖ-Fraktion und zu ihren wirtschaftlichen Fähigkeiten hat, dann stellt das eine eindeutige Ausgrenzung dar. Auch darüber sollte man einmal nachdenken. Auch in zwei Jahren, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse in diesem Haus geändert haben, wird die FPÖ-Fraktion den Antrag stellen, daß über derart entscheidende Fragen eine 2/3-Mehrheit entscheiden soll. Dies bedeutet jedoch nicht, daß man prinzipiell gegen die Projekte der SPÖ-Fraktion ist. Es bedeutet aber, daß die SPÖ-Fraktion in Zukunft mit den anderen Fraktionen sprechen wird müssen. Heute können sie es noch hinter verschlossenen Türen tun, aber morgen schon werden alle gemeinsam an einem Tisch sitzen; Dann wird sich das Klima wahrscheinlich etwas verbessern.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der
FPÖ-, ÖVP, VIG- und der VLT-Fraktion),

dem Antrag der FPÖ-, ÖVP-, VIG- und der VLT-Fraktion betreffend "Kapital aus dem Verkauf der Kelag-Aktien; 2/3-Mehrheitsbeschluß des Gemeinderates" nicht die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Der Antrag wird

der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung

zugeführt.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Bürgermeister Manzenreiter führt aus, daß der Gemeinderat der Stadt Villach heute sicherlich die wichtigste Materie dieser Gemeinderatsperiode zu behandeln und zu beschließen hatte. Für ihn war es trotz der einen oder anderen Aufregung eine durchwegs auf sehr hohem Niveau stehende Diskussion, die zum Thema Kelag-Verkauf geführt wurde - auch dann, wenn es unterschiedliche Meinungen gegeben hat. Der letzte Antrag hat gezeigt, daß es jetzt - sollte der Verbund den Kauf annehmen und den Vertrag beschließen - sicher darum gehen wird, diese Mittel zum Wohle der Villacherinnen und Villacher sinnvoll einzusetzen. Man wird dem Gemeinderat in den nächsten Monaten - ein solcher Fonds bedarf auch fachlicher Begleitung und hier steckt wochenlange, wenn nicht monatelange Arbeit dahinter - Vorschläge unterbreiten, wie dieses Geld angelegt werden soll. Damit wird dieser Antrag auch der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugehen. Der Gemeinderat hat eine schwere, aber wichtige Entscheidung im Interesse dieser Stadt gefällt. Sie gibt der Stadt Villach große Chancen mit auf den Weg. Man sollte diese Chancen nutzen.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt Bürgermeister Manzenreiter für die rege Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 18.10 Uhr

Der Protokollführer:



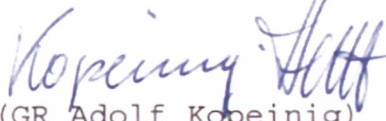
(Karin Wernig)

Der Bürgermeister:



(Helmut Manzenreiter)

Der Protokollprüfer:



(GR Adolf Kopeinig)



(GR Günter Malle)